

Besprechungen

Michael Müller-Wille: Zwischen Starigard/Oldenburg und Novgorod. Beiträge zur Archäologie west- und ostslawischer Gebiete im frühen Mittelalter. (Studien zur Siedlungsgeschichte und Archäologie der Ostseegebiete, Bd. 10.) Wachholtz. Neumünster 2011. 312 S., Ill., Kt. ISBN 978-3-529-01399-7. (€ 50,-)

Der Band versammelt 17 zwischen 1989 und 2010, teils im Erstdruck an etwas entlegener Stelle erschienene Arbeiten. Diese sind im Kontext einer Befassung mit dem Gegenstand erwachsen, die sich dem Autor durch das vor der Haustür seines (von 1981 bis 2003 bekleideten) Kieler Lehrstuhls gelegene, 1953 bis 1986 umfassend ergrabene ostholsteinisch-slawische Starigard/Oldenburg geradezu aufgedrängt hat. Seit den 1980er Jahren hat sich Michael Müller-Wille denn auch – zusätzlich zu seinen anderen Forschungsschwerpunkten und ausgehend von dem obodritischen Herrschaftszentrum – aus archäologischen, onomastischen und paläobotanischen Perspektiven immer wieder auch mit Fragen der slawischen Siedlungsgeschichte im südlichen und östlichen Ostseebereich befasst – nicht zuletzt im Rahmen eines von ihm geleiteten, von 1994 bis 2006 von der DFG und der Mainzer Akademie der Wissenschaften geförderten internationalen Langzeitprojekts, das in seinem geografischen Zugriff bis nach Novgorod und in die ostslawisch-finnougrischen Grenzregionen ausgegriffen und sehr erfolgreich neueste archäologisch-naturwissenschaftliche Methoden zur Anwendung gebracht hat.

Der mit persönlichen Erinnerungen an den 2010 tragisch verunglückten Warschauer Kollegen Marek Dulinicz – dessen fundamentale Studie zur westslawischen Frühgeschichte dank der Initiative des Vf. auch auf Deutsch¹ vorliegt; vgl. meine Rezension in *ZfO* 56 (2007), S. 429-430 – und einem kurzen Vorwort eröffnete Band kann als eine Art allgemeines Resümee zu diesen Forschungen gelesen werden. Denn M.-W. gelingt es hervorragend, die in den zahlreichen Spezialstudien, die im Rahmen seines Langzeitprojekts (nicht zuletzt als von ihm betreute akademische Qualifikationsschriften) vorgelegt worden bzw. noch in Arbeit sind, erzielten Detaillergebnisse zu einem größeren Bild zusammenzufügen und die Aufmerksamkeit des Lesers stets auf die wesentlichen Grundlinien der Siedlungsentwicklung zu lenken. In diesem Sinn informiert der erste Beitrag (1998) zunächst programmatisch über das erwähnte Langzeitprojekt, während die anschließenden sechs (2002, 2007/2009 und 2010 verfassten) Aufsätze Aspekte der slawischen Siedlungsgeschichte im obodritischen Herrschaftsgebiet zwischen Wismarer Bucht und Kieler Förde diskutieren. Dabei verdienen insbesondere die konzise referierten und zugleich in einen größeren Zusammenhang eingeordneten Ergebnisse jener umfangreichen Grabungen Beachtung, die 1995-1999 beim Dorf Groß Strömkendorf am Ostufer der Wismarer Bucht durchgeführt werden konnten. Der hier ermittelte Handels- und Handwerksplatz mit zugehörigem Gräberfeld wird ins 8.-9. Jh. datiert (mit Dendrodaten zwischen 735 und 811) und gehört damit zu den frühen dendrodatierten Fundplätzen zwischen unterer Oder und Elbe. Einiges spricht dafür, dass in ihm tatsächlich das in den *Annales Francorum* genannte *emporium reric* gesehen werden kann. Weitere fünf (1996, 1998, 2006-2008 entstandene) Beiträge behandeln Facetten der Christianisierung bei Skandinavien, West- und Ostslawen, vornehmlich anhand archäologisch untersuchter Überreste von Kirchenbauten und Grablegen. Schließlich thematisieren vier 1999, 2000, 2002 und 2009 publizierte Beiträge münz- und handelsgeschichtliche Probleme, während ein letzter Aufsatz, dem eine 1989 anlässlich der Übernahme des Rektorats der Universität Kiel gehaltene Antrittsrede zu-

¹ MAREK DULINICZ: Frühe Slawen im Gebiet zwischen unterer Weichsel und Elbe. Eine archäologische Studie, Kiel 2006.

grunde liegt, übergreifende Überlegungen zu „Kulturkontakt, Handel und Urbanisierung aus archäologischer Sicht“ in den Ostseegebieten des frühen Mittelalters formuliert. Dass dem Leser mitunter (insbesondere im ersten Block) Redundanzen (Wiederholungen ganzer Textpassagen und einzelner Abbildungen) zugemutet werden und das abschließende Literaturverzeichnis manchen einschlägigen Titel vermissen lässt, schmälert den Wert der gelungenen, mit hervorragendem Kartenmaterial ausgestatteten Zusammenstellung in keiner Weise.

Münster

Eduard Mühle

Mittelalterliche Eliten und Kulturtransfer östlich der Elbe. Interdisziplinäre Beiträge zu Archäologie und Geschichte im mittelalterlichen Ostmitteleuropa. Hrsg. von Anne Klammt und Sébastien Rossignol. Univ.-Verl. Göttingen 2009. 238 S., Ill., graph. Darst., Kt. ISBN 978-3-941875-10-4. (€ 24,-)

Die Frage nach den Erscheinungsformen und dem Umfang kulturellen Transfers sowie seiner Träger ist für die mittelalterlichen Wandlungsprozesse im östlichen Mitteleuropa von großer Bedeutung, weil der Austausch oder die Weitergabe von kulturellen Praktiken, von Wissen, Gebräuchen, religiösem Denken ebenso wie von materiellen Gütern und Produkten maßgeblich zu jener Transformation beigetragen hat, die Ostmitteleuropa, nach Jenő Szűcs, zu einem „historischen Raum mit strukturellen, gesellschaftlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten“ (S. 5) hat werden lassen. Die aus Nachwuchswissenschaftlern gebildete, interdisziplinär ausgerichtete Arbeitsgruppe „Gentes trans Albiam – Europa östlich der Elbe“ (GTA) hat mit einem im Juli 2007 in Göttingen veranstalteten Workshop und den zwei Jahre später veröffentlichten Beiträgen versucht, das von Michael Werner und Michel Espagne entwickelte Konzept des Kulturtransfers auf die Frühzeit Ostmitteleuropas anzuwenden. Die mit diesem Kulturtransfer in Beziehung gesetzte Vorstellung der Bedeutung von Eliten nach Vilfredo Pareto und Gaetano Mosca wird leider erst am Schluss des Bandes in dem Beitrag von Sébastien Rossignol zu Eliten und Kulturtransfer im Mittelalter erklärt, so dass die im Titel des Buches angedeutete Interdependenz zunächst von Beitrag zu Beitrag ergründet werden muss.

Die Hrsg. Anne Klammt und Sébastien Rossignol betonen in ihren einführenden Worten, dass mit dem Band auch eine von ihnen festgestellte „klaffende Lücke“ zwischen „institutionalisierten fachwissenschaftlichen Arbeitsgruppen und Forschungszentren sowie den universitären Ausbildungsangeboten“ (S. 6) geschlossen werden solle. In den insgesamt dreizehn wohl nach chronologischen Kriterien gereihten Beiträgen werden unterschiedliche Quellengattungen aus den Regionen zwischen Baltikum und Karpatenbecken auf ihre Aussagemöglichkeiten zu Eliten und den mit ihnen zu verbindenden kulturellen Transferleistungen befragt, wobei „unterschiedliche Begrifflichkeiten und Paradigmen“ (S. 7) der beteiligten Wissenschaften berücksichtigt werden sollen.

Fünf Aufsätze interpretieren überwiegend archäologische Funde und Befunde. Sunhild Kleingärtner beschreibt die über die Seehandelsplätze im südlichen Ostseebereich auf das Festland gelangten skandinavischen Einflüsse, die jedoch in der materiellen Kultur der von den Emporien räumlich getrennten Burgen der slawischen Eliten von karolingisch-fränkischem Import überlagert worden seien. Sie geht davon aus, dass Kulturwandel nicht durch Handel, sondern durch Elitenkontakt angeregt werde, und hält das Kulturtransfermodell für geeignet, auf archäologisches Material angewendet zu werden. Wiebke Rohrer wendet sich in einem auch wissenschaftsgeschichtlich ausgerichteten Beitrag zu frühpiastischen Bestattungen mit Waffenbeigabe den verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten skandinavischer materieller Kultur im entstehenden Polen zu. Vor dem Hintergrund des politisch motivierten Streits über die Mitwirkung von Normannen beim Aufbau der Piastenherrschaft warnt sie, „die Vermengung von Quellen und Fragestellungen“ müsse „unlösbare methodische Probleme mit sich bringen“ (S. 41). Einem wenig spektakulären Indikator für kulturellen Austausch widmet sich Martina Kotková in ihrem Beitrag über

frühmittelalterliche Keramik als Beispiel für Kulturtransfer zwischen Sachsen und Nordwestböhmen. Die doppelkonischen Töpfe vom Typ Zabrušany mit Stempelverzierungen, Zweig- und Fischgrätmustern in Kombination mit Horizontallinien sind im Gebiet der Bili-na (Biela), in Daleminze und auch in der Oberlausitz verbreitet. Mit naturwissenschaftlichen Untersuchungen soll geklärt werden, wo diese Keramik hergestellt wurde und auf welchen Wegen entweder sie oder die sie produzierenden Töpfer zwischen Nordwestböhmen und dem meißnisch-lausitzischen Gebiet ausgetauscht wurden. Norbert G o ß l e r vergleicht nach der Definition des Kremser Instituts für Realienkunde des Mittelalters und der frühen Neuzeit sogenannte „Barometerfunde“ aus den Burgen in Jenalöbnitz, Gliechow in der Niederlausitz, im ostmecklenburgischen Weitin und aus Plemięta im Kulmer Land. Er zeigt, dass Ofenkacheln, Fensterglas, Dachbedeckungen und Prestigeobjekte an der Kleidung den burgenbauenden Ministerialen und werdenden Niederadligen zur Selbstdarstellung dienen, Anlagen wie Weitin und Plemięta jedoch auch reine Funktionsbauten befestigungstechnischer Natur ohne repräsentativen Charakter sein konnten. Marie N a n c h e n zeigt vor allem anhand des nordkurischen Gräberfelds von Lejaskrogs im lettischen Distrikt Puze, wie Grabbeigaben die Beeinflussung einer autochthonen Bevölkerung durch Zuwanderer widerspiegeln können: Insbesondere klauenförmige Anhänger und ringförmige Fibeln wurden als Hinweise auf paganen oder christlichen Glauben der Bestatteten interpretiert.

Auch Aleksander Paroń betrachtet Elemente materieller Kultur, jedoch vorwiegend auf der Basis schriftlicher Überlieferung. Er beschreibt das Verhältnis reiternomadischer Gruppen zu sesshaften Nachbarn und den Imperien in Ost und West, aus denen Prestige-güter auch zu nomadischer Repräsentation beschafft werden konnten. Die Reitereliten erhielten so den Charakter von Medien, die aber oft sehr behutsam mit ihren Stammesgesellschaften umgehen mussten, wenn es um kulturellen Wandel ging (S. 46).

Neben Prestige-gütern, Schmuck und Keramik können mittelalterliche Texte geeignet sein, kulturelle Austauschprozesse nachzuvollziehen. Dies zeigt zunächst Adrien Q u e r é t - P o d e s t a am Beispiel einer wohl 1226/27 am Hof des ungarischen Königs Koloman verfassten Chronik, die jedoch nur in Polen rezipiert wurde, wohin sie vermutlich im Zuge einer dynastischen Eheschließung gebracht worden war. Mathieu O l i v i e r, der sich mit der Geschichtsschreibung im mittelalterlichen Preußen und historiografischem Wissenstransfer beschäftigt, weist auf den Export von Standardwerken wie der *Sächsischen Weltchronik*, der *Historia ecclesiastica nova* des Tholomeus von Lucca und der sogenannten „Martins-Chroniken“ ins Preußenland hin. Dafür könnten entweder Einzelpersonen wie der Chronist Peter von Dusburg oder aber die weit gespannten Beziehungen des Deutschen Ordens ursächlich sein. Grisca V e r c a m e r fragt nach den Verdiensten dieses Ritterordens bei der Integration oder Assimilierung der autochthonen Bevölkerung des Baltikums durch die Eroberer. Er stellt nach einem informativen Überblick über Siedlungsstruktur und politische Verfassung der Prußen und den vom Deutschen Orden initiierten Transformationsprozess fest, dass die verbliebene prußische Bevölkerung nach der Anerkennung der Herrschaft des Ordens über lange Zeit in Form einer Parallelgesellschaft lebte, in der weder im religiösen noch im sprachlichen Bereich ein Kulturtransfer feststellbar sei.

Nur schwer in einen größeren Zusammenhang einzuordnen sind die Beiträge von Agnès G u é n o l é zu einem möglichen Kulturtransfer in den *Gesta Danorum*, die sich mit der unterschiedlichen Darstellung positiv bewerteter dänischer Seekriegerei und negativ betrachteter slawischer Piraterie durch Saxo Grammaticus beschäftigt, und von Petr K o z á k, der das Verhältnis von Fürsten, landsässigem Adel und städtischen Führungsschichten im Herzogtum Glogau an der Wende zur frühen Neuzeit schildert. Er zeigt die geschickt agierenden Adligen als Gewinner einer in vielem ritualisiert erscheinenden grausamen Auseinandersetzung, in der einige Ratsmänner der Stadt Glogau den Hungertod im Kerker erlitten haben.

Die Übersicht über die in dem Sammelband vereinigten Beiträge zeigt dessen Verdienst und Dilemma gleichermaßen: An vielen Beispielen wird der Transfer kultureller Elemente

deutlich gemacht, ohne eine wirkliche Verbindung der verschiedenen angesprochenen Prozesse herstellen und klären zu können, ob die Konzepte von „Eliten“ und „Kulturtransfer“ auf Frühzeit und Mittelalter Ostmitteleuropas anwendbar sind. Weil in dem Band außerdem häufige redaktionelle Mängel auftreten, muss zumindest offen bleiben, ob die GTA „mit ihrem ersten Workshop im Juli 2007 bravourös die Feuertaufe bestanden“ hat, wie Hedwig Röckelein und Karl-Heinz Willroth in ihrem Vorwort schreiben (S. 3).

Leipzig

Matthias Hardt

Jerzy Kłoczowski: Klöster und Orden im mittelalterlichen Polen. (Klio in Polen, Bd. 15.) fibre. Osnabrück 2013. 541 S., 15 graph. Darst., Kt. ISBN 978-3-938400-86-9. (€ 48,-)

Im Rahmen des von ihm maßgeblich projektierten großen Vorhabens einer siebzehnbändigen Geschichte des Christentums in Polen und Polen-Litauen hat der Nestor der polnischen Kirchengeschichtsforschung Jerzy Kłoczowski (geb. 1924) 2010 selbst einen voluminösen Band zu den Ordensgemeinschaften im mittelalterlichen Polen beige-steuert¹, der nunmehr auch in deutscher Übersetzung (von Heidemarie Petersen) vorliegt, wobei jedoch bedauerlicherweise auf einen Teil der Karten und Tabellen sowie auf sämtliche Fotos aus der Originalfassung verzichtet worden ist. Darauf, dass Klöster und Ordensgemeinschaften einen zentralen Platz in der mittelalterlichen Kulturgeschichte Europas eingenommen und diese entscheidend mitgeprägt haben, hat K. in seinen über sechs Jahrzehnte währenden Forschungen immer wieder eindringlich hingewiesen und mit zahlreichen Studien dokumentiert, so dass sicherlich niemand berufener war als er, diese umfassende und stets die allgemeineuropäischen Zusammenhänge in den Blick nehmende Zusammenfassung vorzulegen.

Als Untersuchungsraum definiert der Autor „das heutige Polen, das in etwa den frühen Grenzen des Piastenreiches einschließlich des preußischen Ordenslandes entspricht,“ sowie – ab dem 14. Jh. – „die litauisch-ruthenischen Gebiete des Großfürstentums Litauen sowie jene des Königreiches Polen“ (S. 13); darauf, dass sich zumindest der erste Teil dieses Ansatzes mitunter als nicht unproblematisch erweist, wird noch zurückzukommen sein. In den ersten drei Hauptteilen wird der chronologische Gang der Entwicklung abgehandelt: zunächst der durchaus schwierige und zähe Prozess von der offiziellen Annahme des Christentums wenige Jahrzehnte vor der Jahrtausendwende bis zum Ausgang des 12. Jh., als das Klosternetz mit weniger als 40 Häusern lediglich in wenigen Kerngebieten etabliert erscheint; sodann der Höhepunkt im durch einen außerordentlichen Kulturausweitungs- und Modernisierungsprozess und einen allseitigen Landesausbau gekennzeichneten 13. Jh., an dessen Ende die Zahl der Ordensniederlassungen auf über 300 angewachsen war; und schließlich die „Ordensbewegung“ seit der Wiederherstellung des Königreiches Polen 1320 und dessen Erweiterung um das Großfürstentum Litauen bis zum Vorabend der Reformation, die ungeachtet einiger Neugründungen und des Aufkommens neuer Ordenszweige doch eher von gegensätzlichen Tendenzen und zu einem nicht geringen Teil von Stagnation geprägt war. Diese größeren Komplexe sind jeweils recht stark untergliedert, so dass sich auch beispielsweise derjenige, der sich nur über die spezifische Entwicklung einer bestimmten Ordensgemeinschaft unterrichten lassen will, rasch und problemlos orientieren kann. Im abschließenden 4. Hauptteil untersucht K. detailliert in einem systematischen Zugriff die Bedeutung der Orden und Klöster für die „gesellschaftliche und religiös-kulturelle Erziehung“ (S. 12), d.h. ihre kulturell-intellektuellen Funktionen innerhalb der Polonia, wobei er aus naheliegenden Gründen den Fokus vor allem auf den Dominikanerorden richtet.

¹ JERZY KŁOCZOWSKI: *Wspólnoty zakonne w średniowiecznej Polsce* [Ordensgemeinschaften im mittelalterlichen Polen], Lublin 2010.

Bei aller Dankbarkeit dafür, dass man hier einen stets auf die großen Linien bedachten Überblick über ein gewiss komplexes Thema vor sich hat, dem man eine intensive Rezeption durch das nichtpolnische Fachpublikum wünscht, sind dennoch aus Sicht des Rezensenten einige kritische Anmerkungen angebracht. Natürlich ist es völlig legitim, wenn der Vf. in einzelnen Teilkapiteln auf eigene ältere Synthesen zurückgreift und diese im Wesentlichen übernimmt; problematisch wird dies Verfahren freilich dann, wenn neuere Forschungen dazu keine Berücksichtigung finden. Um dies am Beispiel der Geschichte des Franziskanerordens im 13. Jh. zu dokumentieren: K. zieht hierzu offenkundig mit nur ganz geringfügigen Ergänzungen in den Fußnoten lediglich seinen zusammenfassenden Beitrag von 1983² heran, die wenige Jahre später erschienenen Studien des Rezensenten zu demselben Thema³ sind ihm anscheinend unbekannt geblieben, und die umfassende Darstellung von Gabriela Waś⁴ wird zwar in dem über 60 Seiten starken Literaturverzeichnis genannt, sie hat aber keinerlei Niederschlag in K.s Text gefunden, so dass hier partiell ein älterer Wissensstand wiedergegeben wird. Ähnliches scheint auch für das eine oder andere weitere Kapitel zu gelten; ist hier vielleicht noch die mangelnde Berücksichtigung von neueren Untersuchungen deutscher Historiker (etwa von Christian Gahlbeck, Waldemar Könighaus, Andreas Rütter oder Winfried Schich) verständlich, geht es doch vornehmlich um einen Überblick über polnische Ordensforschung, so vermisst man doch auch nicht wenige Studien polnischer Geschichtsforscher wie z.B. von Jan Drabina, Robert Heś, Józef Mandziuk oder Marek Słoń.

Man wird zu Recht einwenden, dass diese neueren Arbeiten zwar einige Korrekturen und Ergänzungen im Detail bringen, das große Gesamtbild aber damit keine nachhaltigen Veränderungen erfahren hat. Gravierender aber wird es schon, wenn davon die Zahlenangaben für die Klostersniederlassungen tangiert werden, und ganz besonders dann, wenn sie mit Rückprojizierungen vom Gebiet des heutigen Polen auf die hoch- und spätmittelalterlichen Verhältnisse verbunden sind. Erneut sei das Beispiel der Franziskaner herangezogen: K. schreibt, dass im 13. Jh. allein in Schlesien „an die zwanzig franziskanische Männerklöster“ und insgesamt im gleichen Zeitraum „im piastischen Polen mit Pommern und dem preußischen Ordensland 40 Franziskaner- und 6 Klarissenklöster“ entstanden seien (S. 111); er bezieht dabei freilich die sechs oberlausitzischen Konvente sowie Glatz mit ein, die weder zu Schlesien noch zum piastischen Polen gehörten – die Zahlen sind also entsprechend zu reduzieren. Noch weit deutlicher wird dies, wenn er kurz darauf angibt, durch die „Angliederung der Kustodien Bautzen (Goldberg) und Breslau an die Provinz Sachsen im Jahr 1272“ habe die „böhmisch-polnische Provinz den Verlust von beinahe ganz Niederschlesien mit mehreren Dutzend Klöstern“ erlitten (S. 115); davon kann überhaupt keine Rede sein, denn tatsächlich waren es in Schlesien lediglich sechs und in der Oberlausitz drei Niederlassungen. Ähnlich verzerrend wirkt es, wenn für Schlesien „vier Benediktinerinnenklöster“ namhaft gemacht werden und darunter auch das niederlausitzi-

² JERZY KŁOCZOWSKI: *Bracia mniejsi w Polsce średniowiecznej* [Minderbrüder im mittelalterlichen Polen], in: *Franciszkanie w Polsce średniowiecznej*. Bd. I: *Franciszkanie na ziemiach polskich*, Lublin 1983, S. 13-108.

³ WINFRIED IRGANG: *Zur Frage der polnischen Franziskanerprovinz im 13. Jahrhundert*, in: *Archiv für schlesische Kirchengeschichte* 43 (1985), S. 251-261; DERS.: *Beiträge zur Silesia Franciscana im 13. Jahrhundert*, ebenda 47/48 (1989/90), S. 219-247; *Wiederabdruck* in DERS.: *Schlesien im Mittelalter. Siedlung – Kirche – Urkunden. Ausgewählte Aufsätze*, hrsg. von NORBERT KERSKEN und JÜRGEN WARMBRUNN, Marburg 2007, S. 218-226 bzw. 227-252.

⁴ GABRIELA WAŚ: *Klasztory franciszkańskie w miastach śląskich i górnośląskich XIII-XVI wieku* [Franziskanerklöster in den schlesischen und oberlausitzischen Städten vom 13. bis zum 16. Jh.], Wrocław 2000.

sche Guben aufscheint (S. 196). Es ließe sich noch das eine oder andere weitere Beispiel in dieser Art anführen, das zeigt, wie problembehaftet der gewählte territoriale Ansatz sein musste und dass zumindest deutlich differenzierter hätte argumentiert werden sollen.

Alle diese Einwände vermögen freilich den hohen Gesamtwert des Werkes nicht wirklich nachhaltig zu schmälern, das auch mit seiner sprachlich klaren Struktur zu überzeugen vermag.

Weimar-Wolfshausen

Winfried Irgang

Paul Milliman: “The Slippery Memory of Men”. The Place of Pomerania in the Medieval Kingdom of Poland. (East Central and Eastern Europe in the Middle Ages, 450-1450, Bd. 21). Brill. Leiden 2013. XV, 319 S., Ill. ISBN 978-90-04-182745. (€ 123,-)

Paul Milliman, Assistant Professor at the University of Arizona and one of the few younger American historians genuinely interested in the medieval history of East Central Europe, has written a book that one reads with growing enthusiasm. Interested in the problem of medieval state formation and choosing the example of the Kingdom of Poland and the Teutonic Ordensstaat during the 14th century, M. has tackled a difficult task very successfully: to study *sine ira et studio* what has been long been controversially debated by Polish and German scholars entrenched in fierce Geschichtspolitik – or as M. phrases it, “historiographical lawyering” (p. 22). M. is well aware of this complex and problematic historiographical heritage and takes a methodologically and theoretically well-reflected standpoint *vis-à-vis* the older concepts and interpretations. He builds on a thorough knowledge of the secondary literature in all relevant languages and demonstrates that he is perfectly at home with the older as well as the most recent Polish and German research on the topic. In addition, his work is profoundly informed by recent general debates on borderlands, identity and center-periphery relations in medieval European history. Combining his familiarity with recent theoretical debates (especially those of Anglo-American medievalists) with his mastery of the relevant secondary literature and primary sources, M. develops his own interesting and innovative approach, always making it clear that his interest in the political and social identities of this particular region of East Central Europe (i.e. Pomerania) situated and contested between two greater powers (i.e. the Teutonic Order and the Kingdom of Poland) is by no means a narrowly limited interest in a particular provincial history. He convincingly takes this history far beyond parochial horizons and presents it to the reader as a paradigmatic case that can reveal much about European medieval history in general.

In order to do so, M. analyzes first a fascinating source hardly known to historians outside the narrow circles of Polish and German specialists: the testimonies of 151 witnesses from the region interrogated by papal legates on the occasion of two trials between the Kingdom of Poland and the Ordensstaat in 1320 and 1339. It is in fact surprising that M. is (to my knowledge) the very first non-Polish/non-German historian to thoroughly study this source from a comparative European history perspective. In doing so, he introduces this extraordinary source on problems of regional identities and their evolution during the later Middle Ages to the attention of a broader international community of medievalists. M. has written a solid academic work, properly documented both in terms of the primary sources (including, in addition to the mentioned testimonies, all relevant narrative and documentary sources) as well as the relevant secondary literature (despite some misspellings/printing errors in German-language titles). This work interacts perfectly with recent scholarship and makes a major contribution to not only specialized Polish and German research on the particularities of the relations between the restored Polish Kingdom and the Ordensstaat but also to recent research trends that look at regional identities and borderland developments from a comparative European perspective. The text is written in a very readable, even entertaining style, which will certainly contribute to its reception not only by specialists but also by students and an interested public. The book has the potential to become a

welcomed study book for undergraduate and graduate courses, opening for students of history an important general topic of medieval European history in a paradigmatic way, demonstrating that East Central Europe in fact was an integral part of this history.

Münster

Eduard Mühle

Bernhard W. Scholz: Das geistliche Fürstentum Neisse. Eine ländliche Elite unter der Herrschaft des Bischofs (1300-1650). (Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands, Bd. 42.) Böhlau. Köln u.a. 2011. X, 488 S., Ill., Kt. ISBN 978-3-412-20628-4. (€ 59,90.)

Die schlesischen Territorien haben im Verlaufe der historischen Entwicklung des östlichen Mitteleuropa innerhalb der jeweiligen Staatsgefüge, denen sie angehörten, häufig eine gewisse Sonderstellung eingenommen; aber auch innerhalb Schlesiens selbst hat es immer wieder regionale Besonderheiten gegeben. Einem solchen Beispiel ist die vorliegende, sehr detaillierte Darstellung gewidmet. Der aus Schlesien stammende Bernhard W. Scholz, emeritierter Professor für mittelalterliche Geschichte an der Seton Hall University in South Orange, New Jersey, hat es unternommen, die ländlichen Besitzverhältnisse im südschlesischen Fürstentum Neisse-Grottkau (so die historisch korrektere Bezeichnung) vom Beginn des 14. bis zur Mitte des 17. Jh. zu untersuchen – erklärtermaßen (S. 7) vornehmlich aus einem prosopografischen Interesse heraus, aber auch mit dem Ziel, das Verhältnis der größeren Landbesitzer zu ihrem Landesherrn herauszuarbeiten, ihre Teilhabe an der Landesverwaltung zu analysieren und schließlich auch der Entwicklung von der Grund- zur Gutsherrschaft gegen Ende des Untersuchungszeitraums nachzugehen. Dieser Landesherr war der Bischof von Breslau, dem es als Einzigem im Episkopat des Gnesener Metropolitanverbands und auch in den Ländern der Böhmisches Krone gelungen war, für ein geschlossenes Gebiet in Bistumsbesitz die uneingeschränkte Landeshoheit zu erlangen und auf diesem Wege in den Fürstenstand aufzusteigen. In dieser Hinsicht war er somit eher den Bischöfen im Alten Reich vergleichbar, die in ihren Territorien ebenfalls die weltliche wie die geistliche Herrschaft ausübten, freilich mit dem gewichtigen Unterschied, dass der Breslauer Bischof als Mediatfürst nicht wie jene die Rechte der Reichsstandschaft erwerben konnte.

Als zentrale Bausteine für sein Werk hat der Vf. vier umfangreiche Quellenbestände ausgewählt, die ihm gleichzeitig entsprechende chronologische Querschnitte erlauben: das als *Liber fundationis episcopatus Vratislaviensis* bekannte Bestandsverzeichnis der bischöflichen Besitzrechte und Einkünfte aus dem beginnenden 14. Jh., die sog. „Neisser Lagerbücher“ – Codices mit Abschriften oder Auszügen von Urkunden über Rechtsgeschäfte mit Bezug auf Grundbesitz aus den Jahren 1360-1393 –, ein Güterverzeichnis aus den Jahren 1421-1425 sowie bislang weitgehend unveröffentlichte Verzeichnisse der Herren und Untertanen aus dem Zeitraum von 1579 bis 1619. Ergänzend hat Sch. neben der Literatur in deutscher und polnischer Sprache auch eine Reihe weiterer Quelleneditionen sowie Aktenmaterialien aus den Archiven in Breslau und Oppeln ausgewertet, leider aber nicht das Landesarchiv in Troppau mit seinen Beständen zum 1742 bei Österreich verbliebenen Südteil des Fürstentums besucht und auch die einschlägigen Abhandlungen in tschechischer Sprache nur ganz rudimentär herangezogen – hier wären zweifellos noch verschiedene interessante Ergänzungen zu seinen Erkenntnissen möglich gewesen.

Entstanden ist eine materialgesättigte Studie über die Entwicklung und den mannigfachen Wandel der Besitz- und Wirtschaftsverhältnisse in einer Mikroregion während knapp vier Jahrhunderten mit einer sehr starken personengeschichtlichen Ausrichtung. Die zahlreichen Tabellen und Verzeichnisse gestatten dazu auch gezielte Einblicke in Orts- und Familiengeschichten. Für die Landesgeschichte Schlesiens im Allgemeinen sind nach Ansicht des Rezensenten vor allem die Kapitel über die Ausbildung und den Ausbau der Gutsherrschaft von Interesse, da sie paradigmatische Einblicke in diese zwar prinzipiell bekannten, aber immer noch zu wenig erforschten Entwicklungen erlauben. Anders als in

fast allen weltlichen Fürstentümern Schlesiens verfügte der geistliche Landesherr während des Mittelalters und der Frühen Neuzeit dauernd auch über den weitaus größten Grundbesitz, andere Landbesitzer vermochten niemals über einen längeren Zeitraum hin eine größere Rolle im Bistumsland zu spielen, das Ständewesen blieb hier nur sehr schwach ausgeprägt – diese allerdings keineswegs neuen Ergebnisse bestätigen gewissermaßen den „Sonderfall“ Fürstentum Neisse-Grottkau im „Sonderfall“ Schlesien.

Weimar-Wolfshausen

Winfried Irgang

Kaiser Sigismund (1368-1437). Zur Herrschaftspraxis eines europäischen Monarchen. Hrsg. von Karel Hruza und Alexandra Kaar. (Forschungen zur Kaiser- und Papstgeschichte des Mittelalters, Bd. 31.) Böhlau. Wien u.a. 2012. 564 S., Ill., graph. Darst., Kt. ISBN 978-3-205-78755-6. (€ 79,90.)

Mit ganz wenigen Ausnahmen hat die Geschichtswissenschaft dem letzten Luxemburger auf dem Kaiserthron, dem ohne männlichen Nachkommen 1437 verstorbenen Sigismund, stets weit weniger Interesse entgegengebracht als seinem Vater Karl IV. († 1378), dem ersten Träger der Kaiserkrone aus dieser Dynastie. Erst vor rund einem Vierteljahrhundert ist der Inhaber von nicht weniger als vier Königskronen – der ungarischen seit 1387, der römisch-deutschen seit 1410/11, der böhmischen seit 1420 und der lombardischen seit 1431 – und damit Herrscher über einen „Reichsverband“ von immenser Größe etwas intensiver in das Blickfeld der internationalen Forschung gerückt. Diese ist seitdem auch immer mehr aus einer isolierten länderspezifischen Betrachtungsweise herausgetreten, und seit wenigen Jahren arbeitet sie gemeinsam an einer systematischen Verbreiterung der Quellenbasis: Im Rahmen der *Regesta Imperii*, eines der bedeutendsten Quellenwerke zur deutschen und europäischen Geschichte des Mittelalters, haben sich seit 2004 in Wien österreichische, tschechische und ungarische Historikerinnen und Historiker zusammengefunden, um die Urkunden Sigismunds (ab dem Jahr 1410) zu bearbeiten und zu analysieren¹ – eine Aufgabe von enormem Umfang, umfasste doch die inzwischen längst veraltete Regestenausgabe von Wilhelm Altmann aus den Jahren 1896-1900 bereits über 12 000 Nummern, ohne dass sie im geringsten Vollständigkeit erreicht hätte.

Am Ende des ersten, vom österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung finanzierten Projektabschnitts stand im Dezember 2007 eine am Historischen Institut der Masaryk-Universität in Brünn (Brno) veranstaltete internationale Tagung, an der neben den Projektmitarbeitern im engeren Sinne auch weitere Wissenschaftler aus den beteiligten Ländern sowie aus Deutschland, der Schweiz und der Slowakei beteiligt waren. Sie diente zum einen der Vorlage der bis dahin erzielten Ergebnisse im Hinblick auf die Urkunden- und Briefproduktion Sigismunds, zum anderen aber auch deren Einbettung in umfassendere Themenkomplexe zu seiner Regierungszeit. Der Großteil der dort gehaltenen Referate wird in diesem Sammelband in ausgearbeiteter Form präsentiert, wobei rund die Hälfte der insgesamt 18 Beiträge dem Bereich der Geschäftsschriftgutforschung (Urkunden, Akten, Briefe) zugeordnet werden kann. Der 1. Teil des voluminösen Bandes ist mit „Aspekte des politischen Handelns und der Herrschaftspraxis Sigismunds“ und der 3. mit „Rituale, Mentalitäten und Bilder“ überschrieben.

Angesichts des riesigen Imperiums des Luxemburgers, das sich von Nord- und Ostsee bis ans Mittelmeer und an das Schwarze Meer erstreckte und damit fast schon den Vergleich mit dem späteren Habsburgerreich auf europäischem Boden erlaubt, erscheint es

¹ Inzwischen ist ein erster Teilband erschienen: *Regesta Imperii XI: Regesten Kaiser Sigismunds (1410-1437)*. Nach Archiven und Bibliotheken geordnet. Band 1: Die Urkunden und Briefe aus den Archiven und Bibliotheken Mährens und Tschechisch-Schlesiens, bearb. von PETR ELBEL, Wien u.a. 2012.

durchaus verständlich, dass nur einige der Aufsätze auf das östliche Mitteleuropa fokussiert sind. Dies gilt vornehmlich für den 2. Teil „Urkunden- und Briefproduktion Sigismunds“, in dem drei Beiträge – von Márta Kondor, Daniela Dvořáková und Amalie Fössel – den Verhältnissen in Ungarn gewidmet sind, in zweien – von Alexandra Kaar sowie von Andreas Zajic und Petr Elbel gemeinsam – Privilegierungen in Böhmen und Mähren paradigmatisch dargestellt werden und in einem – von Martin Čapský – die Korrespondenz des Königs mit den schlesischen Fürsten und Ständen analysiert wird. Kennzeichnend für alle ist, dass vielfach bislang kaum bekanntes Quellenmaterial die Basis der Untersuchungen bildet und stets die Verbindungen und Bezüge zur Herrschafts- und Verwaltungspraxis herausgestellt werden. Selbstverständlich muss in einem Werk über Sigismund seine Auseinandersetzung mit dem Hussitismus einen gewichtigen Platz einnehmen. Der Altmeister der Geschichtsforschung zu Mähren Josef Válka greift in seinem Einführungsbeitrag die Frage „Wie eine Revolution beenden?“ auf, vor die sich der böhmische König über zwei Jahrzehnte hinweg gestellt sah, und zeichnet seinen Weg vom „unveröhnlichen Feind [...] zum ‚Politiker‘“ und damit zu einem „der bedeutendsten und interessantesten Herrscher dieser Periode“ (S. 54) nach. Robert Novotný beschäftigt sich mit der Konfessionalität des böhmischen und mährischen Adels und weist überzeugend die Brüchigkeit des traditionell gebrauchten Gegensatzpaares „hussitisch – katholisch“ nach. Die feierlichen Einzüge Sigismunds in die böhmischen und mährischen Städte beleuchtet Tomáš Borovský und macht daran dessen langes Ringen um die Anerkennung als König deutlich.

Auch wenn der Ostmitteleuropahistoriker diesen Aufsätzen vielleicht ein besonderes Interesse entgegenbringen mag, so wird er doch auch in den anderen Beiträgen mit einem Gewinn ähnlich innovative Fragestellungen finden und mancherlei Anregungen empfangen können. Sie alle zeigen, in welchem Maße die Beschäftigung mit dem Quellentyp „Urkunde“ die unterschiedlichsten Bereiche der Geschichtswissenschaft bereichern und inspirieren kann.

Weimar-Wolfshausen

Winfried Irgang

Das Elbinger Kriegsbuch (1383-1409). Rechnungen für städtische Aufgebote. Bearb. von Dieter Heckmann unter Mitarbeit von Krzysztof Kwiatkowski. (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 68.) Böhlau. Köln u.a. 2013. 436 S., 7 Ill. ISBN 978-3-412-21011-3. (€ 49,90.)

Endlich! Der Wert der Quelle wurde bereits im 19. Jh. erkannt und eine Edition für angemessen erachtet, doch kam es über eine Teiledition in der *Altpreußischen Monatsschrift* 1899 nicht hinaus. Als ich vor 45 Jahren anhand der Berliner Abschrift die Edition angehen wollte, war sie wegen eines parallelen Vorhabens, das jedoch nie ausgeführt wurde, gesperrt. Nun liegt die Edition anhand der Danziger Originalhandschrift vor, weit besser, als es seinerzeit möglich gewesen wäre. Das ist der Zähigkeit von Dieter Heckmann (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin) und der engagierten Mitarbeit von Krzysztof Kwiatkowski (Historisches Institut der Universität Thorn) zu verdanken, die diese Quelle in mustergültiger Edition (114 S.) und prosopografischer Aufarbeitung (234 S.) herausgegeben haben.

Im Untertitel der Edition heißt es schlicht „Rechnungen“. Das „Kriegsbuch“ verzeichnet die Aufgebotsleistungen der Altstadt Elbing über ein Vierteljahrhundert mit Gestellungslisten für 42 Kriegszüge, meist mit dem Deutschen Orden gegen Litauen. Vergleichbares gibt es für andere preußische Städte über einen solch langen Zeitraum nicht, nur punktuell. Mit diesen Listen ist das „Kriegsbuch“ nicht nur eine militärische, sondern aufgrund seines Namenmaterials auch eine sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Quelle, bis hin zu kulturgeschichtlichen Details.

In der Einleitung wird eine ausgezeichnete Handschriftenbeschreibung geboten sowie eine überzeugende Identifizierung der beiden beteiligten Schreiber. Es folgt eine knappe

inhaltliche Charakterisierung hinsichtlich der unterschiedlichen Arten von Aufgeböten (Alarm, Schiffsreisen, Landreisen, Landwehr, Baureise, wobei Reise Kriegszug bedeutet), der Mayen (Zeltgenossenschaften, also Kleingruppen zwischen 14 und 41 Mann unter Führung eines Hauptmanns), der Werte der Gestellung und Taxen, der genaueren Untersuchung der Kriegsteute und ihrer Bewaffung und Ausrüstung. Durch die prosopografische Aufarbeitung lassen sich auch Verwandtschaften und Netzwerke der Kriegsteilnehmer erkennen. Anschließend werden die Kriegszüge, an denen die Elbinger teilnahmen, knapp analysiert, mit der militärgeschichtlichen Erkenntnis: „Was an ihnen [den Kriegszügen] überrascht, war allem Anschein nach die große Schnelligkeit, mit der der Deutsche Orden durch die Anpassung seiner Aufgeböte auf Veränderungen reagierte. Dies setzt auch eine organisatorische Leistungsfähigkeit des Elbinger Rates voraus, der imstande war, kurzfristig eigene Kontingente aufzubieten, auszustatten und den außerhalb des Stadtgebiets befindlichen Truppen des Ordens zuzuföhren“ (S. 66). Es folgt, nach über sechs Jahrhunderten zusammengestellt, eine Auflistung der Elbinger Gefallenen – das Kriegsbuch selbst bietet sie nicht.

Der Editionsteil enthält die Namen und die Ausrüstung, als Soll wie als Ist gemäß kaufmännischer Buchführung gedacht. Soweit möglich, sind seitens des Hrsg. die Wohnorte (Straßen) hinzugefügt. Die bisherige Auswertung sieht vor allem den militärgeschichtlichen Aspekt, doch lässt sich die Quelle keineswegs darauf beschränken. Bei genauer Durchsicht sind viele weitere Details für eine Vielzahl von möglichen Fragestellungen erkennbar, sogar musikhistorische Einzelheiten. Man sollte daher das *Kriegsbuch* nicht nur für militärhistorische Fragen zu Rate ziehen.

Die oftmals angegebenen Verwandtschaftsbeziehungen werden mit einer Vielzahl anderer Quellen konfrontiert und bieten die Grundlage für das umfangreiche prosopografische Verzeichnis. Es ist fast ein Who-is-who der Altstadt Elbing in der Zeit um 1400, über das nur wenige vergleichbare Städte verfügen können. Gleichzeitig stellt dieses Verzeichnis das Personenregister der Edition dar, so dass nur noch ein knappes Ortsregister angehängt ist.

Was vor 35 Jahren gewagt wurde zu denken und dann langsam realisiert wurde, beginnend mit der Konferenzserie der „Ordines militares“ an der Universität Thorn 1981 – die grenzübergreifende Kooperation der interessierten Wissenschaftler –, ist hier zur Selbstverständlichkeit geworden und hat in einer Edition, die für die preußische Geschichte eine wichtige Grundlage für weitere Forschungen bietet, ausgezeichnet Frucht getragen. Ein Weiteres sollte hervorgehoben werden. Es wird eine Volltextedition vorgelegt, aufgrund des nicht sehr guten Erhaltungszustandes der Handschrift eine wichtige Leistung zum Erhalt des Originals, die durch Digitalisierung nicht ersetzt werden kann. Dafür ist dem Hrsg. ebenfalls zu danken.

Bonn

Udo Arnold

Karsten Igel: Zwischen Bürgerhaus und Frauenhaus. Stadtgestalt, Grundbesitz und Sozialstruktur im spätmittelalterlichen Greifswald. (Städteforschung, Reihe A: Darstellungen, Bd. 71.) Böhlau. Köln u.a. 2010. XVII, 428 S., Ill., graph. Darst., Kt., 1 CD-ROM. ISBN 978-3-412-33105-4. (€ 52,90.)

Karsten Igel hat für seine Münsteraner Dissertation die Überlieferung der Stadtbücher, die in allen Städten lübischen Rechts verbreitet waren, herangezogen, um neue Erkenntnisse zum Verhältnis von Stadtgestalt und Sozialstruktur im spätmittelalterlichen Greifswald, das er „zu den besterforschten Städten im Ostseeraum“ (S. 12) zählt, zu gewinnen. Hauptquelle ist das älteste Stadterbebuch (*liber de hereditatum resignatione*), das die Grundstücksauffassungen aus den Jahren 1351 bis 1452 enthält. Dessen Aufbau, Führung und Inhalt werden einleitend ausführlich beschrieben. Das Buch enthält mehr als 3700 Eintragungen, von denen mehr als 90 Prozent Grundstückstransaktionen, vor allem Verkäufe, dokumentieren. Die Eintragungen bieten Angaben zur Art der aufgelassenen Objekte, zu

den Haus- und Grundstückswerten und den Pertinenzen. Für die weiteren Auswertungen wurden die Stadtbucheinträge in einer Datenbank eingetragen, im Stadtplan kartiert und in Bezug zu den bauhistorischen und stadtarchäologischen Untersuchungen der letzten Jahre gesetzt.

In zwei großen, aufeinander bezogenen analytischen Teilen werden der Stadtraum und seine Bewohner untersucht. Im ersten Teil („Greifswald um 1400“) wird die bauliche Gestalt der Stadt rekonstruiert, wobei umsichtig auch die ältesten bildlichen Stadtdarstellungen aus dem 17. Jh. herangezogen werden. Beginnend mit der Bebauung vor den vier Stadttoren (Mühlen, Hospitäler) wird das Straßenraster der Gründungsstadt nachgezeichnet und auf die Formen der Bebauung (Steinhäuser, Holzhäuser, Traufenhäuser, Buden, Höfe) eingegangen, wobei die zeitliche und räumliche Richtung der „Versteinung“, die am Markt und in den Straßen zwischen Markt und Hafen in der zweiten Hälfte des 14. Jh. schon weit fortgeschritten war, deutlich wird. Im Einzelnen rekonstruiert I. sodann die Bebauung am Markt. Des Weiteren werden andere öffentliche Bauten (der Stadthof, die Frohnerie, die städtische Münze, die Apotheke, die Stadtmühle, das Walkhaus und das Schlachthaus) und gewerbliche Sonderbauten (Getreidespeicher, Schmieden, Backhäuser, Scheunen, Ställe) nach den Quellenbefunden lokalisiert und beschrieben. Zur städtischen Infrastruktur gehörten weiterhin die Wasserleitungen und Brunnen in der Stadt sowie die Badestuben und Frauenhäuser. Schließlich werden die neun privat gestifteten Armenkonvente und der kirchliche Grundbesitz angesprochen. In dem folgenden Kapitel („Greifswalder um 1400“) versucht der Autor die Sozialtopografie Greifswalds zu umreißen. Nach methodischen Vorbemerkungen erfasst er zum einen die Sozialgruppen, die im Zentrum der Stadt wohnen, und verortet zum anderen ausgewählte Sozialgruppen im Stadtraum. Bei den Sozialgruppen, die sich um Rathaus und Markt nachweisen lassen, geht es zunächst um die 134 Ratsherren des Untersuchungszeitraums. Für die meisten Ratsherren sind mehrere Grundstücke nachgewiesen, wobei sich bei der Kartierung der Besitzungen ein Schwerpunkt an der Ost- und Südseite des Marktes und in der Knopfstraße zeigt. Grundeigentum ist auch für die wenigen Stadtschreiber sowie für die Mieter der Krämerbuden am Markt nachweisbar, wenn auch ohne deutlichen topografischen Schwerpunkt. Bei der Sichtung und Lokalisierung der verschiedenen Sozialgruppen greift I. nicht auf ein modernes Schichtungsmodell zurück, sondern auf die zeitgenössischen Sozial- oder Berufsgruppen (Wollweber, Höker, Schuhmacher, Gewandschneider, Makler, Pferdehändler, Teilnehmer am Seehandel). Ein weiterer Zugriff folgt den verschiedenen Gewerbegruppen (Bäcker und Knochenhauer, Textilverarbeitung, Leder- und Pelzverarbeitung, Metallverarbeitung, Transport, Bauhandwerke, Kleinkaufleute) in der Stadt, wobei der Vf. hier nur von Tendenzausagen spricht, da unklar ist, wie hoch der Anteil von Grundstückseigentümern (die ja ausschließlich erfasst werden konnten) an der gesamten Gewerbegruppe gewesen ist.

Im dritten Untersuchungsteil („Greifswalder und Greifswald um 1400“) werden die topografischen und sozialen Untersuchungsergebnisse zusammengeführt. Es werden fünf Stadt-Räume gebildet, die sich wirtschaftlich, baulich und sozial unterscheiden. Beispielhaft wird dann die zentrale Bedeutung des Marktes und die wirtschaftliche Bedeutung des Gerberviertels im Westen der Stadt konturiert. Die Studie besticht durch ihre immer wieder reflektierte methodische Sorgfalt. Der Autor kontextualisiert wiederholt die Aussagekraft der Ergebnisse angesichts des Umstandes, dass über den Grundbesitz weniger als die Hälfte der damaligen Greifswalder Bevölkerung erfasst werden kann. Dennoch gewinnt man über den gewählten Zugang zahlreiche neue Erkenntnisse über die Baugeschichte der Stadt und ihre Sozialtopografie, die über die bislang maßgeblichen Forschungen von Theodor Pyl hinausgehen. Die Materialbasis wird in einer Fülle von Beigaben – 47 Stadtpläne mit verschiedenen Kartierungen, 64 Abbildungen und 41 Tabellen im Anhang sowie einer CD, die über diese Beigaben hinaus noch sog. „Hausstättenbiografien“ enthält, die alle ein Grundstück betreffende Transaktionen des Stadterbebuchs zusammenstellen – transparent und anschaulich gemacht. Die Darlegungen nehmen verschiedentlich auf vergleichbare Befunde für Lübeck Bezug und machen dabei parallel verlaufende und spezifische städti-

sche Entwicklungen deutlich. Insgesamt darf die Studie als vorbildlich gelten und sollte ähnliche Untersuchungen für andere Städte des hansischen Raums anregen.

Marburg

Norbert Kersken

Die Herzöge von Pommern. Zeugnisse der Herrschaft des Greifenhauses. Hrsg. von Norbert Buske, Joachim Krüger und Ralf-Gunnar Werlich. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern. Reihe V: Forschungen zur pommerschen Geschichte, Bd. 45.) Böhlau, Wien u.a. 2012. 456 S., zahlr. Ill., graph. Darst., Kt. ISBN 978-3-412-20712-0. (€ 49,90.)

Die pommersche landesgeschichtliche Forschung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nur wenig mit der herrschenden Dynastie der Greifen beschäftigt, die vom Beginn des 12. Jh. bis 1637, von Wartislaw I. bis zu Bogislaw XIV., die Landesherrschaft ausübte. Umso ergiebiger sind systematische Zugriffe, die verschiedenen Äußerungsformen herrscherlicher Repräsentation gewidmet sind. Der Band beruht auf zehn Vorträgen der Jahre 2001-2003, die sieben verschiedene Formen von Herrschaftsrepräsentation – Herrscherbildnisse, Münzen, Siegel und Wappen, Herrschaftszentren, Inschriften und Grablegen – behandeln.

Hellmut Hannes bespricht die bildlichen Darstellungen der pommerschen Herzöge und Herzoginnen, gestützt auf bis heute erhalten gebliebene Bildnisse von 26 Herzögen und 36 Herzoginnen, vor allem aus dem späten 15. bis 17. Jh. Einen Überblick über „die Münzprägung der pommerschen Herzöge“ bietet Joachim Krüger. Für das 14. und 15. Jh. steht die städtische – vor allem Stralsunder – Münzprägung und die Münzreform Bogislaws X. im Vordergrund; für die späte Greifenzeit liegt der Schwerpunkt auf der herzoglichen Münzprägung in den Jahren 1580-1596 in den Münzstätten Wolgast, Barth und Stettin und seit 1607 in Franzburg, Köslin und Stettin. In zwei umfangreichen, zusammenhängenden Beiträgen untersucht Ralf-Gunnar Werlich die Siegel und die heraldische Herrschaftssymbolik der pommerschen Herzöge. Die Beobachtungen zu Form, Größe, Bildtypen (Stand-, Reiter- bzw. Wappensiegel) und Inschriften der Siegel stützen sich auf 112 Siegel von 51 Herzögen. Dies wird fortgeführt durch eine Nachzeichnung der Verwendung und Farbgebung des herrschaftlichen Wappentiers, des Greifen, der seit den 1190er Jahren in Gebrauch war; hierbei wird die Entwicklung des neunfeldigen Wappens unter Bogislaw X. und die Veränderungen des Wappenschildes (Helmzierden, Schildhalter) seit der zweiten Hälfte des 16. Jh. eingehend nachverfolgt. In einem weiteren Beitrag gibt Werlich in vier chronologischen Schritten einen Überblick über die Herrschaftszentren und Residenzen der Greifen. Für die ältere Zeit bis zur ersten Herrschaftsteilung 1295 waren Usedom/Grobe, Stettin und Demmin die wichtigsten Herrschaftszentren der pommerschen Herzöge. In der Folgezeit wurden Stettin und Wolgast bis 1478 als Herrschaftszentren ausgebaut; daneben nahmen zeitweise Stolp und Rügenwalde mit dem Kartäuserkloster Marienkron sowie Barth für einzelne Herzöge zentrale Funktionen wahr. Die Herrschaft Bogislaws X. kann als Wendezeit angesehen werden, in der sich mit Stettin eine herzogliche Hauptresidenz herausbildete, an der verschiedene Herrschaftsfunktionen dauerhaft konzentriert wurden. Seit dem zweiten Drittel des 16. Jh. wurde neben Stettin Wolgast verstärkt als Residenz ausgebaut, daneben gewannen oder behielten verschiedene Nebenresidenzen, auch als Jagdschlösser oder Witwensitze, Bedeutung als Herrschaftszentren. Joachim Zdrenka erläutert in einem Beitrag zu den Inschriften der pommerschen Herzöge die Bedeutung von Inschriften nicht nur als Quellen, sondern auch als Medien der Herrschaftsrepräsentation am Beispiel einer Inschrift in der Wallfahrtskirche zu Kenz bei Barth, die alleinig eine pommersch-hohenzollernsche Eheverbindung zwischen Barnim VI. und Veronika, einer Tochter Friedrichs V. von Nürnberg, dokumentiert.

Drei Beiträge betreffen die pommerschen Herzogsgrablagen. Arthur Behn gibt hierzu einen allgemeinen Überblick über 23 Begräbnisorte mit 30 Grablegen von 99 Angehörigen des Greifenhauses, wobei trotz dieser Vielzahl die Dominanz der Grablegen in Stettin und

Wolgast deutlich ist. Mit der Herzogsgrablege in der Wolgaster Petrikirche beschäftigen sich die letzten beiden Aufsätze. Regina Ströbl stellt die dortigen sieben Bestattungen aus den Jahren 1560 bis 1631 in den Einzelheiten der Grabhinhalte vor, während Klaus Winands die Neugestaltung der Herzogsgrablege mit vier Sakophagen in der nunmehr Greifenkapelle genannten ehemaligen Taufkapelle der Petrikirche in den Jahren 2004/06 vorstellt. Der in den einzelnen Beiträgen sowie mit einem Anhang von Farbbildungen hervorragend illustrierte und durch ein Orts- und Personenregister erschlossene Band wird für alle künftigen Forschungen zur Dynastie der Greifen ein Ausgangs- und Bezugspunkt sein.

Marburg

Norbert Kersken

Lothar Graf zu Dohna: Die Dohnas und ihre Häuser. Profil einer europäischen Adelsfamilie. 2 Bände. Unter Mitwirkung von Alexander Fürst zu Dohna und mit einem Beitrag von Ursula Gräfin zu Dohna. Wallstein. Göttingen 2013. 929 S., Ill. ISBN 978-3-8353-1237-1. (€ 89,-)

Die vorliegenden zwei Bände bilden das Alterswerk von mehreren Historikern aus der Familie Dohna zur eigenen Familiengeschichte, wobei der Mediävist Lothar Graf zu Dohna für die reich illustrierte (über 250 Abb. weitgehend aus Familienbesitz), mit Übersichtstamntafeln und einem Personenregister versehene Darstellung die verantwortliche Schreib- und Redaktionsarbeit leistete. Die umfangreiche Darstellung verdient als Gesamtleistung eine nuancierte Resonanz, denn in ihr spiegelt sich das durch professionelle Historiker in der Familie, ein umfangreiches, vier Jahrhunderte altes Familienschrifttum und die familiäre Überlieferung (mit regelmäßigen Familientagungen zur eigenen Geschichte) gesammelte Wissen über die komplexe, sieben Jahrhunderte und geografisch das Alte Reich, Deutschland und Ostmitteleuropa umfassende Geschichte der Familie wider. Es ist zudem nach den im 19. Jh. im Privatdruck erschienenen Aufzeichnungen von Siegmund Graf Dohna (*Die Dohnas*: 4 Bände, 12 Text- und Beihefte, 11 Nachtragshefte, sowie *Die Donins*: 2 Bände¹), die in kaum einer deutschen Bibliothek vollständig vorhanden sind, die erste professionelle Gesamtdarstellung zu der Familie. Sie wird für das Thema zum Standardwerk werden, aber auch für die gesamte Adelsgeschichte des östlichen Preußen Bedeutung besitzen.

Wo liegen die Stärken und Schwächen des adligen Parforceritts durch sieben Jahrhunderte Familiengeschichte? Zu den Stärken gehört unzweifelhaft die souveräne Orientierung in der Genealogie, den historischen Familiensitzen (jeweils aus eigener Anschauung, durch Architektur- und Kunsthistoriker vor Ort vertieft, mit den korrekten polnischen, tschechischen, russischen und baltischen aktuellen Ortsnamen) sowie in der komplexen gedruckten und ungedruckten Überlieferung. Eingesehen wurden auch polnische und tschechische Publikationen, wobei der Kern der Quellen- und Forschungsüberlieferung zur Familie in deutscher und französischer Sprache vorliegt. Eine weitere Stärke liegt auch in der ausgewogenen Behandlung der gesamten Familiengeschichte mit jeweils nuancierten Urteilen zu den einzelnen Epochen und ihren unterschiedlichen räumlichen Schwerpunkten: der mediävistischen Familiengeschichte in Sachsen, Böhmen und Schlesien, dem 16. und 17. Jh., das schwerpunktmäßig im Preußenland spielt, in dem die Familie aber europaweite Bedeutung (Niederlande, Polen, Frankreich, Schweden, Schweiz) besitzt, dem 18. und 19. Jh., in dem die Familie zu einer preußischen Adelsfamilie „absteigt“, und der ersten Hälfte des 20. Jh., in der die Lebenswelt der Dohnas eng mit der preußisch-deutschen Geschichte, mit Nationalismus, Nationalsozialismus und Widerstand verbunden ist. Das entsprechende

¹ Leider werden diese Darstellungen in ihrem Quellenwert, ihren Defiziten und Entstehungsbedingungen nicht analysiert, vgl. nur S. 605.

Kapitel setzt sich eng und produktiv mit Stephan Malinowski² auseinander, D. selbst kennt als Sohn des 1944 hingerichteten Widerstandskämpfers Heinrich Graf zu Dohna die Geschichte von Anpassung und Widerstand aus eigener Erfahrung.

Die Gliederung – nach einer Einleitung II. Die Burggrafschaft Dohna (ca. 70 S.), III. Die Gründung neuer Häuser (mit Schwerpunkt auf Böhmen und Schlesien, ca. 50 S.), IV. Neue Aufgaben in Preußen (ca. 230 S.), V. Unter der preußischen Krone (ca. 190 S.) und VI. Im Deutschen Reich (40 S.) mit Anhängen zur Architektur und Gütergeschichte (240 S.) sowie zur Gartengeschichte (40 S.) – ist sinnvoll proportioniert und spiegelt die europäische Bedeutung der Familie gerade im 17. Jh. wider. Auch sachlich entlegene Gebiete wie die Architekturgeschichte der Dohnaschen Residenzen – etwa in der Kritik der ahistorischen Konstruktion angeblicher „ostpreußischer Königsschlösser“ nach 1701 (S. 458 f.) – oder die barocke und englische Gartengestaltung (Ursula Gräfin zu Dohna) werden kompetent dargestellt. Der Schwerpunkt liegt nicht auf einer Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte, jedoch werden auch das Siedlungsunternehmertum im Spätmittelalter, die Wirtschaftsgeschichte vor allem der Linie Lauck-Reichertswalde und die Rolle adliger Frauen in der frühen Neuzeit behandelt.

Bei diesen hervorstechenden positiven Seiten sollten aber auch Schwächen reflektiert werden, denn sie sind insbesondere bei der zukünftigen Benutzung des Werks zu beachten. Erstens folgt die Darstellung insbesondere in der Zeichnung von Nicht-Familienmitgliedern häufig der familiären Überlieferung und kann sich damit von manchen Familien- und Parteistandpunkten nicht lösen. So werden die Konflikte der Dohnas im Herzogtum Preußen mit der ständischen Opposition der „Querulierenden“ (S. 28 f., 208-225, an herausgehobener Stelle zu Beginn von Bd. 2, S. 411-417), ein für die Nähe zu den Hohenzollern und die Familiengeschichte wichtiger Moment, ausschließlich aus der älteren Dohnaschen sowie der monarchischen Perspektive dargestellt: Die Ständeopposition „usurpiert“ in einem „Staatsstreich“ (S. 413) im frühen 17. Jh. das Herzogtum, der Ständepolitiker Otto von der Groeben wird mit seinen „schlaueren Fälschungen“ zu einem „fanatischen Parteihaupt“ (S. 215), ja zu einem „fanatischen Führer“ (S. 414). Im Konflikt zwischen Ständen und hofnahen Dohnas fielen solche Vorwürfe und Urteile von beiden Seiten, in einer wissenschaftlichen Darstellung haben sie nichts zu suchen. Diese Tendenz gilt auch für ähnliche – zumeist positive – Urteile zu eigenen Familienakteuren und für kritische Urteile zu familiären Gegnern. „Verlierer“ oder „schwarze Schafe“ in der eigenen Familie werden zwar dezent erwähnt (S. 127 f., 626), nicht aber im Detail untersucht, obwohl eine Geschichte „adligen Obenbleibens“ (für die einige Akteure aus den Reihen der Dohnas *par excellence* stehen) nicht ohne eine Analyse des Scheiterns und der Verirrungen von anderen Familienmitgliedern vorstellbar ist. Eine hagiografische Tendenz bei familiären Zusammenhängen muss deshalb bei der Benutzung des Werkes beachtet werden.

Zweitens stützt sich die Darstellung nicht auf eine neue Durchmusterung der – etwa in Berlin und Olsztyn erhaltenen – Archivalien, deren Existenz zwar wiederholt angezeigt, deren Inhalt aber nur selten analysiert wird. Dies wäre über sieben Jahrhunderte auch kaum möglich gewesen, die Darstellung gründet auf eine Neulektüre der älteren Familiengeschichten und eine Konfrontation mit neueren Forschungsansätzen. Dabei argumentiert das Alterswerk oft konservativ im Sinne der älteren Familiengeschichte, aber auch anschließend an borussische Forschungspositionen (etwa wird einerseits eine nur wenig drückende „Schollenpflichtigkeit“ der Bauern in Preußen, andererseits aber eine „Leibeigenschaft“ in Polen behauptet, S. 187, es fehlt hier eine Auseinandersetzung mit den von Jan Peters und Heinrich Kaak angeregten Arbeiten; die Modernisierung von oben im Preu-

² STEPHAN MALINOWSKI: Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, 3., durchges. Aufl., Berlin 2003.

Benland wird ausschließlich positiv gesehen). Ob tatsächlich die Königskrönung 1701 „ein erhöhtes kollektives Selbstbewußtsein des Volkes in allen seinen Schichten bewirkte“ (S. 419), ist doch sehr fraglich. Die Detailforschung wird zukünftig zu reflektieren und zu klären haben, wo diese Positionen unhaltbar sind.

Drittens wird die Einbindung der Dohnas in die regionalen Adelslandschaften (in Sachsen, Böhmen, Schlesien oder im Preußenland) nur selten in ihren Wechselwirkungen reflektiert. Um beim zentralen preußischen Fall zu bleiben: Was bedeutete die reformierte Konfession und die Hofnähe im lutherisch-ständischen Preußen des 17. Jh. für die adligen Nachbarschaften? Wie funktionierte adlige Kommunikation in der Region?

Viertens ist die Darstellung – wohl dem Alter der Autoren (geb. 1922 und 1924) geschuldet – nicht immer stringent überarbeitet und geglättet. So sind im insgesamt gut lesbaren Text manchmal Wiederholungen (etwa S. 484, 526), Verweise in Kurzform und Doppelungen stehengeblieben (S. 214, 394, Anm. 318), die nur unter Schwierigkeiten auflösbar sind. Gewichtiger ist, dass teilweise auch der Diskurs über Forschungsfragen eigentümlich disparat erscheint. So wird etwa einerseits die Bedeutung der reformierten Konfession für die Familiengeschichte heruntergespielt (S. 217-222, 225 f., „das Trennende zwischen den protestantischen Konfessionen“ spielte angeblich bei den Dohnas um 1600 keine Rolle), andererseits aber wiederholt auf die Bedeutung des reformierten Bekenntnisses für individuelle Entscheidungen von Akteuren, für Soziabilität und Heiratsverhalten hingewiesen (z.B. S. 227, 238 ff., 252, 264, 310, 374, 449).

Jedoch finden sich, angesichts der Reichweite des Themas und der Schauplätze in fast ganz Europa, wenig sachliche Fehler: Übersehen wird, dass der Einfall litauischer und tatarischer Truppen 1656 das Ergebnis des brandenburg-schwedischen Bündnisses darstellte (S. 223); die Darstellung zu den Familiensitzen (S. 667-813) ist auf dem Forschungsstand der 1990er Jahre und berücksichtigt neuere polnische Studien zu einzelnen Gutshäusern nur unzureichend.

Insgesamt bildet das Werk jedoch als exemplarische Darstellung einer deutsch-ostmitteleuropäischen Adelsgeschichte eine Wegmarke in der weiteren Detailforschung zur Dohnaschen Familien- wie auch zur preußischen Adelsgeschichte insgesamt. Ihr an die Seite gestellt werden kann am ehesten der opulente Band zur Geschichte der Dönhoffs mit dem Schwerpunkt Friedrichstein³ sowie die Forschungs Kooperation um Joachim Bahlcke und Matthias Weber zur schlesischen Adelsgeschichte⁴, wobei hier stärker auch die polnische und tschechische Forschung zu Wort kommt.

Gießen

Hans-Jürgen Bömelburg

³ KILIAN HECK, CHRISTIAN THIELEMANN (Hrsg.): Friedrichstein. Das Schloss der Grafen von Dönhoff in Ostpreußen, München – Berlin 2006.

⁴ Adel in Schlesien. Bd. 1-4, München 2010-2014.

Adel und Wirtschaft. Lebensunterhalt der Adligen in der Moderne. Hrsg. von Ivo Cerman und Luboš Velek. (Studien zum mitteleuropäischen Adel, Bd. 2.) Meidenbauer. München 2009. 302 S., Ill., graph. Darst. ISBN 978-3-89975-056-0. (€ 44,-)

Die vorliegende Veröffentlichung ist der zweite Band der repräsentativ angelegten Schriftenreihe *Studien zum mitteleuropäischen Adel*. Während der erste Band die adelige Ausbildung während und nach der Aufklärungszeit¹ behandelte, befasst sich der zweite Band mit den wirtschaftlichen Aktivitäten des Adels. Der Schwerpunkt liegt auf der Unter-

¹ IVO CERMAN, LUBOŠ VELEK (Hrsg.): Adelige Ausbildung. Die Herausforderung der Aufklärung und die Folgen, München 2006.

suchung des Wirtschaftsmanagements sowie der unternehmerischen Aktivitäten des Adels und seines Konsums. Er sprengt somit weitgehend den Rahmen rein wirtschaftlicher Aspekte; soziale und kulturelle Faktoren werden mit aufgenommen. Es handelt sich um ein Sammelwerk, bestehend aus Vorträgen, die im Rahmen der im Juli 2005 an der Karlsuniversität in Prag veranstalteten Konferenz zu „Umwandlungen der gesellschaftlichen Eliten im Prozess der Modernisierung: Der Adel in den böhmischen Ländern 1749-1948“ gehalten wurden. Das Werk lässt sich, wie die meisten Konferenzpublikationen, als Almanach charakterisieren: Themenvielfalt und unterschiedliche Länge sowie eine divergierende Forschungstiefe, die durch einen unterschiedlichen Grad der Quellenverarbeitung und Kontextualisierung bedingt ist. Diejenigen, die eine synthetisierte Aussage über das Problem erwarten, werden enttäuscht sein. Das im Großen und Ganzen erfolgreiche Bestreben der Hrsg., das Sammelwerk durch Einteilung in thematische Abschnitte (I. Grundherrschaften im 18. Jh. – Krise oder Konjunktur, II. Neue Einkommensquellen – neue Lebensweise, III. Von der Grundherrschaft zum Großgrundbesitz (nach 1848), IV. Der überregionale Vergleich) verständlicher zu machen, kann daran kaum etwas ändern. Übrigens handelt es sich dabei um Fragestellungen, die von den Beiträgen kaum allgemeingültig beantwortet werden können. Andererseits besteht kein Zweifel daran, dass die Aufsätze weiterführende Forschungen auf einem hohen Niveau anregen und unterstützen können. Leser, die grundsätzlich kompetente Studien zu dem vorgegebenen Thema zu finden hoffen, werden zweifellos zufrieden gestellt.

Der einführende Text von Ivo C e r m a n kritisiert die Gesamtdarstellungen der marxistischen Historiografie zum böhmischen Adel der Neuzeit, gerade hinsichtlich ihrer Schematisierung und schwachen Datenbasis. C. hofft stattdessen, dass die vorgelegten Beiträge der böhmischen Wirtschaftsgeschichte neue Ansätze aufzeigen und das marxistische Interpretationsschema überwinden. Seinen Ausführungen kann bis auf die Behauptung, dass der o.g. Schematismus der böhmischen Wirtschaftsgeschichte schon vor langer Zeit verlassen worden sei, prinzipiell zugestimmt werden. Einen der Kernbeiträge des Sammelwerkes liefert Aleš V a l e n t a unter dem unglücklicherweise zu breit angesetzten Titel „Zur finanziellen Situation der aristokratischen Großgrundbesitzer in Böhmen 1740-1800“, wo er die Mentalität und Ansätze zur Lösung wirtschaftlicher Schwierigkeiten am Beispiel dreier adeliger Großgrundbesitzerfamilien – Franz Wenzel von Trauttmansdorff, Leopold Kinski und Wenzel Morzin – zeigt. Durch die Untersuchung von deren letztlichem Scheitern eröffnet sich ein neues Forschungsfeld. Václav P r a ž á k bietet ein minutiöses, exzellentes Porträt eines Domänenbeamten und von dessen Einblicken in das Vermögen der Familie Czernin in der zweiten Hälfte des 18. Jh. P. berichtet dabei über objektive Schwierigkeiten bei der Domänenbewirtschaftung sowie über die Horizonte und subjektiven Fehlgriffe eines Domänenverwalters. Dana Š t e f a n o v á präsentiert den Einzelfall eines adeligen Engagements im Bankwesen am Beispiel des Schwarzenberger Bankhauses. Sie stellt das Bankhaus in einen Zusammenhang mit der staatlichen Wirtschaftspolitik, erklärt die Gründung und Funktionsweise der Bank und definiert vor allem die Rolle der Adligen bei deren unternehmerischen Aktivitäten. Ein bedeutender Vertreter der adeligen Unternehmerschaft des protoindustriellen Zeitraumes, Johann Ludwig Graf von Harbuval und Chamaré, steht im Mittelpunkt einer umfangreichen Abhandlung von Bohumír S m u t n ý. Auf breiter Quellenbasis kann S. nicht nur dessen unternehmerische Aktivitäten in der Potensteiner Leinenweberei, sondern auch seine merkantilistische Denkweise vermitteln. In gelungener Weise stellt Aleš Z á ř i c k ý die interessanten unternehmerischen Aktivitäten der Grafen Larisch-Mönnich dar.

Als eine zweite Kernstudie erscheint der Aufsatz von Raimund P a l e c z e k, der den vom Fürst Johann Adolf Schwarzenberg in den Jahren 1848/49-1860 veranlassten Modernisierungsprozess des Grundbesitzes der Schwarzenberger Primogenitur behandelt. Mit einem anspruchsvollen Konzept untersucht P. Veränderungen des Großgrundbesitz-Managements. Er hebt den Einsatz des Fürsten beim Bau von Eisenbahnen, vor allem der Strecke Wien–Triest, hervor, die dem besseren Absatz der Produkte seiner bedeutenden Holz-

und Brauereiunternehmen dienten. Er weist darauf hin, dass der Fortschritt in der Technik der Vermögensanlage diene. Der Vf. bezeichnet Johann Adolf Schwarzenberg als land- und forstwirtschaftlichen Experten und aufgeklärte Persönlichkeit, die u.a. gemeinnützige Institutionen mitgestiftet habe. P. resümiert, dass Schwarzenberg im Spannungsfeld zwischen politischem Zentralismus und ökonomischem Liberalismus mit seinem Besitz eine Mittlerrolle eingenommen habe.

Auf die unternehmerischen Aktivitäten des langjährigen Landmarschalls Georg Christian Lobkowitz fokussiert Milan Hlaváčka in seiner präzise konzipierten Abhandlung. Er analysiert dessen Streben nach einer Modernisierung des Großgrundbesitzes, der Wirtschaftsstrategien sowie der Mechanismen für deren Umsetzung. Besitztümer und Fideikommiss der böhmisch-niederösterreichischen Adelsfamilie von Harrach behandelt Konstantin Raptis in seinem breit angelegten Aufsatz. Er unterstreicht das Bemühen von deren Verwaltern um die Einführung einer innovativen, auf technischen Kenntnissen beruhenden Agrarwirtschaft sowie die sozialen Aspekte ihrer Geschäftstätigkeit. Im Gegensatz zu den vorherigen, auf die traditionelle Aristokratie ausgerichteten Untersuchungen nimmt Milan Vojáček eine führende Persönlichkeit der böhmischen Politik, den zum Freiherrn nobilitierten František Ladislav Rieger, in den Blick. Rieger wird als ökonomischer Geist und später als erfolgloser Agrarunternehmer dargestellt. Die „exotischen“, in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen getätigten unternehmerischen Aktivitäten der Schwarzenberger – eine Farm in Kenia – präsentiert Šárka Lejková. Adolf und Hilde Schwarzenberg wollten sich aus Furcht vor der Verbreitung des Bolschewismus ein außereuropäisches Domizil einrichten und widmeten sich dort eher Jagdsafaris als ihrer Farm.

Ein besonderer Stellenwert ist dem vierten Abschnitt beizumessen, in dem die auf das böhmische Umfeld ausgerichteten Aufsätze der Entwicklung in England, Ungarn und dem sächsischen Vogtland zumindest teilweise gegenübergestellt werden. Tatjana Tönsmeier liefert einen Vergleich des böhmischen und des englischen Großgrundbesitzers als Arbeitgeber. Neben einer Vielzahl identischer Merkmale zeigt sie auch prinzipielle Abweichungen in der Wahrnehmung unternehmerischer Aktivitäten und Beziehungen zu den Arbeitnehmern. Gleichzeitig wird jedoch offenbar, dass der geografische sowie ökonomische und soziale Abstand zwischen den britischen Inseln und dem mitteleuropäischen Raum relativ groß war. Mit der Eigenart des ungarischen Adels und dessen sozialwirtschaftlicher Rolle in der Geschichte der Donauländer des 18. und 19. Jh. befasst sich András Vári. Die Untersuchung der Spannungen zwischen der Verzahnung der Aristokratie mit dem Wiener Kaiserhof und der Zentralverwaltung einerseits und (auch regionalspezifischen) ungarischen Belangen andererseits erweist sich als hochproduktiv. Die Studie beweist, dass auch relativ nah zueinander gelegene Regionen dramatisch voneinander abweichende Entwicklungsmerkmale aufweisen können – und dies auch innerhalb eines Staatenbundes. Der Band schließt mit einer regionalspezifischen Untersuchung eines in den böhmischen Ländern des 18. und 19. Jh. weitgehend unbekanntem Phänomens – des adeligen Rittergutsbesitzes im sächsischen Vogtland. Die Existenz stark voneinander abweichender Entwicklungstrends in den in nächster Nähe zu Böhmen gelegenen Landschaften, auch in Regionen mit regem grenzüberschreitendem Verkehr, findet in diesem Aufsatz ihre Bestätigung.

Unsere zusammenfassende Beurteilung lautet: Obwohl der Buchtitel auf Wirtschafts-geschichte schließen lässt, beruhen die Erkenntnisse zu den unternehmerischen Aktivitäten des Adels auf seinem Großgrundbesitz nicht auf der Verarbeitung wirtschaftlicher Quellen, sondern entstammen eher Unterlagen privater Natur sowie der Sekundärliteratur. Es ist zu hoffen, dass diese Erkenntnisse zur ökonomischen Effektivität in weiteren Studien mittels einer detaillierten Untersuchung der Buchhaltungsunterlagen vertieft werden. Ein längerer Epilog und ein Stichwortverzeichnis hätten die ansonsten wertvolle Publikation noch attraktiver gemacht.

Praha

Eduard Kubů – Jiří Šouša

Karl von Holtei (1798-1880). Leben und Werk. Fragestellungen – Differenzierungen – Auswertungen. Hrsg. von Leszek Dziemiątko und Marek Hałub. (Schlesische Grenzgänger, Bd. 3.) Leipziger Univ.-Verl. Leipzig 2011. 428 S., Ill. ISBN 978-3-86583-537-6. (€ 36,-)

Der 130. Todestag des in Breslau geborenen Dichters, Schauspielers und Vortragskünstlers wurde zum direkten Anlass für eine verdienstvolle Publikation der Breslauer Germanistik. Es war offensichtlich, dass die in der zweiten Hälfte des 19. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. entstandenen größeren Studien zu Karl von Holtei und seinem Schaffen den modernen wissenschaftlichen Ansprüchen nicht mehr standhalten können. So wurde im März 2010 in Breslau eine wissenschaftliche Tagung veranstaltet, die mit interdisziplinärer Ausrichtung Holteis Leben und Wirken sowie Fragen der deutschen und polnischen Rezeption vor dem Hintergrund der Ideen- und Beziehungsgeschichte zum Thema hatte. Der besprochene Band liefert interessante Forschungsergebnisse deutscher, polnischer und niederländischer Literaturforscher.

Die Tagung setzte sich auch zum Ziel, Holteis Leben und Werk unter den heutigen Einwohnern Breslaus und Schlesiens in Erinnerung zu rufen sowie die Person dieses auch in Deutschland weitgehend vergessenen Dichters wieder in das kollektive Gedächtnis einzuführen. Der Band ist in sprachlicher Hinsicht zweigeteilt: Der erste Teil enthält 16 Beiträge in deutscher und der zweite Teil fünf Beiträge in polnischer Sprache. Die polnischsprachigen Beiträge befassen sich eingehender mit rezeptionshistorischen Fragen sowie der Popularisierung bzw. Breitenwirkung. Es wird hier u.a. nach dem historischen Gedächtnis auf den nationalen Ebenen gefragt, was im weitesten Sinne mit Memorialkultur und zukünftiger Kulturarbeit in Schlesien als einer europäischen Region zusammenhängt.

Aus dem aufschlussreichen Beitrag von Marek Hałub zu Holtei und Polen kann man entnehmen, dass die deutschen Autoren bereits im 19. Jh. in der Physiognomie der Stadt Breslau vielerorts polnisches Kolorit wahrnahmen. In seinen Erinnerungen nannte Holtei einige von ihm hochgeschätzte polnische Bekannte, darunter Studenten. Ihn interessierten einzelne folgenschwere Episoden aus der polnischen Geschichte: Zu einem wahren Kasenschlager wurde das Tadeusz Kościuszko verklärende Singspiel *Der alte Feldherr*, womit sich der Verfasser in die anschwellige Polenbegeisterung nach dem Novemberaufstand von 1830 einschrieb, ebenso wie mit dem Gedicht *Der letzte Pole* von 1832, in dem Holtei seine Solidaritätsgefühle mit den besiegten polnischen Aufständischen zum Ausdruck brachte.

Holtei gehörte zu den wenigen preußischen Einwohnern Breslaus, die es sich leisten konnten, die um ihre Eigenstaatlichkeit ringenden Polen in aller Öffentlichkeit zu unterstützen. Seine Begeisterung für den polnischen Patriotismus wurde jedoch sehr bald von einem verstärkten Sentiment für sein preußisches Heimatland abgelöst, nachdem dessen polnische Bevölkerung begonnen hatte, sich den Germanisierungsversuchen zu widersetzen. Im Fazit seines Beitrags stellt allerdings Hałub die viel strapazierte Metapher des „Brückenschlagens“ zwischen den Nachbarvölkern deutlich in Frage. Seiner Meinung nach war das Territorium Schlesiens im Laufe der Geschichte vor allem Austragungsort einer verschärften Konfrontation zwischen verschiedenen Kulturelementen und Schauplatz eines erbitterten Nationalitätenkampfes.

Interessant ist auch der Beitrag von Marcin Miodek, in dem er die Präsenz Karl von Holteis in den polnischen gedruckten- bzw. Online-Enzyklopädien untersucht. Der Name „Holtei“ sei in ungefähr zwei Drittel aller untersuchten Editionen anzutreffen. Die durchschnittliche Länge eines Stichworts betrage 15 Zeilen, was in etwa den Einträgen zu Gustav Freytag und Joseph v. Eichendorff entspreche. An erster Stelle stehe hier Heinrich Heine. Eine Abbildung Holteis sei allerdings nur bei Wikipedia zu finden. Der Trend gehe dahin, dass sich der Umfang der Holtei-Einträge reduziere. Miodek empfindet die polnische Holtei-Rezeption nicht als politisiert – außer vielleicht hinsichtlich möglicher Eingriffsversuche der Zensur im russischen Teilungsgebiet gegenüber Kościuszko. Den polnischen Autoren von Holtei-Stichwörtern attestiert er eher Sachlichkeit und Objektivität.

Tobias Weger rekonstruiert den Stellenwert Holteis im schlesischen und deutschen Kulturgedächtnis im 19. und 20. Jh. Erfreulich ist für ihn die Tatsache, dass dem Allgemeinen Lyzeum in Oborniki Śląskie (Obornik) im Jahre 1997 der Name Karl von Holtei verliehen werden konnte. Auf der Internetseite der Schule wird erwähnt, dass sich Holtei „mit seinem ganzen Herzen für das Wohl seines schlesischen Heimatlandes engagierte und ein Freund des polnischen Volkes in den schwierigsten Zeiten seiner Existenz war“. Auch erfährt man, dass an Holteis 200. Geburtstag eine zweisprachige Gedenktafel in der Breslauer Fleischergasse angebracht und eine Statue von ihm in die Galerie hervorragender Breslauer im Bürgersaal des Rathauses aufgenommen wurde. Die Feierlichkeiten bildeten wichtige Schritte auf dem Weg zur Rekonstruktion des Holtei-Gedächtnisses unter den heutigen Einwohnern der Stadt. Allerdings gab es seit 1945 keine Initiativen, Holtei zu Ehren ein Denkmal zu errichten oder eine Straße zu benennen. In den letzten Jahren wurde jedoch, z.B. durch populärwissenschaftliche Tagungen, versucht, den Dichter wieder in den Kulturraum Niederschlesiens einzuführen.

Schließlich berichtet Kazimierz M. Pułko in seinem Beitrag über das historische Holtei-Gedächtnis in Oborniki. In der dortigen evangelischen Kirche ließ sich der Dichter im Jahre 1821 mit Luise Roger, einer Schauspielerin aus Berlin, trauen. Das Haus der Familie Holtei hatte dabei beinahe den Rang eines „Kulturzentrums“. Es war für die gesellschaftlichen Eliten eine Novität, indem es Möglichkeiten zur kreativen Freizeitgestaltung zeigte, die über die fest verwurzelten lokalen Sitten hinausgingen.

Holtei zog jedoch schon im Mai 1821 nach Breslau um. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass er Oborniki, wo er zeitweilig seinen Wohnsitz hatte, in den literarisch-kulturellen Kreisen Schlesiens und anderer Teile Europas u.a. durch seine poetischen Werke in schlesischer Mundart verewigt hat. Die Restitution des historischen Holtei-Gedächtnisses begann hier in den 1980er Jahren. Holtei wurde zum Gegenstand regionaler populärwissenschaftlicher Arbeiten und inspirierte einen Gedichtband von Marek Śnieciński. So fand er nach Jahren endlich Eingang in die neuere historische Tradition der Stadt und in einen Lokalpatriotismus ohne politische Untertöne.

Poznań

Roman Dziergwa

Ulrike Jureit: Das Ordnen von Räumen. Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert. Hamburger Ed. Hamburg 2012. 445 S., Ill., Kt., Beilage „Karten und Abbildungen“. ISBN 978-3-86854-248-6. (€ 39,-)

Die vorgelegte Untersuchung ist nicht nur vor dem Hintergrund der in jüngster Zeit geführten Debatten und Diskurse um Räume und die Wiederentdeckung einer Geopolitik zu begrüßen, sondern auch als wissenschaftliche Synthese der Kategorien und Begriffe zu Territorium und Raum im Zeitalter von Nationalisierung und Kolonialisierung in der modernen europäischen Geschichte geradezu überfällig.

Ausgehend von der Feststellung, dass „das Verhältnis von Raum und Bevölkerung [...] sowohl eines der zentralen als auch der umstrittensten Phänomene ökonomischer, politischer und sozialer Verflechtungszusammenhänge“ sei (S. 7), analysiert Ulrike Jureit den interdisziplinären Zugang auf den Gegenstand „Raum“. Dabei zieht sie im Wesentlichen eine negative Bilanz der „Wiederentdeckung des Raumes“ seit Mitte der 1990er Jahre und geht mit den „selbsternannten Raumpionieren“ hart ins Gericht. Die Hauptkritik richtet sich gegen die „leichtsinnige Inanspruchnahme geographischer Altbestände“ und die „irritierende Gleichzeitigkeit von konstruktivistisch argumentierenden Raumbekanntnissen und einer relativ konventionellen Forschungspraxis“ (S. 11), die eher reproduziere als analysiere. Das Ergebnis sei ein wissenschaftlicher Eklektizismus, der herkömmliche Begrifflichkeiten wie „Stadt“ und „Territorium“ mit „Raum“ ersetze. Somit sei es wenig sinnvoll, „danach zu fragen, welche Vorstellung vom Raum die richtige ist oder war, sondern es gilt herauszuarbeiten, wann von wem und mit welchen Interessen welche Raumkonzepte in

Anspruch genommen werden“ und den Raum als eine „Selbstbeschreibungsförmel von Gesellschaften“ zu verstehen (S. 13).

Der Gegenstand der Untersuchung wird am deutschen Beispiel abgehandelt. Sicher ist Deutschland für das „Ordnen von Räumen“ als Referenz geeignet, und die hier entwickelten Vorstellungen sind repräsentativ für allgemeine Tendenzen über den europäischen Rahmen hinaus. Dennoch existieren transnationale, übergreifende Paradigmen der Raumvorstellungen in dieser europäischen Schlüsselperiode, die es wert gewesen wären, als solche auch dargestellt zu werden. Das heißt nicht, dass die Autorin nicht verschiedentlich auf diesen Sachverhalt Bezug nimmt und die entscheidenden geistigen Strömungen, Personen und gegenseitigen Rezeptionen berücksichtigt. Die Arbeit bleibt aber deutschlandzentriert, und eine übergreifende Perspektive, wie der Titel erwarten lässt, wird nicht entwickelt.

Die eigentliche Untersuchung beginnt J. im zweiten Kapitel mit dem Wandel politischer Raumvorstellungen in der Frühen Neuzeit, den sie in die Formel „Vom Ort zum Territorium“ fasst. Am Beispiel Hamburgs und seines Anspruchs auf die Elbe stellt sie die Ordnungsprinzipien territorialer Markierung durch die Praktiken der Vermessung dar, die vor allem durch die Kartografie als „Leitmedium moderner Territorialität“ realisiert werden (S. 44). Hier wie im Weiteren hat die Vf. prägnante Beispiele ausgewählt und versteht es gut, anhand von markanten Persönlichkeiten die Prozesse zu veranschaulichen. Gleichsam als Vorbereitung und auch Übergang in die Periode der modernen Nationalstaatsbildung wird dem Phänomen der Zeitverkürzung der Moderne große Aufmerksamkeit geschenkt. Die „Kompression von Raum und Zeit“ (S. 53) führt zu Verdichtung und Raumschwund als besonderen Merkmalen der Moderne. Aus diesem Verdichtungsprozess, der durch Mobilitätssteigerung, aber auch einen Verlustempfinden sowohl positiv als auch negativ konnotiert ist, leiten sich sozial konstruierte Konzepte ab, die in den Theorien von Thomas Malthus einen vorläufigen Höhepunkt und im 19. Jh. große Verbreitung fanden.

Nach einem kurzen Rekurs auf die Nationalstaatsbildung in Europa als einen Territorialisierungsprozess, bei dem sich die Vf. auf die Reichsgründung konzentriert und auf die traditionelle Nationalismusforschung zurückgreift, steht die Kolonialgeschichte im Mittelpunkt des dritten Kapitels. Hier geht J. der Frage nach, wie europäische Muster von Normierung und Vermessung auf die Kolonien übertragen werden, und gelangt zu dem Schluss, dass angesichts der zu ordnenden Landmasse der koloniale Staat eine „europäische Herrschaftsutopie“ (S. 86) bleiben musste und keine Kopie europäischer Staaten, sondern eine politische Ordnung *sui generis* entstand sei – inklusive „leerer Räume“, jener weißen Flecken auf der Landkarte, die sich den Territorialisierungsprozessen entzogen. Der Text erschöpft sich in diesem Kapitel in der Darstellung ordnungspolitischer Maßnahmen, die zwar sehr informativ ist, in der bisweilen jedoch der dem Buche zugrunde liegende Ansatz der Raumvorstellungen verloren geht.

Im vierten Kapitel, das den Schwerpunkt bildet, erreicht das Buch seine essenzielle Aussagefähigkeit. Hier wird die Vf. auch der beim Leser aufgebauten Erwartungshaltung am ehesten gerecht. Der Geograf Friedrich Ratzel systematisierte in seinem Lebensraumkonzept die „Überproduktion des Menschen“ (Heinrich von Treitschke). Er brachte darin nicht nur die politischen, sozialen und ökonomischen Widersprüche der Moderne deutlich zum Ausdruck, sondern führte auch Politik und Wissenschaft in einem bisher nicht dagewesenen Maße zusammen. Imperiale Expansion und wissenschaftliche Theoriebildung korrespondierten vor allem bei Geografie, Biologie und Anthropologie. Im Kern ging es um die gesellschaftliche Prägung durch geografische Umweltbedingungen, die Ratzel in seinem Hauptwerk *Politische Geographie* zusammenfasste. Er griff dabei schon auf biologische Komponenten zurück und bezog sich auf Darwins Evolutionstheorie, wenn er den Staat als „bodenständigen Organismus“ (S. 135) bezeichnete. Einen Schritt weiter in der Rezeption Darwins ging Ratzels Kollege Moritz Wagner, wenn er aus der Bevölkerungsentwicklung und der zunehmenden Raumnot den notwendigen „Kampf um das Dasein“ (S. 142) ableitete.

Diesem eher theoriebildend angelegten Kapitel lässt die Vf. eine breit angelegte empirische Untersuchung folgen, in der sie die territorialen Ordnungen im Zuge des Ersten Weltkriegs behandelt. Ausgehend von der Mitteleuropakonzeption und der Lebensraum-Metaphorik des deutschen „Griffs nach der Weltmacht“ entwickelt J. das Ordnungskonzept der Besatzungspolitik des Territoriums Ober Ost, in dem sie „die Transformation des kolonialen Gedankens nach Europa“ (S. 162) verwirklicht sieht, und belegt dies vor allem mit den militärisch-hoheitlichen Machtausübungspraktiken und der Selbstdarstellung der Militärs. In einem zweiten, umfangreicheren Teil dieses Kapitels werden die territorialen Festlegungen des Versailler Vertrags behandelt, wobei die deutsch-polnische Grenzfrage und der Oberschlesienkonflikt im Mittelpunkt stehen. Die hier dargebotene Materialfülle und Detailkenntnis ist beeindruckend, aber in ihrer Funktion durchaus zweifelhaft. Ganz abgesehen davon, dass die Literatur zu den territorialen Festlegungen nach dem Ersten Weltkrieg und namentlich dem Oberschlesien-Abkommen ganze Bibliotheken füllt, stellt sich hier die Frage, welche Aussage getroffen werden kann und soll. Die Argumentation und die „Beweisführung“ einer wissenschaftlichen Legitimation territorialer Forderungen sind im Zusammenhang mit der europäischen Nachkriegsordnung so komplex und vielschichtig, dass sie sich jeglicher Kategorisierung in Raumkonzepten entziehen.

Aus dieser Kampagne territorialer Legitimation ging mit Wilhelm Volz und Albrecht Penck an der Spitze eine neue Generation von Geografen hervor, die eine wirkungsmächtige Kooperation zwischen Geografie und Außenpolitik realisierten. Sie vertraten die deutsche Revisionspolitik mit der Kulturbodentheorie, in deren Mittelpunkt als entscheidendes Element das Volk stand, das Naturraum in Lebensraum transferiert. Die Verbindung von völkischen und räumlichen Komponenten wurde in der Weimarer Republik zu einem tragenden Element disziplinübergreifender Forschungsverbände wie der Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung. Zur Schlüsselfigur einer Tendenz, die volk- und raumtheoretische Modelle in politische Handlungskonzepte transformierte, avancierte Karl Haushofer, der mit seinen geopolitischen Theorien über das Recht des Volkes auf Lebensraum zur Vorgeschichte des Nationalsozialismus gehörte. Zu den Begriffen „Volk“, „Nation“ und „Raum“ gesellte sich, schon unter dem direkten Einfluss der Nationalsozialisten, der Begriff „Rasse“ und wurde mit einem „geopolitischen Blick nach Osten“ (S. 256) verbunden, der schließlich im Schlagwort „Volk ohne Raum“ massenwirksam wurde.

Im abschließenden Kapitel, das sich mit den Raumvorstellungen der Nationalsozialisten und ihrer Umsetzung in der Kriegs- und Vernichtungspolitik beschäftigt, geht die Vf. kritisch auf die Kontinuitätstheorie ein, welche diese Vernichtungspolitik als logische Konsequenz deutscher Raumvorstellungen schlechthin ansieht. Sie verweist darauf, dass man einerseits nicht von einer geschlossenen Theorie der Nationalsozialisten zu Raumvorstellungen sprechen könne, vieles in der Okkupationspraxis entschieden worden sei und Adolf Hitler die „bürgerlichen Halbheiten“ (S. 286) der etablierten Geografen abgelehnt habe, es aber andererseits keinem Zweifel unterliege, dass Grundgedanken der Raumordnung, wie sie seit dem 19. Jh. entwickelt wurden, für die nationalsozialistische Eroberungspolitik konstitutiv waren.

Das vorgelegte Buch ist eine die vorhandene Literatur umfassend verarbeitende Abhandlung mit theoretischer Tiefe und großem Detailreichtum. Das Karten und Abbildungen enthaltende beigelegte Extraheft ist zwar gut gemeint, aber durch die fotografische Übernahme auch größerer Karten auf das Heftformat sind einige Abbildungen kaum lesbar.

Rostock – Toruń

Ralph Schattkowsky

Arnold Bartetzky: Nation – Staat – Stadt. Architektur, Denkmalpflege und visuelle Geschichtskultur vom 19. bis zum 21. Jahrhundert. (Visuelle Geschichtskultur, Bd. 9.) Böhlau. Köln u.a. 2012. 276 S., zahlr. Ill. ISBN 978-3-412-20819-6. (€ 39,90.)

Arnold Bartetzky, Fachkoordinator für Kunstgeschichte am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) in Leipzig, befasst sich

seit mehreren Jahren mit Fragen des Wiederaufbaus, der Denkmalpflege und der städtebaulichen Tendenzen in Ostmitteleuropa seit dem Zweiten Weltkrieg. Der vorliegende Band versammelt eine Auswahl von 22 Beiträgen aus den Jahren 2001-2011, erweitert um Ausblicke auf die Geschichte der Denkmalpflege seit ihren Anfängen um 1800 und Vergleiche im globalen Kontext, etwa zur Stadtentwicklung in China oder zum Umgang mit dem kolonialen Bauerbe in Kuba. Es handelt sich um verstreut publizierte wissenschaftliche Artikel und bislang unveröffentlichte Vortragstexte mit entsprechendem Anmerungsapparat sowie um kurze Essays für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die *Neue Zürcher Zeitung*. Ungeachtet ihres unterschiedlichen Charakters verbindet die Texte ihre luzide Sprache, die die Lektüre angenehm macht.

Die Leitfrage des Autors zielt auf die „geschichtspolitische Funktion von Architektur und Städtebau“ (S. 7), auf die identitätsstiftende Wirkung der gebauten Umwelt für nationale, regionale oder lokale Gemeinschaften, die gerade in Umbruchsituationen wie Nachkriegszeiten und politischen Systemwechseln besondere Bedeutung gewinnt. Es ist daher nicht allein die architektonische Form – rekonstruierend, historisierend, zeitgenössisch-modern – des Wiederaufbaus oder der Neugestaltung, die B. interessiert, es sind vielmehr die gesellschaftlichen und politischen Diskurse, die diese Formfindungen begleiten und begründen.

Der Band ist thematisch bzw. chronologisch in drei Teile gegliedert. Den Abschnitt „Zerstörung, Wiederaufbau, Architektur im Dienst der Geschichtsinzenierung“ leiten zwei historiografische Beiträge zum Umgang mit dem architektonischen Erbe ein. B. stellt die Rekonstruktionswelle der letzten beiden Jahrzehnte, die beispielsweise in Wilna (Vilnius) zur Neuentstehung des vor 200 Jahren zerstörten, nur lückenhaft dokumentierten Großfürstlichen Palastes geführt hat, in den Kontext der Inszenierung von „nationalen“ Baudenkmalern seit dem frühen 19. Jh. Zu fragen wäre, ob seine zweifellos richtige Deutung des Phänomens im östlichen Europa als „Akt nationaler Selbstbehauptung“ (S. 17) nicht auch für die Schloss-Rekonstruktionen im wiedervereinigten Deutschland gilt – allen gegenteiligen Beteuerungen der Initiatoren zum Trotz.

Die Theoriegeschichte der Denkmalpflege und ihre „Positionen [...] zur politisch motivierten Rekonstruktion zerstörter Baudenkmalern“ zeichnet der zweite Beitrag nach. Georg Dehios vielzitierte Forderung „Konservieren, nicht restaurieren“ richtete sich gegen die historistischen Architekturphantasien, die Konrad Steinbrecht beim Wiederaufbau der Marienburg oder Bodo Ehard in seinen zahllosen Burgen-„restaurierungen“ realisiert hatten. Dass die hehre Idee immer wieder ignoriert wurde und wird, wenn es um Bauten von hohem Symbolwert geht, zeigt B. unter anderem an den Debatten über die Rekonstruktionen am Schloss der polnischen Könige auf dem Wawel in Krakau um 1910. Wie Piotr Majewski unlängst gezeigt hat¹, war der für den Wiederaufbau nach 1945 zuständige Generalkonservator Jan Zachwatowicz bereits in der Zwischenkriegszeit an einigen nationalen Rekonstruktionsprojekten tätig. Eine „tragische Ausnahme“ war daher weniger der rekonstruierende Wiederaufbau², sondern das Ausmaß der Vernichtung des kulturellen Erbes in Polen im Zweiten Weltkrieg. Unter den mittlerweile zahlreichen Untersuchungen zum

¹ PIOTR MAJEWSKI: Ideologia i konserwacja. Architektura zabytkowa w Polsce w czasach socrealizmu [Ideologie und Denkmalpflege. Architekturdenkmäler in Polen zur Zeit des sozialistischen Realismus], Warszawa 2009, S. 16-18.

² JAN ZACHWATOWICZ: Program i zasady konserwacji zabytków [Programm und Grundlagen der Denkmalpflege], in: Biuletyn Historii Sztuki i Kultury (1946), 1-2, S. 48-52, hier S. 49, spricht von der „Tragik, eine denkmalpflegerische Fälschung zu begehen“ („tragizmu popelnianego fałszu konserwatorskiego“).

Wiederaufbau 1945-1960 im nationalen Kontext³ ist es B.s großes Verdienst, das Thema vergleichend zu betrachten. Er öffnet dem Leser den Blick für Parallelen und Unterschiede zwischen BRD, DDR und Polen, die einerseits ideologisch motiviert waren, andererseits aber auch die unterschiedlichen Geschichtserfahrungen und Selbstbilder der jeweiligen Gesellschaft widerspiegeln.

Im zweiten Teil des Bandes verlässt B. das Themenfeld Wiederaufbau und Rekonstruktion. Er analysiert die visuelle Repräsentation von „Staat und Nation in Bild und Bau“ unter anderem am Beispiel der Gestaltung polnischer und tschechischer Banknoten. Der Betrachtungszeitraum reicht über die Systembrüche hinweg von der Wieder- bzw. Neugründung der beiden Staaten 1918 bis ins Jahr 2000. Zur Reflexion über unterschiedliche Repräsentationsstrategien demokratisch gewählter Staatsoberhäupter und Diktatoren regen die beiden aufeinanderfolgenden Texte über die Residenzen Tomáš G. Masaryks und Václav Havels sowie Nicolae Ceaușescus an: Hier die behutsamen und doch ausdrucksstarken Eingriffe in die historische Substanz der Prager Burg, dort der sogenannte „Volkspalast“ von zweifelhaftem architektonischen Wert, dem 50 000 Menschen und ein Fünftel des historischen Bukarest weichen mussten.

Die Texte des dritten Teils „Postsozialistische Stadt – Postkonfliktstadt“ konzentrieren sich auf Probleme des städtebaulichen Wandels nach 1989 und den Umgang mit dem oft ungeliebten Erbe der sozialistischen Vergangenheit. Neben Denkmalstürzen und Abrissen erfährt jedoch gerade der „Zuckerbäckerstil“ der Stalinzeit an der Berliner Karl-Marx-Allee oder im von B. vorgestellten Nowa Huta (Krakau) gegenwärtig eine „Renaissance“ (S. 221). Parallelen dazu lassen sich im globalen Kontext zur wachsenden Wertschätzung des kolonialen Bauerbes auf Kuba oder Jamaika ziehen. Der Autor notiert auch die städtebaulichen Folgen der neuen marktwirtschaftlichen Ordnung in Ostmitteleuropa: das Ausfransen der Städte in der „aggressiven Allerweltsarchitektur“ (S. 195) der Einkaufszentren, die Entstehung neuer Wohnformen wie der *gated communities*, die auf neue gesellschaftliche Bedürfnisse reagieren. Der Essay über die Stadtentwicklung in China lässt die europäischen Phänomene und Probleme letztlich vergleichsweise überschaubar wirken.

Von Georgien bis nach Irland, von Kuba bis China – die Zusammenstellung der Texte mag gerade im dritten Teil zunächst etwas willkürlich erscheinen. Beim Lesen erweist sie sich jedoch als äußerst anregend. B. ist ein aufmerksamer Beobachter, der die Strategien visueller Zeichensetzung durch Architektur und Städtebau genau analysiert. Die Beiträge erweitern die Perspektive des Lesers nicht nur in Richtung Ostmitteleuropa, sondern animieren zu vergleichenden Reflexionen über den europäischen Tellerrand hinaus.

Oldenburg

Beate Störkuhl

³ Zu Polen u.a. MAJEWSKI (wie Anm. 1); JACEK FRIEDRICH: Neue Stadt in altem Gewand. Der Wiederaufbau Danzigs 1945-1960, Köln u.a. 2010; zu den beiden deutschen Staaten u.a. JÖRN DÜWEL, WERNER DURTH u.a. (Hrsg.): 1945. Krieg – Zerstörung – Aufbau. Architektur und Stadtplanung 1940-1960, Berlin 1995.

The Kashubs. Past and Present. Hrsg. von Cezary Obracht-Prondzyński und Tomasz Wicherkiewicz. (Nationalism Across the Globe, Bd. 2.) Lang. Oxford u.a. 2011. 299 S., Kt. ISBN 978-3-03911-975-2. (€ 46,30.)

Diese Übersichtsdarstellung über die Kaschuben ist in einer Reihe zu gegenwärtigen Nationalismen erschienen. Auch wenn die Zusammenstellung der in dieser Reihe versammelten Themen etwas willkürlich anmutet, so kann man die Zuordnung im hier zu behandelnden Fall doch als programmatisch verstehen. Denn die Frage des *nation building* ist aus der Diskussion über die Kaschuben seit der Mitte des 19. Jh. nicht wegzudenken. Ging es dem Vorkämpfer der kaschubischen Bewegung und Schriftsteller Florian Ceynowa um kulturelle Selbstbehauptung gegen eine preußisch-deutsche Vereinnahmung, so knüpft die

aktuelle Diskussion der kaschubischen Intellektuellen daran an, gibt ihrer Argumentation aber eine regionalistische Ausrichtung. Das Ergebnis beschreiben die Hrsg. in der Einleitung als ein Erfolgsmodell in Ostmitteleuropa: Das dezidiert regionale Selbstverständnis der kaschubischen Gesellschaft verbinde die identitätsbildenden Elemente kleiner Nationen – eigene Geschichte, Sprache, Literatur und Vereinsstrukturen – mit einem integrativen Konzept, das auch die regionale deutsch- und polnischsprachige Bevölkerung einbeziehe. Aus diesem gegenwartspolitischen Interesse entwickelt sich die Argumentationslinie des Buches: Es handelt sich um eine knappe Darstellung zu Geschichte und Gegenwart des kaschubischen Regionalismus, angereichert durch Übersichten zur Chronologie, zu Werken der kaschubischen Literatur, zu kaschubischen Institutionen und einem ausführlichen Personen-, Orts- und Sach-Index nach angelsächsischem Muster.

Józef Borzyszkowski gibt in seinem Beitrag einen Überblick über die kaschubische Geschichte bis 1989 und beginnt mit einem knappen Literaturüberblick, dem dann eine zwangsläufig knappe Skizze von den Anfängen bis in die Gegenwart folgt, für die er u.a. auf Studien von Gerard Labuda und Zygmunt Szultka zurückgreift. Labuda folgt er in der Annahme, dass „Kaschubien“ zunächst als regionale Bezeichnung für die Ostseeregion zwischen Oder und Weichsel dominiert, bevor sie sich räumlich und ethnisch verengt habe.

Im folgenden Beitrag beschäftigt sich Jerzy Tredner mit der kaschubischen Sprache und ihren Dialekten und stellt eingangs fest, dass es sich bei dem Kaschubischen um eine eigenständige westslawische Sprache handelt. Er gibt vor allem einen wissenschaftsgeschichtlichen Überblick, der sich auf die Entstehung des Kaschubischen als Schriftsprache konzentriert. Tredner und Obracht-Prondzynski befassen sich dann mit der kaschubischen Literatur, deren Beginn sie bei Ceynowa sehen, der auch in den anderen Beiträgen eine prominente Position einnimmt. Wichtig ist den Autoren der Hinweis auf die Einführung des Kaschubischen im Schulunterricht in den vergangenen Jahren als Voraussetzung einer lebendigen Sprachkultur. In seinem Beitrag zu Sprachpolitik und Soziolinguistik befasst sich Tomasz Wicherkiewicz mit den gesetzlichen Regelungen für nationale Minderheiten nach 1989 und diskutiert die Ergebnisse der Volkszählung von 2002, die er im Lichte soziologischer Untersuchungen seit den 1980er Jahren für zu niedrig hält. Tatsächlich hat der Zensus von 2011 zu deutlich höheren Zahlen geführt, die allerdings in diese Publikation noch nicht einfließen konnten.

Der abschließende Beitrag von Obracht-Prondzynski gibt einen Überblick über soziologische Forschungen zur kaschubischen Identität. Auch wenn der Vf. aus einem deutlich erkennbaren normativen Blickwinkel für die Ausbildung einer „vollen“ kaschubischen Identität argumentiert, ist die Erörterung der verschiedenen Bestandteile sowie der Spannung zwischen regionalem und ethnischem Verständnis dennoch sinnvoll, zeigt sie doch nicht nur das hohe Niveau des wissenschaftlichen Diskurses über die Kaschuben, sondern auch die spezifisch regionale Ausrichtung kaschubischer Identitätspolitik. Sinnvoll hätte es in diesem Zusammenhang sein können, nicht nur die Dynamik der Prozesse zu konstatieren, sondern auch die Frage nach der Entwicklung eines kaschubischen Nationalismus (im angelsächsischen Verständnis), die sich aus dem Reihentitel ergibt, ausführlicher zu diskutieren.

Ergänzt wird der Band durch Anhänge, zu denen auch eine Leseprobe aus Aleksander Majkowskis *Remus* samt Übersetzung zählt. Die umfangreiche Bibliografie hätte durch eine thematische Gliederung, eine strengere Auswahl und die Übersetzung der polnischen Titel an Informationsgehalt gewinnen können. Alles in allem liegt hier ein informativer Band vor, das gilt umso mehr für Leser ohne Polnisch- und Deutschkenntnisse.

Szczecin

Jörg Hackmann

The Nationalization of Scientific Knowledge in the Habsburg Empire, 1848-1918.

Hrsg. von Mitchell G. Ash und Jan Surman. Palgrave Macmillan. Basingstoke u.a. 2012. XI, 258 S., Ill. ISBN 978-0-230-28987-1. (£ 50,-)

Das Habsburgerreich und Nationalismus scheinen auf den ersten Blick eng miteinander verbunden gewesen zu sein. Aber welche Auswirkungen hatte dies auf den internationalen wissenschaftlichen Diskurs? Der vorliegende Sammelband setzt sich mit Aspekten, Prozessen und der Rolle von Nationalismus auseinander. Bei den meisten Aufsätzen dieses Bandes handelt es sich um Beiträge zu einer Konferenz der Europäischen Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte in Wien 2008 sowie zum 23. Internationalen Kongress für Wissenschafts- und Technologiegeschichte in Budapest 2009.

In ihrer Einleitung sprechen die Hrsg. Mitchell G. Ash und Jan Surman die Schwierigkeit an, die durchaus differenten Themen zu einem kohärenten Ganzen zu verschweißen, und geben einen nützlichen Überblick zu Nationalismus und Wissenschaftsgeschichte. Sie interessiert, welche Wissenschaftspolitik nach dem Scheitern der bürgerlichen Revolution von 1848 fokussiert wurde, und erörtern die Frage, wie in den späten Jahren des Habsburgerreiches der Problematik einer gleichzeitigen Nationalisierung und Internationalisierung von Wissenschaft begegnet wurde. Dies untersuchen sie an naturwissenschaftlichen Disziplinen wie Chemie, Seismologie oder Medizin.

Im ersten Beitrag untersucht S. das Entstehen und Etablieren einer Landessprache als zentraler Faktor für den Nationalisierungsprozess. Auch Universitäten, Forschungsinstitute und wissenschaftliche Gesellschaften waren hochgradig politisiert. S. untersucht die im 19. Jh. in zahlreichen Disziplinen stattfindende Nationalisierung von Wissenschaft und Unterricht. Zahlreiche wissenschaftliche Konflikte beruhten auf nationalen Befindlichkeiten. Ab den 1890er Jahren habe, im Anschluss an eine Blütezeit nationaler Institutionen, ein „turn to internationalism“ (S. 48) stattgefunden, dieser habe sich jedoch in seiner Struktur stark von dem aus vernationalen Zeiten unterschieden. Dennoch sei auch in dieser Phase der nationale Aspekt nicht vernachlässigt worden, vielmehr hätten Wissenschaftler ihre nationale Gemeinschaft im internationalen Kontext vertreten.

Anschließend betrachtet Johannes Feichtinger die Habsburgermonarchie als Sonderform nationaler Wissenschaftskultur. Er beleuchtet anhand zahlreicher Beispiele aus den Geisteswissenschaften, beispielsweise der Philosophie und der Rechtswissenschaften, sowie auch aus den Naturwissenschaften, wie im 19. und frühen 20. Jh. österreichische Wissenschaftler versuchten, mit der Diskrepanz zwischen den beiden Konzepten „Staatsnation“ und „Kulturnation“ umzugehen. Marianne Kleun geht auf die Wechselwirkung von institutionellen und epistemischen Perspektiven ein und konzentriert sich dabei auf die 1850er Jahre. Sie beschreibt den Weg der Geologie als symbolische Konstruktion und rahmende für den Habsburgischen Gesamtstaat. Das Projekt der kaiserlichen geologischen Vermessung generierte innerhalb von 14 Jahren eine konsistente Kartierung, die ein großflächiges und geologisch vielfältiges Gebiet umfasste. Das Ziel des Projekts, die Transformation der Länder zu einem geologisch zusammenhängenden einheitlichen Gebiet, war zutiefst politisch.

Gábor Palló skizziert in seinem Essay das starke Zusammenwirken von Wissenschaft, nationaler Politik und internationalen Verbindungen. Er vertritt die zentrale These, dass die kulturelle Vielfalt des Habsburgerreiches sich auf die Naturwissenschaften übertragen habe. In Anlehnung an die Typologie des Nationalismus von Ernest Gellner argumentiert P., dass es sinnvoll sei, nach nationalistischen Tendenzen in der ungarischen Wissenschaft, aber auch Literatur oder Tanz, zu suchen. Tibor Frank beschäftigt sich mit der Bildungspolitik in Ungarn, indem er die prominente Familie Eötvös biografisch untersucht. Baron József Eötvös, sein Schwager Ágoston Trefort sowie Józsefs Sohn, der Physiker Loránd Eötvös, leiteten 1867-1895 beinahe durchgehend das Bildungsministerium. Damit war die Familie in der Lage, ihre Idee von der Staatsangehörigkeit zu realisieren. Für das Denken der beiden älteren Eötvös', so F., sei wie für viele andere zu dieser Zeit auch die deutsche Kultur paradigmatisch gewesen. So habe es für die drei Männer offenbar kei-

nen Widerspruch zwischen der Loyalität zur deutschen Kultur und dem ungarischen Patriotismus gegeben. Der zu diesem Zeitpunkt durchgesetzte ungarischsprachige Sekundärschulunterricht belege, dass das Ideal einer zwei- oder gar mehrsprachigen Unterrichtsform nicht überall gegolten habe.

Im Anschluss daran diskutiert Soňa Štrbáňová wissenschaftspolitische und institutionelle Aspekte. Anhand der Situation der tschechischen Chemiker widmet sie sich dem wissenschaftlichen Dilemma „To be a good son of one’s nation or to become involved in supranational scientific networks?“ (S. 156). Št. untersucht den „nationalen Stil“ in der europäischen Wissenschaft im multiethnischen und -kulturellen Raum der Habsburgermonarchie. Als sich in der ersten Hälfte des 19. Jh. der Landespatriotismus hin zu einem starken nationalen Patriotismus veränderte, bestand für tschechische Wissenschaftler ein erheblicher Druck, in tschechischer Sprache zu publizieren und sich gegenüber der deutschen Wissenschaft zu profilieren. Ähnlich wie in Politik oder Kultur wurden tschechische, vom Staat unabhängige Institutionen gegründet. Die Autorin erläutert Versuche innerhalb der Tschechischen Akademie, den Nationalismus aufzuweichen; insbesondere die Chemiker strebten dies an. Die Geisteswissenschaftler gingen hier anders vor, doch auch sie fanden geeignete Wege zum internationalen wissenschaftlichen Dialog.

Deborah C o e n bezieht sich in ihrem Essay über Erdbeben im Habsburgerreich auf institutionelle und wissenschaftsstrukturelle Fragen. Erst als Folge des Erdbebens in Ljubljana 1895 sei damit begonnen worden, nach Schweizer Vorbild ein seismologisches Netzwerk anzulegen. Dafür habe geklärt werden müssen, wie es für diesen Vielvölkerstaat adäquat aufzubauen und wie eine mehrsprachige und interkulturelle Kommunikation zu koordinieren sei. C. untersucht die dezentrale, lokale Struktur des Netzwerks. Dabei stützt sie sich auf die Korrespondenz österreichischer und auswärtiger Wissenschaftler. Marius Turda widmet sich der öffentlichen Debatte zur Eugenik, die 1910-1911 in Ungarn stattfand. Dabei betont er den wechselseitigen internationalen Austausch insbesondere mit England und verweist darauf, dass dieser Diskurs Wegbereiter für die nationale Förderung und Verstaatlichung der Eugenik im Ungarn des frühen 20. Jh. gewesen sei. Obwohl dieser Diskurs zur Eugenik von einem deutlich internationalen Sprachduktus geprägt war, bemühten sich die ungarischen Experten um eine spezifisch ungarische Terminologie. In seinem empirisch ausgesprochen breit fundierten Aufsatz betont P. die Relevanz der Eugenik als einflussreicher, wissenschaftlicher Bestandteil alternativer Visionen einer neuen sozialen Ordnung. Im nationalen Kontext wurde Eugenik als Mechanismus zur Dekodierung sozialer und nationaler Problematiken sowie als Ausdruck des Ideals einer gesunden Nation verstanden. Darüber hinaus bot sie dem Staat die Möglichkeit, wissenschaftliche Prinzipien praktisch anzuwenden. Im Schlussbeitrag setzt sich Tatjana Buklijaš mit dem Wien der Jahrhundertwende auseinander. Die Wiener Anatomie war zu dieser Zeit durch Präsentationen auf der Weltausstellung, klassische Lehrbücher und innovative Atlanten international berühmt. B. beleuchtet in einem anregenden Kontrast Karriere, Methodik und Leben zweier Professoren, die Lehrstühle für Anatomie an der Wiener Universität innehatten: von Carl Toldt, einem österreichischen Liberaler mit deutschnationalen Tendenzen, und Emil Zuckerkandl, einem assimilierten ungarischen Juden, der für seine progressive Haltung in Bezug auf Arbeiter- und Frauenrechte bekannt war. B.s Analyse in Bezug auf Zuckerkandl beschränkt sich zumeist auf dessen medizinische Fähigkeiten. Die Vf. erarbeitet die Unterschiede der wissenschaftlichen Haltungen der beiden Forscher in engem Zusammenhang mit deren politischer Gesinnung und den sozialen Netzwerken, in die sie eingebunden waren. B. betont, dass die fachlichen Differenzen zwischen den beiden Wissenschaftlern nur mit Blick auf den politischen und sozialen Kontext Österreichs verstanden werden könnten.

In der Zusammenschau kristallisieren sich in diesem Band zwei große, miteinander verbundene Themenfelder heraus: zum einen das Spannungsfeld zwischen nationalen Zielen und internationaler Forschungsgemeinschaft, zum anderen die Wechselwirkung offizieller Institutionen und autonomer wissenschaftlicher Forschung. Dabei bietet der Band dem Le-

ser keine übergreifende These, sondern in den einzelnen Essays vielmehr verschiedene Perspektiven und Schlussfolgerungen. Das Fazit könnte lauten: Forschung und Wissenschaft zielten auf eine Emanzipation von nationalen Gegensätzen, die im Zuge der Revolution von 1848 erstmals vehement aufkamen. Dies geschah bei den Geistes- wie auch den Naturwissenschaften. Trotz des unterschiedlichen Gehalts der Beiträge untersucht der Band in fruchtbarer Weise das Zusammenspiel von Wissenschaft, Gesellschaft und Staat. Damit bietet er eine geeignete Grundlage sowie einen guten Ausgangspunkt für weiterführende Untersuchungen.

Ulm

Felicitas Söhner

Michael G. Esch: Parallele Gesellschaften und soziale Räume. Osteuropäische Einwanderer in Paris 1880-1940. (Campus Historische Studien, Bd. 63.) Campus-Verl. Frankfurt am Main – New York 2012. 483 S., 28 Abb., 18 Tab. ISBN 978-3-593-39634-7. (€ 49,-.)

Ziel der interdisziplinär angelegten Untersuchung von Michael G. Esch ist eine „weitgehende Annäherung an die Formen, in denen sich [...] Migranten und Migrantinnen“ aus Osteuropa – vor allem aus dem Russischen Reich, Österreich-Ungarn und deren Nachfolgestaaten sowie Rumänien und Bulgarien – im Zeitraum zwischen 1880 und 1940 „ihre Umgebung kognitiv und physisch aneigneten“ (S. 10). Den Autor interessiert die Herausbildung von migrantischen Netzwerken, Milieus und sozialen Räumen in der Stadt Paris. Er grenzt sich dabei von *community studies* ab, die „häufig positiv gewertete Prozesse der Integration und/oder Assimilation und den“ seitens der eingewanderten Gruppen „mitgebrachten Gewinn für die materielle und ideelle Kultur des Aufnahmelandes betonen“, aber auch von „der national orientierten Emigrationsforschung“, in der „gerade das Ausbleiben von Integration, die Bewahrung von Eigenart und kollektivem nationalem Bewusstsein lobend hervorgehoben“ werde (S. 8). E. sieht in der bisherigen Forschung eine „eigentümliche Leerstelle“: So spiele „die Subjektivität von Migranten und Migrantinnen selbst in einigen der bestgemeinten soziologischen Arbeiten zu Integrations- und Assimilationsvorgängen keine Rolle“ (S. 9). Diesem Mangel versucht die vorliegende Studie im Hinblick auf das Paris der Belle Époque und der Zeit des Ersten Weltkriegs sowie zwischen den beiden Weltkriegen zu begegnen.

Im ersten Hauptteil werden in „historisch-ethnographischen Studien“ die Verhaltensformen der Einwanderer in vier ausgewählten *quartiers* von Paris dargestellt, in denen eine hinreichend große Zahl von Einwanderern aus dem östlichen Europa lebte. Dabei handelt es sich um St. Gervais, den sogenannten „plein fun paris“, ein für die osteuropäisch-jüdische Einwanderung zentrales Viertel, wohin in zunehmendem Maße auch römisch-katholische und russisch-orthodoxe Zuwanderer aus Osteuropa zogen. Ähnlich diesem war Clignancourt ein Viertel, in dem ein Großteil der osteuropäischen Zuwanderer jüdischen Glaubens war, wobei sich der jüdische Bevölkerungsanteil mit der Zeit sogar vergrößerte, so dass Clignancourt anders als St. Gervais keine Entwicklung hin zu einem generell „osteuropäischen“ Viertel nahm. Val de Grâce auf der *rive gauche* der Seine schließlich beherbergte Einwanderermilieus, die sich von denen in den zuvor genannten *quartiers* – wo Handwerker, Händler und Arbeiter dominierten – deutlich unterschieden: Hier wohnten vor dem Ersten Weltkrieg temporär oder dauerhaft (russische, polnische und rumänische) Revolutionäre – darunter in den 1880er Jahren die später in der deutschen Arbeiterbewegung bekannt gewordene Clara Zetkin (geb. Eißner) mit ihrem Lebensgefährten Ossip Zetkin. Darüber hinaus zeichnete sich das Viertel durch eine hohe Zahl von zugewanderten Studenten und Freiberuflern aus. Ab 1918 war es, wie auch das im Westen von Paris gelegene La Muette, Fluchtpunkt „weißer“ russischer Emigranten, die vor der bolschewistischen Revolution geflohen waren. In La Muette wiederum, einem Viertel mit wohlhabender Einwohnerschaft, hatte sich ein Teil der ehemaligen russischen Eliten niedergelassen, denen es gelungen war, ihr Vermögen zum Teil nach Frankreich zu überführen, oder die andere Wege gefunden hatten, um ihren herrschaftlichen Lebensstil weiterzuführen.

E. beschreibt für die jeweiligen Viertel im Wesentlichen auf der Basis von Polizeiquellen – vor allem Diensttagebüchern der entsprechenden Kommissariate – die beruflichen und Wohnverhältnisse der Immigranten sowie die migrantische Infrastruktur in Form von Einrichtungen, Straßenhandel, Geschäften und Gaststätten. Er spürt Prozessen des (Ein-)Heimisch-Werdens der Zuwanderer – darunter auch deviantem Verhalten als einer spezifischen Form von Aneignung und Integration – im Konflikt mit anderen Zuwanderern sowie in der Interaktion mit den französischen Nachbarn nach und beschreibt die Formen der Milieubildung. Dabei kann der Autor für St. Gervais und Clignancourt eine weitgehende Einheit zwischen dem topografischen Raum, in dem die Zuwanderer lebten, und dem sozialen Referenzraum, auf den ihre Handlungen ausgerichtet waren, nachweisen. In den anderen Vierteln bildeten sich aufgrund geringerer Zuwandererzahlen und der Sozialstruktur der dort lebenden Immigranten keine topografischen Milieus von solcher Dichte und relativer Kohärenz aus.

Im Zentrum des zweiten Hauptteils stehen die symbolische Vergemeinschaftung der Zuwanderer, deren Präsenz im französischen öffentlichen Raum sowie das Verhältnis der symbolischen zu den topografischen Milieus. Beschrieben werden die Netzwerkbildungen jüdischer Einwanderer aus einem bestimmten Herkunftsort sowie jene von Angehörigen ehemaliger Militäreinheiten des zarischen Russland in Form von „Amicales“ oder „Amis“ genannten Freundesgesellschaften. Wichtig für die Vergemeinschaftung von Zuwanderern waren religiöse Vereinigungen wie die *Polskie Misje Katolickie*, die für polnische Immigranten nicht nur eine konfessionelle, sondern auch eine nationale Konnotation besaßen. Im Fokus des Autors befinden sich die Aktivitäten osteuropäischer Migranten in gewerkschaftlichem Rahmen und ihre Beteiligung an Streiks. Zentral für migrantisches Nationalbewusstsein sowohl auf individueller Ebene als auch im öffentlichen Raum war der Erste Weltkrieg. Ob die Herkunftsländer der Migranten mit Frankreich verbündet oder ihm feindlich gesonnen waren, hatte Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der Zuwanderer. Eine wichtige Rolle spielten in diesem Zusammenhang migrantisch-korporative Vereinigungen, die im Auftrag des französischen Staates den Status von Migranten als Angehörige befreundeter Nationalitäten überprüften, wie z.B. bei Polen und Tschechen, die aus der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, einem Kriegsgegner, stammten. In der französischen öffentlichen Meinung hingegen schwankte die Wahrnehmung der Migranten in Abhängigkeit vom Kriegsverlauf. Am Beispiel des Jüdischen Arbeiterbunds (Bund) zeigt E. Differenzen innerhalb einer migrantischen Organisation bezüglich einer etwaigen Kriegsteilnahme der Mitglieder auf. Die Pariser Sektionsleitung des Bunds, die in einem abstrakten öffentlichen Raum agierte, trug mit Empfehlungen zugunsten einer Kriegsteilnahme seiner Mitglieder sowohl außenpolitischen Konstellationen als auch dem nationalen Diskurs Rechnung und wollte dadurch antisemitischen Vorwürfen begegnen. Die Parteibasis hingegen, in der das kriegerische Engagement zugunsten Frankreichs und seiner Alliierten nicht unumstritten war, „orientierte sich zumindest teilweise an Alltagserfahrungen und unmittelbaren Bedürfnissen und Erfordernissen im konkreten [...] sozialen Raum“ (S. 409).

Dem Vf. ist die von ihm beabsichtigte „dichte Beschreibung“ (S. 14) der Verhaltensformen osteuropäischer Einwanderer in Paris durchaus gelungen. Vor den Augen des Lesers entsteht ein plastisches Bild des Lebens dieser Migranten in einer weltoffenen Großstadt mit all den Problemen, die ihre Integration in die Aufnahmegesellschaft begleiteten. Allerdings ist die praktisch durchgängige Verwendung von Polizeiquellen nicht ganz unproblematisch, da in diesen Quellen zumeist deviantes Verhalten der Migranten aufscheint, was zu einer stärkeren empirischen Fundierung von Aussagen über die Lebensverhältnisse jener Migrantengruppen führt, die vermehrt solches Verhalten zeigten. Der Autor verweist diesbezüglich selbst auf Erkenntnisgrenzen der Studie hinsichtlich der in Val de Grâce lebenden Studierenden und Intellektuellen (S. 209). Ungeachtet der Detailfülle hat E. eine lesenswerte Studie vorgelegt, die nicht nur unsere Kenntnis über die Existenzbedingungen osteuropäischer Einwanderer in Paris erweitert, sondern auch generell von Bedeutung für

die interdisziplinär geführte Diskussion über die Verläufe von Integrations- und Assimilationsprozessen sein wird.

Dresden

Johannes Frackowiak

Encapsulated Voices. Estonian Sound Recordings from the German Prisoner-of-War Camps in 1916-1918. Hrsg. von Jaan Ross. (Das Baltikum in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5.) Böhlau. Köln u.a. 2012. 197 S., Ill., graph. Darst., Noten, mit Audio CD-ROM. ISBN 978-3-412-20911-7. (€ 29,90.)

Hrsg. Jaan Ross ist Professor am Institut für Musikwissenschaft bei der Estnischen Musik- und Theaterakademie in Tallinn. Wie er anschaulich in der Einleitung zu diesem Band beschreibt, stieß er 2006 zufällig auf sechs estnische Tonaufnahmen im Berliner Phonogramm-Archiv im Ethnologischen Museum in Berlin-Dahlem. Als er entdeckte, dass sich weitere 17 Aufnahmen im Berliner Lautarchiv in der Humboldt-Universität befinden, entstand die Idee für ihre systematische Erforschung, deren Ergebnis mit diesem Band vorliegt. Zehn Autorinnen und Autoren aus den Disziplinen Musik-, Archiv-, Sprach- und Literaturwissenschaften, Volkskunde und Osteuropäische Geschichte setzen sich darin mit diesen historischen estnischen Tondokumenten auseinander. Es ist das erste Mal, dass eine Analyse von Aufnahmen aus diesen beiden Archiven als Ergebnis einer interdisziplinären Arbeit deutscher und estnischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler veröffentlicht wird.

Die beiden deutschen Autoren liefern in ihren Beiträgen den historischen Hintergrund zu den Quellen: Der ehemalige Kurator des Lautarchivs Jürgen-Kornelius Mahrenholz stellt die beiden Archive vor. Im Lautarchiv und im Phonogramm-Archiv befinden sich 1650 Schellackplatten und 1022 Wachswalzen mit Sprachdokumenten und Musikaufnahmen, die während des Ersten Weltkriegs in den deutschen Internierungslagern aufgenommen wurden, um die etwa 250 Sprachen der Gefangenen und ihre Musik aufzuzeichnen. Der Osteuropahistoriker Reinhard Nachtigal beschreibt die unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Ethnien unter den 1,5 Millionen russischen Kriegsgefangenen durch deutsche Politik und Wissenschaft. Estnischen Gefangenen wurde zunächst kein besonderes Interesse zuteil, daher sind die vorliegenden estnischen Tondokumente ungewöhnlich.

Die estnischen Autorinnen und Autoren stellen die Bedeutung dieser Quelle für die estnische Forschung heraus und machen sie für ihre Disziplinen fruchtbar: Ross untersucht die zu den Tondokumenten gehörenden Transkriptionen und Personalbögen und analysiert die wissenschaftliche Vorgehensweise des Linguisten Hermann Jacobsohn. Als Musikwissenschaftler bewertet er die Klangqualität der vorhandenen Aufnahmen und stellt ihre Bedeutung für die Dialektforschung, die Literaturwissenschaften und die Volksmusikforschung heraus. Die beiden Archivwissenschaftler Aadu Must und Kadri Tooming untersuchen den Aussagewert der Tonaufnahmen für estnische Archivare und Historiker. Obwohl sie die rhetorische Frage nach der Bedeutung der estnischen Sprachinformanten für die estnische Kulturgeschichte verneinen, setzen sie sich intensiv mit den 22 Interviewpartnern auseinander und ergänzen mit Hilfe weiterer Archivquellen deren Lebensläufe. Auf diese Weise entsteht das Bild einer Generation estnischer Männer um 1900. Die beiden Autoren weisen darauf hin, dass die Wiederentdeckung dieser Tonaufnahmen das Interesse an den Kriegsgefangenen als Subjekte historischer Forschung neu geweckt habe.

Der Linguist Pärtel Lippus stellt bei der Untersuchung der historischen Tonaufnahmen fest, dass sich zwar die Tonhöhe und Sprechgeschwindigkeit seither verändert hätten, aber der Stufenwechsel, der den quantitativen und qualitativen Konsonantenwechsel im Wortstamm bei Flexion bezeichnet, Kennzeichen der estnischen Sprache geblieben sei.

Die Sprachwissenschaftlerin Kristiina Ross untersucht die Herkunft der zur Dokumentation der südestnischen Dialekte genutzten Bibelstellen sowie die bei der Aufnahme angewandte Methodik. Da bis heute keine Übersetzung des Alten Testaments in einen süd-

estnischen Dialekt bekannt ist und das Neue Testament nur im Tartu-Dialekt veröffentlicht wurde, geht sie der Frage nach, welche Texte tatsächlich verwendet wurden. Sie beschreibt ausführlich die Übersetzungsgeschichte der Bibel in einen nord- und einen südestnischen Dialekt. Diese Übersetzungen fanden eine unterschiedliche Verbreitung. Daraus folgert sie, dass die drei Sprecher die ihnen unbekanntes Bibelstellen spontan in ihren jeweils eigenen Dialekt übersetzt haben müssen. Da die Bibel ein geeigneter Standardtext für den Vergleich von Subsprachen sei, stellen die Aufnahmen zwar eine Dokumentation von süd-estnischen Dialekten dar, doch kritisiert Ross, dass Stegreifübersetzungen eine unzulängliche Methode zur Untersuchung von Umgangssprache darstellen. Auch der Dialektologe Karel Pajusalu beschäftigt sich näher mit den Bibelzitaten und stellt fest, dass sich insbesondere der süd-estnische Dialekt abgeschliffen habe. Er erkennt daher trotz der methodischen Schwäche und der geringen Zahl an Aufnahmen einen Nutzen dieser Tonaufnahmen für diachrone Vergleiche an.

Der Volkskundler Arvo Krikmann liefert in seinem Beitrag Hintergrundinformationen zu den aufgenommenen literarischen Texten. Von besonderem Interesse für die Literaturwissenschaft sind seine Ausführungen zu dem bislang unbekanntem Autor Reinhold Wellner und dessen Werk. Die Musikwissenschaftlerin Janika Oras beschäftigt sich mit der Auswahl der Lieder. Ähnlich wie schon bei den Bibelpassagen und den literarischen Texten kann auch sie nur spekulativ vorgehen. Sie analysiert die aufgenommenen 13 Stücke und stellt fest, dass es sich um damals populäre Lieder und Volkslieder handelt. Im Vergleich zu den sich im Wiener Phonogramm befindlichen Aufnahmen finden sich hier aber keine Soldatenlieder. Da das Wissen um die Jahrhunderte alten Runengesänge – alliterierende, zu einstimmigen diatonischen Melodien gesungene Verse – bereits zu dieser Zeit gering gewesen ist und diese Lieder zudem zum Repertoire der Frauen zählten, wurden sie von den Sängern nicht zum Vortrag ausgewählt. Die Berliner Tonaufnahmen stellen daher eine einzigartige Ergänzung zu den sich in Estland befindenden Tonarchiven dar.

Dank des interdisziplinären Zugangs gelingt es, diesen kleinen Quellenfund eingehend und von allen Seiten zu beleuchten. Die estnischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler machen deutlich, welche Bedeutung dieser Überraschungsfund für die estnische Kulturgeschichtsschreibung und Sprachforschung hat. Insbesondere Must/Tooming und Oras geben in ihren Artikeln Hinweise auf die weitere Verwendung der Quellen in der Erforschung von Kriegsgefangenen und in der Auseinandersetzung mit populären Liedern in der Volkskunde und Musikwissenschaft.

Leck – Hamburg

Herle Forbrich

Iris Engemann: Die Slowakisierung Bratislavas. Universität, Theater und Kultusgemeinden 1918-1948. (Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas, Bd. 22.) Harrassowitz. Wiesbaden 2012. 287 S., graph. Darst., Kt. ISBN 978-3-447-06640-2. (€ 52,-)

Die im Rahmen des Forschungsprojektes „Out of Place – Ethnic Migration, Nation State Formation and Property Regimes in Poland, Czechoslovakia and Israel“ entstandene Studie von Iris Engemann analysiert den Wandel Bratislavas von einer nicht-slowakischen zu einer slowakischen Stadt zwischen dem Ende der Österreich-Ungarischen Monarchie und der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948. Dabei werden sowohl stadthistorische Entwicklungen untersucht, wie beispielsweise die Veränderungen der demografischen Zusammensetzung Bratislavas, als auch die Veränderung in der Wahrnehmung der Stadt in nationalen Kategorien. Welche Institutionen Bratislavas galten wann und warum als slowakisch oder nicht-slowakisch, und wie wurde versucht, diese nationale Zuschreibung zu ändern und die Institutionen zu slowakisieren?

Die Wahl der drei untersuchten Institutionen mag auf den ersten Blick überraschen. Während Universität und Theater oftmals in Zusammenhang mit Nationalisierungsprozessen untersucht werden, sind die Kultusgemeinden erst in jüngster Zeit in den Fokus der

diesbezüglichen Geschichtsschreibung geraten. Gerade durch deren Einbeziehung trägt die Autorin allerdings wesentlich Neues zum Verständnis der Nationalisierungsprozesse bei, da sie so zeigen kann, wie sich diese in Institutionen ausformen, die von den Zeitgenossen noch nicht als Instrumente der Nationalisierung gesehen wurden (bei Universität und Theater. Anhand von wenigen, gut ausgewählten Institutionen zeichnet E. so ein extrem komplexes, sich stets veränderndes Bild der Möglichkeiten, sich im Slowakisierungsprozess zu positionieren – oder positioniert zu werden.

Die Entscheidung, dabei nicht streng linear vorzugehen, sondern mit den Zeitabschnitten 1918-1928 und 1938-1948 Schlüsselperioden für die Slowakisierung Bratislavas auszuwählen, erweist sich als ausgesprochen fruchtbar für die Analyse. Das Vorhaben, dadurch den „Blick von der Spezifik institutionsinterner Prozesse auf parallele Konfliktlagen und Entwicklungen“ (S. 262) zu lenken, ist mehr als gelungen. Ohne einen Vergleich im herkömmlichen Sinne vorzulegen, wird der Blick des Lesers bzw. der Leserin auf Ähnlichkeiten und (oftmals frappierende) Unterschiede zwischen den einzelnen Institutionen gelenkt. Die Ergebnisse bieten damit gleichzeitig wertvolle Vergleichsgrundlagen für ähnliche Analysen anderer Städte. Insbesondere die fünf im Schlusswort aufgestellten Thesen zur Slowakisierung Bratislavas können als Ausgangspunkt und Referenz für verwandte Fragestellungen herangezogen werden.

Ein weiterer Ansatz, der die Studie über die Geschichtsschreibung Bratislavas oder der Slowakei hinaus spannend für andere Felder macht, ist die Verschaltung von Stadtgeschichte und Nationalisierungsprozessen. Hier wird deutlich, dass sich in der Stadt nicht einfach nur die entsprechenden Vorgänge im Gesamtstaat spiegeln, sondern dass die städtischen Akteure diesen Prozessen gegenüber mitunter sehr differierende Standpunkte einnahmen. Die Stadt Bratislava war somit nicht nur Schauplatz der Slowakisierung, sondern ihre Institutionen positionieren sich gegenüber staatlichen Institutionen auch durchaus unterschiedlich. Während die Slowakisierung Bratislavas in engem Zusammenhang mit nationalpolitischen Konzepten der gesamten Slowakei stand (weshalb aus dieser Sicht die Tschechoslowakisierung Bratislavas in der Zwischenkriegszeit genauso kritisiert wurde wie der ungarisch-deutsche Charakter der Stadt vor 1918), waren die Gegenkonzepte gezielt auf die Stadt und ihre lokalen Besonderheiten bezogen. Das Verhältnis von nationalisierendem Staat und oftmals pragmatischer Stadt war dabei nicht immer frei von Konflikten. Die Studie lenkt somit den Blick darauf, dass die Gleichsetzung von (Haupt-)Stadt und Staat zumeist vorschnell erfolgt. Aufschlussreich ist das Buch in diesem Zusammenhang insbesondere hinsichtlich der Stellung Bratislavas im Rahmen der verschiedenen Interpretationen und Wahrnehmungen des tschechisch-slowakischen Verhältnisses. Die Einbeziehung der Kriegs- und Nachkriegszeit erweist sich auch in Hinblick darauf als äußerst fruchtbar.

Die Autorin hat mit ihrer mikrohistorischen Studie zur Slowakisierung Bratislavas anhand dreier Institutionen eine gut lesbare, detailgenaue Analyse vorgelegt, die sich jedoch nicht in institutionengeschichtlichen Details verliert, sondern die übergeordnete Fragestellung als roten Faden stets im Blick hält. Der Text überzeugt durch klare Argumentation und Darstellung sowie durch übersichtliche Präsentation des umfangreichen Quellenmaterials, dem Archivstudien in der Slowakei, Tschechien und Ungarn zugrunde liegen.

Basel

Katharina Wessely

Zdzisław Gębołyś: Biblioteki mniejszości niemieckiej w II Rzeczypospolitej. [Die Bibliotheken der deutschen Minderheit in der II. Republik.] (Prace Naukowe Uniwersytetu Śląskiego w Katowicach, Bd. 2923.) Wydawn. Uniw. Śląskiego. Katowice 2012. 534 S., Ill., graph. Darst., Kt., engl., dt. Zussf. ISBN 978-83-226-2035-9. (PLN 56,-)

Der an der Schlesischen Universität in Kattowitz lehrende Zdzisław Gębołyś erschließt in seiner bibliothekswissenschaftlichen Habilitationsschrift wissenschaftliches Neuland, spielten doch Bibliotheken in der Minderheitenforschung bislang keine Rolle.

Auf einer breiten Quellengrundlage aus systematisch ausgewerteten polnischen und deutschen Archiven sowie unter Heranziehung der Forschungsliteratur zur Minderheit und der zeitgenössischen deutschen und polnischen Publizistik versucht G., Situation und Funktion der von der und für die deutsche Minderheit im Gesamttraum der Zweiten Republik unterhaltenen Bibliotheken von sehr kleinen Schulbüchereien bis zu den vier großen, im Unterschied zu den reinen Volksbüchereien als „wissenschaftlich“ klassifizierten Bibliotheken in Bromberg, Posen, Lodz und Kattowitz zu rekonstruieren.

Einleitend fasst G. Forschungsstand, Quellenbasis sowie Ziele und Methoden der Arbeit zusammen und liefert eine detailliert referierende, nicht aber wertende Auflistung der deutschen und polnischen Literatur zur deutschen Minderheit. Die Darstellung beginnt er mit einem nach den historischen Regionen gegliederten knappen Überblick über „Die Bedeutung der Bibliotheken im Leben der Deutschen in den in der Zwischenkriegszeit polnischen Gebieten bis 1918 (1922)“, der eingedenk des Forschungsstands nicht erschöpfend sein kann, bei dem allerdings das Teschener Schlesien mehr verdient hätte als den knappen Hinweis im Abschnitt über Galizien (S. 66). Als Rahmenbedingung skizziert er die räumliche und zahlenmäßige Verteilung der deutschen Bevölkerung in den Großregionen Großpolen und Pommerellen, Oberschlesien und Teschener Schlesien, Kleinpolen [Galizien], Zentralpolen und „östliche Wojewodschaften“ wesentlich anhand der *Statystyka Polski*. Seine Ergebnisse verdeutlicht er auch durch zahlreiche Tabellen.

Zum engeren Thema kommt G. im fünften Kapitel mit einer „allgemeinen Charakteristik“ der untersuchten Bibliotheken, die er in Volksbüchereien, wissenschaftliche und Schulbibliotheken einteilt. Er erfasst die Gesamtzahl der Bibliotheken, die Gesamtbestände aller Bibliotheken (beides mit Kartenskizze), die Finanzmittel und die Leserschaft statistisch nach den Regionen, wobei allerdings eine verfeinerte Differenzierung nach Woiwodschaften und Kreisen wesentlich aufschlussreicher wäre (vgl. nur die Karte der Empfängerbibliotheken von Buchsendungen aus Deutschland, S. 205). Zur „Kultur- und Bibliothekspolitik der deutschen Minderheit“ untersucht G. zentrale Fragen der Förderung aus dem Deutschen Reich und differenziert neben der Hilfe aus Österreich 14 Institutionen von der Deutschen Stiftung bis zur Deutschen Akademie, die mit der Förderung befassten bibliothekarischen Zentralstellen in Deutschland und die zwei Organisationen der deutschen Minderheitenbibliotheken in Polen, den Verein Deutscher Büchereien (VDB) in Kattowitz und den Verband deutscher Volksbüchereien (VDV) in Posen. Zu den Fotos der wesentlichen Akteure fehlen leider Datierung und Quellenangaben. Die unterschiedlichen Bibliothekskonzeptionen der Akteure in Polen und Deutschland fasst G. aus bibliothekarischer Perspektive zusammen.

Entscheidend für das „Funktionieren der Bibliotheken“ waren die rechtlichen Grundlagen und die Finanzen (Kapitel 6), zu denen G. interessante Zahlen gefunden hat, diese allerdings nicht zu Vergleichsgrößen in Bezug setzt, sodass sie wenig aussagekräftig sind. Bibliothekarische Fragen stehen im Zentrum des folgenden Kapitels: Organisation und Größe der unterschiedlichen Bibliothekstypen (mit differenzierten Angaben auch zu einzelnen Bibliotheken), Aufbau der Sammlungen (auch unter Auswertung gedruckter Kataloge), Erwerbungspolitik und Bedeutung der – für den Bestandsausbau in der Regel wesentlichen – Buchsendungen aus Deutschland, thematische Struktur (z.B. häufig vorhandene Werke belletristischer Autoren in Volksbüchereien), Werke polnischer Autoren usw., jeweils differenziert nach den drei Bibliothekstypen. Interessant ist auch der Abschnitt über „nicht vorhandene Literatur“, wobei nach 1933 ein Teil der in Deutschland verbrannten, zumindest aber sekretierten Literatur offensichtlich in den Regalen verblieb, und – jedenfalls in Posen – deutschsprachige Juden weiterhin die Bibliothek benutzen durften, nicht aber Polen. Auch wenn der Vf. solche Details aus Quellenfunden aus Gründen der notwendigen thematischen Konzentration nicht vertiefen kann, finden aufmerksame Leser/innen wertvolle Quellenhinweise. Der Nutzung der Bibliotheken sowie der Qualifikation und den beruflichen Aktivitäten der Bibliothekare – u.a. das publizistische Wirken, vor allem in *Schaffen und Schauen* (1924/25-1932/33) – widmet G. die Folgekapitel, bevor

er sich den Bibliotheksaktivitäten „nichtbibliothekarischer“ Institutionen der Minderheit zuwendet: Kirchen und Religionsgemeinschaften, Minderheitenschulen und wirtschaftlichen Organisationen (Großgrundbesitz, Industrie, Banken, Genossenschaften), daran anschließend dem deutschen Presse- und Verlagswesen sowie dem „Buchhandel der deutschen Minderheit“. Auch auf die Bibliotheksarbeit innerhalb der Kultur- und Bildungsaktivitäten der Vereine und Organisationen der Minderheit mit ihren kleinen, in der Regel nur intern zugänglichen Büchersammlungen geht er ein und entdeckt so neue Aspekte ihres kulturellen Lebens. In Kapitel 13, „Die Haltung polnischer und deutscher Regierungsstellen“, behandelt G. die deutsche Bibliothekspolitik nur kurz nach der Sekundärliteratur (S. 383 f). Im Mittelpunkt steht das 1933 und 1938/39 verstärkte repressive Vorgehen der polnischen Seite. Ein Überblick über das Bibliothekswesen der anderen nationalen Minderheiten sowie – außerhalb des Themas – in der Freien Stadt Danzig ermöglicht abschließend Vergleiche.

Kleinere Ungenauigkeiten (z.B. S. 223: „Wesper“ statt „Vesper“) können den Wert dieser grundlegenden Darstellung nicht mindern, die erstmals überhaupt die Bibliotheken der deutschen Minderheit in ihrer Gesamtheit entdeckt und in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses stellt. Als bibliothekswissenschaftliche Arbeit ergänzt sie die historische Forschung wesentlich und weist auf bislang nicht beachtete Quellen hin. Aus bibliotheksgeschichtlicher Sicht vermisst man den Rekurs auf die Praxis der volksbibliothekarischen Arbeit in Deutschland, die ebenso wie die Entwicklung der öffentlichen Bibliotheken in Polen möglicherweise einen Bezugs- und Vergleichsrahmen hätte bilden können. Die meisten Minderheitsbibliotheken hatten Bestandsgrößen von weniger als 1000 Titeln und wären auch in Deutschland nur ehrenamtlich betreut worden, so dass das harsche Urteil, der „typische Bibliothekar“ sei unzureichend fachlich qualifiziert gewesen (S. 312), die Perspektive verzerrt. Auch den nicht bibliotheksbezogenen historischen Urteilen wird man nicht immer folgen wollen, sollte aber bedenken, dass ein so großes und komplexes Thema Kompromisse im Sinne der didaktischen Vereinfachung braucht. Dadurch, dass G. seine Arbeit systematisch angelegt hat, deckt er Kenntnislücken auf. Die regionale Konkretisierung und Differenzierung bleibt ein Forschungsdesiderat, wäre allerdings ohne den Rahmen, den G. absteckt, gar nicht zu leisten. Bedenkt man, dass Bibliotheksleiter wie Hermann Rauschnig, Kurt Lück oder Viktor Kauder auch politische Akteure waren, kann G.s große bibliogische Leistung in ihrem Wert auch für die historische Forschung nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Viersen

Wolfgang Kessler

Geteilte Regionen – geteilte Geschichtskulturen? Muster der europäischen Identitätsbildung im europäischen Vergleich. Hrsg. von Burkhard Olschowsky. (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 47.) Oldenbourg. München 2013. 450 S., zahlr. Ill., graph. Darst., Kt. ISBN 978-3-486-71210-0. (€ 54,80.)

Der vorliegende Band geht auf eine gleichnamige Tagung vom März 2011 in der Teschener Bibliothek zurück; die meisten der dort gehaltenen Vorträge finden sich in diesem Band neben weiteren Beiträgen wieder. Der Hrsg. Burkhard Olschowsky führt den Leser in einer Einführung an die Thematik heran.

Der erste Teil des Bandes ist der für Grenzregionen exemplarischen Stadt Teschen (Cieszyn, Český Těšín) am Fluss Olsa gewidmet. Betrachtet man das Schicksal dieser seit der Zwischenkriegszeit geteilten Stadt, so werden Brüche und Veränderungen einer Grenzregion sichtbar und damit für eine geteilte historische Region zentrale Themenkomplexe nachvollziehbar. Zunächst zeigt Krzysztof Nowak anhand der spannungsreichen Region des Olsa-Gebietes auf, wie sowohl von polnischer als auch von tschechischer Seite die Geschichtsschreibung als Werkzeug einer Legitimierung nationaler Ansprüche eingesetzt wurde. Jan Kajfosz hebt in seinem Beitrag zur polnisch-tschechischen Grenze und Kon-

zeptualisierung von Vergangenheit aus anthropologischer Perspektive den Einfluss von gesellschaftspolitischen Bedingungen auf Gedächtnis und Erinnerungskultur hervor. Er richtet dabei sein Interesse auf „den Einfluss der Grenze auf die gegenseitigen Abhängigkeiten von populären vergangenheitsbezogenen Narrationen“ (S. 41). Der Anthropologe geht insbesondere der Frage nach, wie narrative und symbolische Bilder der Vergangenheit in der lokalen Gegenwart funktionieren. K.s Ansicht nach ist die Beständigkeit von Erinnerung eine Illusion, da selbst diese Änderungsprozessen und Konjunkturen unterliege oder gar in Vergessenheit geraten könne. Janusz Spyra befasst sich mit „Geschichtsschreibung als Mittel der Politik“ (S. 59). Am Beispiel des Teschener Schlesien als geteilter Gesellschaft, die auch mit der Existenz geteilter historischer Identitäten verbunden ist, untersucht er Entstehung und Einfluss von Deutungshoheit über historische Narrative. Dabei stellt er für die Teschener Region die Konkurrenz einer wissenschaftlich-elitären Tradition mit einer volkstümlich-dominierenden Überlieferung heraus, die jedoch „nicht gegeneinander“ (S. 65) existierten, sondern sich vielmehr überschneiden würden. Andrej Kasperek befasst sich mit der Inanspruchnahme des öffentlichen Raumes durch Jubiläumsfeierlichkeiten. Als Grundlage dienen hierfür soziologische Untersuchungen zum historischen Gedächtnis der geteilten Stadt Teschen, insbesondere zu Aspekten des kollektiven, in der Familie und in der Schule vermittelten Gedächtnisses, lokale Feste sowie auch ausgewählte Beispiele mentaler Wahrnehmung einer teilungsbedingten Distanz. Józef Szymenczek arbeitet im Anschluss daran die Rolle einer „Minderheit im doppelten Sinne“ heraus, indem er die polnischen Lutheraner im Olsa-Gebiet zur Zeit des Kommunismus betrachtet. Dabei betont er die besonders identitätsstiftende Wirkung von Religion, die sich im Gegensatz zur Historiografie in eine breitere Bevölkerungsschichten richte (vgl. S. 16). Dabei richtet Sz. einen differenzierten Blick auf die nationalen Unterschiede innerhalb der Konfessionen. Danach untersucht Grzegorz Gąsior am Beispiel des Schlesischen Kulturvereins für Volksbildung, zu dessen Hauptaufgaben die Entwicklung des tschechischen Schulwesens gehörte, das spannungreiche Feld der Bildungspolitik in der Zwischenkriegszeit im Olsa-Gebiet. Die Konfliktsituation der polnischen Minderheit beschreibt er als „Kampf um die ‚Seelen‘ der Kinder, den Erhalt eines eigenen Status, der Gewissenskonflikt zwischen Patriotismus, nationalem Empfinden und Sorge um den Unterhalt der Familie“ (S. 139).

Im zweiten Teil des Bandes werden Grenzregionen einander gegenübergestellt. Aus verschiedenen Perspektiven werden Konstruktionen von und Formen des Umgangs mit Vergangenheit analysiert. Joanna Januszewska-Jurkiewicz beschäftigt sich mit dem litauisch-polnisch-weißrussischen Konflikt um das Wilna-Gebiet in den Jahren nach 1918 und arbeitet heraus, wie er die Geschichtsschreibung dieser Länder in der Zwischenkriegszeit beeinflusste. Miloš Řezník widmet sich der kaschubischen Bewegung, die im 19. Jh. entstand und sich auf die mittelalterlichen pommerellischen Herzöge berief. Dabei konzentriert er sich auf die kaschubische Geschichtskultur der 1920er und 1930er Jahre, insbesondere auf das Werk des Schriftstellers Aleksands Majkowski. Vor allem Świętopełk II. und Mestwin II. dienten ihm hier als „Orientierungspunkte einer regional verankerten historischen Identifikation sowie einer eigenen kaschubischen Tradition“ (S. 252). Andrzej Saksons Aufsatz „Ostprien – eine geteilte Region im Bewusstsein der heutigen Litauer, Russen und Polen“ geht auf ein Forschungsprojekt zurück, das sich mit den heutigen Bewohnern des ehemaligen Ostprien in den drei Ländern beschäftigt. In qualitativen und quantitativen Erhebungen analysiert er deren Verhältnis zum kulturellen Erbe der Deutschen. Sakson konstatiert die Bildung einer „Postmigrationsgesellschaft“ (S. 266) infolge des Bevölkerungszustroms verschiedener Bevölkerungsgruppen, in der die sozialen Prozesse in Dynamik und Charakter regional variabel sind.

Der dritte Teil des Bandes geht auf Orte und Medien der Erinnerung ein. Die Inszenierung und Medialisierung von Feierlichkeiten wurden sowohl in demokratischen als auch in diktatorischen Systemen geschichtspolitisch instrumentalisiert. Der Schwerpunkt dieses Kapitels liegt nur zu einem Teil auf den Grenzregionen Ostmitteleuropas. Pavel Kladi-

wa und Andrea Pokludová beschreiben die Funktion von „trennende[n] und verbindende[n] Denkmäler[n]“ (S. 295) anhand von Gedenkstätten für Joseph II. und Hans Kudlich in Böhmen, mit denen u.a. die nationale Identifikation der deutschen Bevölkerung manifestiert werden sollten. Während diese in der Tschechoslowakei nach 1918 als anstößig erschienen, wurden sie nach 1989 erneut gewürdigt und gelten heute als „Teil eines kulturellen Erbes, das die gegenwärtigen und vergangenen Bewohner der Regionen verbinden kann“ (S. 316). Ryszard Kaczmarek beschäftigt sich mit den Denkmälern für die Schlesischen Aufstände in der Schlesienschen Woiwodschaft 1922-1939, insbesondere mit deren Bedeutung als Instrumente der politischen Auseinandersetzung, als Erinnerungsorte sowie als Kunstwerke. Dabei beleuchtet er verschiedene Etappen des Umgangs mit den Aufständen, in denen sich deren Bedeutung von der Erinnerung über eine Politisierung hin zu einer Heroisierung wandelte. Magdalena Abraham-Diefenbach und Juliane Tomann beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit Ansatz und Umsetzung des Konzepts des Instituts für angewandte Geschichte, das es sich in Frankfurt (Oder) und Słubice zur Aufgabe gemacht hat, sich mit der geteilten Geschichte auseinanderzusetzen und dabei das Verständnis der Bevölkerung für die Perspektive des jeweils anderen zu öffnen.

Auch wenn sich die in der Tagung präsentierten Fallbeispiele über ein weiträumiges Gebiet erstrecken, werden diese auch zeitlich weit gestreuten Themenfelder durch ihr gemeinsames Forschungsinteresse – der Auswirkung von Teilungen auf Entstehung und Struktur von regionalem Gedächtnis – thematisch miteinander verbunden. So findet der an Ostmitteleuropa interessierte Leser bemerkenswerte Arbeiten zu weiteren europäischen Gebieten, was ihm eine differenzierte Betrachtung von ethnisch oder national motivierten Problematiken in Grenzräumen ermöglicht. Die Stärke des Netzwerks, und damit wohl auch des Bandes, liegt in seiner konsequenten Interdisziplinarität sowie dem Rückgriff auf eine Vielfalt methodischer Herangehensweisen. Dadurch werden zahlreiche Perspektiven auf das Untersuchungsfeld „Narrative und Geschichtsbilder von Grenzregionen“ erst ermöglicht. Die Leserschaft darf also gespannt sein auf den Folgeband, der die Tagung „Region – Staat – Europa. Regionale Identitäten unter den Bedingungen von Diktatur und Demokratie in Mittel- und Osteuropa“ dokumentieren wird.

Ulm

Felicitas Söhner

Kateřina Čapková, Michal Frankl: Unsichere Zuflucht. Die Tschechoslowakei und ihre Flüchtlinge aus NS-Deutschland und Österreich 1933-1938. (Reihe Jüdische Moderne, Bd. 13.) Böhlau, Wien u.a. 2012. 327 S., Ill. ISBN 978-3-412-20925-4. (€ 39,90.)

In den Jahren nach der nationalsozialistischen Machtergreifung haben zahlreiche deutsche Politiker und Intellektuelle in Prag Zuflucht gefunden. Viele von ihnen konnten dort ihre Tätigkeit fortsetzen und weiterhin schreiben, Zeitschriften herausgeben und antifaschistische Agitation betreiben. Deren Erinnerungen haben die Vorstellung von der Tschechoslowakei als Zufluchtsstätte geprägt. Es ist das Verdienst Kateřina Čapková's und Michal Frankl's, nun ein sehr viel genaueres Bild von der Lage der NS-Flüchtlinge in der Tschechoslowakei zu zeichnen. Beide sind in Prag tätig; Č. als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und F. als Leiter der Abteilung der Geschichte der Shoah am Jüdischen Museum. Anhand einer quellenesättigten Untersuchung nehmen sie nun auch die Schicksale der bislang unbeachteten Flüchtlinge in den Blick und korrigieren dabei tradierte Fehleinschätzungen. Ihre Studie stützt sich auf Archivmaterialien aus der Tschechischen Republik, aus Israel, Deutschland, Österreich, den USA und der Schweiz sowie auf zeitgenössische Presse und natürlich auf die Erfahrungsberichte mehr oder weniger bekannter Emigranten. Nach der Einleitung geht es im Kapitel „Wohltuende‘ Flüchtlingspolitik“ zunächst um die historischen und rechtlichen Voraussetzungen; das Kapitel „Hilfe und Ohnmacht“ erzählt von der Tätigkeit der Flüchtlingskomitees; „Rassisch verfolgte oder Wirtschaftsemigranten?“ – unter dieser Überschrift geht es sodann um den Umgang mit den jüdischen Flüchtlingen.

Schließlich handelt das letzte Kapitel vom „Ende des Exils in der Tschechoslowakei“. Es zeigt sich dabei, dass das Zeugnis der prominenten Flüchtlinge zu einer allzu positiven Einschätzung der Lage der NS-Flüchtlinge geführt hat.

Die Vorstellung, die Tschechoslowakei habe eine sichere Zuflucht für die von den Nationalsozialisten bedrängten Linken und Juden dargestellt, wurde auch von dem Kreis um den Gründungspräsidenten Tomáš Masaryk und seinen Vertrauten und Nachfolger Edvard Beneš (die sog. „Burg“) geprägt, die selbst im Ersten Weltkrieg aus dem Exil heraus für die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei gewirkt hatten und sich nun gern als weltoffen darstellten. Tatsächlich gab es jedoch in der Tschechoslowakei kein gesetzlich verankertes Asylrecht. Die Flüchtlingspolitik hatte ihren Ursprung im Umgang mit denjenigen, die während des Russischen Bürgerkriegs und später aus den Gebieten der Sowjetunion geflüchtet waren. Die Gewährung von Asyl für die NS-Flüchtlinge war vor diesem Hintergrund häufig von guten Beziehungen abhängig und oblag ansonsten dem Ermessen der damit befassten Behörden. Dabei verstand sich das Land als Transitland: Man ging also davon aus, dass die Flüchtlinge von der Tschechoslowakei aus in ein Drittland auswanderten, und erteilte ihnen deshalb keine Arbeitserlaubnis. Zudem investierte die Regierung kein Geld in die Flüchtlingshilfe. Die Hilfskomitees waren vielmehr auf Spenden angewiesen, wobei das Jüdische Hilfskomitee oft auch für politische Flüchtlinge jüdischer Herkunft aufkommen musste. Die weitaus meisten Flüchtlinge blieben somit auf derartige Zuwendungen angewiesen. Aufgrund der schnell einsetzenden Finanznot wurde die Qualität der Unterkünfte jedoch immer schlechter, und die gezahlten Geldmittel reichten bei weitem nicht für das Existenzminimum. Auch die medizinische Versorgung stellte häufig ein Problem dar. Insbesondere litten die Betroffenen unter dem Arbeitsverbot. Die Behauptung, Flüchtlinge gingen einer unerlaubten Tätigkeit nach, führte immer wieder zu Aufregung in der Presse und teilweise auch zu Ausweisungen. Dabei war namentlich die konservative Presse von zahlreichen, auch antisemitischen Ressentiments geprägt und schürte vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise die Angst vor „Überfremdung“. Die deutschen Juden, denen Arbeitsmöglichkeiten und Vermögen genommen worden waren, wurden in diesem Kontext als Wirtschaftsemigranten eingestuft. Nur sehr wenige und vor allem die prominenten Flüchtlinge erlangten die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft und konnten sich frei betätigen. Während die übrigen, wohlhabenden Flüchtlinge häufig das Land nach einigen Wochen wieder verließen, waren es gerade die Ärmeren, die in die Tschechoslowakei flohen – auch weil dort die Lebenshaltungskosten geringer waren als in anderen Aufnahmeländern – und von dort nicht weiterkamen. Bevor Großbritannien im Sommer 1940 (nach der Niederlage Frankreichs) auch die Einreise nach Palästina stoppte, waren zahlreiche Juden – zunehmend auch solche, die sich nicht als Zionisten verstanden – nach der Absolvierung landwirtschaftlicher und handwerklicher Kurse mit den Mitteln des Jüdischen Hilfskomitees dorthin in Sicherheit gebracht worden. Die Sowjetunion nahm bis auf eine einmalige Aktion 1934 auch die kommunistischen Flüchtlinge nicht auf.

Alle weiteren Ansätze, das Elend international zu lösen, wurden zunehmend von den Bestrebungen der einzelnen Länder unterlaufen, selbst möglichst wenige Flüchtlinge aufzunehmen. Auch die Tschechoslowakei machte hierbei keine Ausnahme. Nach dem Anschluss Österreichs wurde dort sogar ein generelles Einreiseverbot für Juden erlassen. Schon zuvor waren immer wieder Menschen zurückgeschickt worden, die von den Nationalsozialisten einfach über die Grenze gejagt worden waren. Dies betraf nunmehr tausende von Juden, die u.a. versuchten, durch die Tschechoslowakei nach Polen zu gelangen. Von besonderer Tragik war dabei das Schicksal der sog. „Ostjuden“, die aus Deutschland kommend wegen ihrer polnischen Staatsangehörigkeit von vornherein nicht als Flüchtlinge anerkannt und daher häufig zurück oder eben nach Polen abgeschoben wurden. Ebenfalls unerwünscht waren kommunistische Flüchtlinge. Besonders bedrückend ist dabei die Tatsache, dass die kommunistischen Funktionäre ihre eigenen Genossen verrieten, wenn diese von der stalinistischen Linie abwichen und zudem die Hilfskomitees systematisch unterwanderten. Diese Komitees hatten das Recht, vorläufige Aufenthaltsgenehmigungen aus-

zustellen. Dabei achteten sie besonders auch darauf, dass sie keine Spitzel unterstützten; dies jedoch gelang längst nicht immer. Nach dem Münchner Abkommen nahm die Zahl der Flüchtlinge – nunmehr als den abgetrennten „sudetendeutschen“ Gebieten – weiter zu. Mit der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren war dann endgültig klar, dass die Tschechoslowakei kein sicheres Land mehr darstellte. Auch andere europäische Staaten gingen nunmehr davon aus, Flüchtlinge von dort aufnehmen zu müssen. Offenbar im Zuge einer Verständigung mit den Deutschen war in der Sudetenkrise damit begonnen worden, die Flüchtlinge auf dem Land in Lagern zusammenzufassen, u.a. um sie an der politischen Agitation zu hindern; dieser Plan wurde dann aber wohl aus Desinteresse wieder aufgegeben. Neben den registrierten gab es auch zahlreiche Flüchtlinge, die ohne gültige Papiere über die Grenze gekommen waren. Trotz einer hohen Dunkelziffer geht die Studie jedoch davon aus, dass sich zu keinem Zeitpunkt mehr als 4000 Flüchtlinge aus Deutschland in der Tschechoslowakei aufhielten.

Insgesamt zeichnet die Studie ein weitaus weniger rühmliches Bild von der Tschechoslowakei als das bislang tradierte. Wichtiger aber ist die Tatsache, dass sie den Blick auf das Schicksal der vielen Flüchtlinge richtet, die an ihrer Zufluchtstätte mehr als bedrängt gelebt haben und von denen viele später in den Konzentrationslagern umgekommen sind. Dies wird u.a. durch zahlreiche Einzelschicksale demonstriert, die in den Kapiteln immer wieder eingefügt sind. Das Werk verfügt zudem über einen ausführlichen Index. Es ist damit grundlegend für die Geschichte des Nationalsozialismus und sollte in keiner einschlägigen Bibliothek fehlen.

Regensburg

Natali Stegmann

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Bd. 3: Deutsches Reich und Protektorat Böhmen und Mähren, September 1939 bis September 1941. Bearb. von Andrea Löw. Hrsg. von Susanne Heim, Ulrich Herbert, Hans-Dieter Kreikamp, Horst Möller, Gertrud Pickhan, Dieter Pohl, Hartmut Weber und Andreas Wirsching. Oldenbourg. München 2012. 796 S., Kt. ISBN 978-3-486-58524-7. (€ 60,-)

Schriftdenkmal für die durch das nationalsozialistische Deutschland ermordeten Juden und wissenschaftliche Dokumentation dieser Verbrechen zu sein: Das sind die Anliegen der Quellenedition VEJ. Von den insgesamt sechzehn geplanten Bänden sind mittlerweile sechs erschienen. Der hier vorliegende dritte Band umfasst für das Deutsche Reich die beiden Jahre ab Kriegsbeginn im September 1939 und greift für das Protektorat Böhmen und Mähren etwas weiter zurück, nämlich in den März 1939, als deutsche Truppen in die Tschechoslowakei einmarschierten. Neben Quellen mit regionalen Bezügen zum Reich und zum Protektorat finden sich solche, die für die Geschichte der Shoah insgesamt zentral sind, weil der Band auch Dokumente zur Genese der „territorialen Endlösung“ (Dok. 89; siehe auch Dok. 125, 138 und 167) im Kontext von NS-Siedlungsplänen (Dok. 126) sowie zum Madagaskarplan (Dok. 92, 94, 99 und 101) versammelt. Deutlich wird ferner, dass etwa die Ermordung jüdischer psychisch Kranker in Chełm (Dok. 173) oder die Erschießung von 12 000 Juden in Lemberg (Dok. 195) in Form von Gerüchten bekannt war.

Doch beschränken sich die zusammengestellten Quellen nicht auf Verwaltungsschriftgut. Vielmehr versammelt auch dieser Band in der bereits von der VEJ bekannten Art und Weise eine Vielzahl von Dokumenten unterschiedlicher Herkunft, so dass Zeitzeugenbericht neben Verwaltungsanordnung steht und ein privater Brief auf einen Zeitungsartikel folgen kann. Was auf den ersten Blick willkürlich erscheinen mag, fügt sich in der chronologischen Anordnung in ein eigenes Narrativ. Auch zeigt gerade dieses Verfahren, wie unübersichtlich die Situation für die Betroffenen war, die sich auf die häufig in schneller Folge ergehenden Maßnahmen einzustellen versuchten und deren immer verzweifelter werdenden Bemühungen um Ausreise oft viel mehr Zeit beanspruchte als ihnen ihre Verfolger zubilligten.

Mit Blick auf das Protektorat wird in der Dokumentation deutlich, wie stark das deutsche Interesse an einem „geordneten“ Vorgehen war: Geschäfte etwa sollten zwar als „jüdische Geschäfte“ gekennzeichnet, aber nicht mit Aufschriften wie „Juden“ oder „Saujuden“ versehen werden. Ein Anliegen war den Behörden auch die Vermeidung sog. „wilder Arisierungen“, um den Besitz der enteigneten Menschen dem Deutschen Reich zuführen zu können. Zu den weiteren Stufen der Verfolgung gehörten die Erhöhung des Drucks zur Auswanderung und im Oktober 1939 erste Deportationen aus Mährisch-Ostrau (Ostrava) in das Generalgouvernement nach Nisko am San (Dok. 264, 265 und 271). Nach dem Abbruch dieser Deportationsexperimente wurden die verbleibenden jüdischen Menschen im Protektorat (wie im Deutschen Reich) auf vielfältige Art und Weise schikaniert und zur Zwangsarbeit gezwungen, so dass in den westlichen Gebieten der ehemaligen Tschechoslowakei am 1. April 1941 bereits 70 Prozent der Männer zwischen 16 und 60 Jahren Zwangsarbeit leisteten (S. 42). Ein halbes Jahr später wurde der gelbe Stern als Kennzeichnung der jüdischen Bevölkerung eingeführt, im Herbst die Deportationen auch aus dem Protektorat vorbereitet. Tschechische Institutionen, auch das wird deutlich, wurden als Komplizen in die deutschen Verfolgungsmaßnahmen einbezogen, zum Teil gar angewiesen, die antijüdische Politik nicht eigenmächtig zu verschärfen (Dok. 257).

Begleitet wurden die Verfolgungsmaßnahmen von Anfang an von Einschüchterungen, Pöbeleien und Erniedrigungen, bei denen nicht zuletzt die Anhänger Konrad Henleins eine unguete Rolle spielten. Doch auch die tschechische Öffentlichkeit rückte von den jüdischen Mitbürger/innen ab: Langjährige Bekannte grüßten nicht mehr (Dok. 242) und „die Leute arisierten sich selbst“ (Dok. 241, S. 583), indem Inhaber ihre Geschäfte auf Tschechisch als „arische Betriebe“ auswiesen. Es gab anonyme Drohbriefe (Dok. 288) und Denunziation. Von der daraus resultierenden Verzweiflung auf jüdischer Seite kündeten die vielen Selbstmorde (Dok. 235, 241 und 275). Andere Quellen wiederum, nicht selten Ego-Dokumente, aber auch ein SD-Bericht, schildern dagegen judenfreundliches Verhalten (Dok. 284, 308 und 309), das nicht selten demonstrativ antideutsch gewesen sei. Hier zu generalisierenden Aussagen zu kommen, ist außerordentlich schwierig und bedarf wohl einer stärkeren Kontextualisierung, waren doch jüdische Menschen bis zum Einsetzen der Verfolgungsmaßnahmen Angehörige der lokalen Gesellschaften und blieben dies bis zu ihrer Deportation, wenn auch unter deutlich veränderten Bedingungen.

In der Summe ist viel Positives über diesen Band zu sagen: eine informative Einleitung der Bandbearbeiterin Andrea Löw, die Zusammenstellung von berührenden Zeugnissen der Verfolgten und von wichtigen Quellen für die Holocaust-Forschung insgesamt, ihre sorgfältige editorische Aufbereitung und die unglaublich aufwändigen Recherchen zu allen erwähnten Personen, die dem Anliegen des Schriftdenkmals entsprechen. Betrübtlich ist bei all dem aber die Entscheidung zur Verwendung deutscher Ortsnamen in allen erklärenden Textteilen. Dass sie „seit alters gebräuchlich“ seien, vermag als Erklärung genauso wenig zu überzeugen wie die Begründung, dass die Frage tschechischer Ortsnamen erst „mit dem Aufkommen des tschechischen Nationalismus im 19. Jahrhundert [...] bedeutsam wurde“ (S. 11). Eine solche Argumentation legt allzu sehr die Sichtweise nahe, dass man sich auf eigentlich deutschem Gebiet befinde, das erst im Zuge von Nationalbewegung und Nationalismus sprachlich tschechisiert worden sei. Dies haben die Hrsg. gewiss nicht intendiert, und so wäre es hilfreich gewesen, in den Köpfen der Quellen die deutschen und tschechischen Formen der Ortsnamen zu verwenden, wie dies in der historischen Bohemistik, sei sie deutsch- oder englischsprachig, schon seit langem praktiziert wird. Nicht zuletzt würde dies auch einem mit den böhmischen Ländern weniger vertrauten Lesepublikum einen Zugang über aktuelles Kartenmaterial erleichtern.

Wuppertal – Essen

Tatjana Tönsmeier

Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in den Erinnerungskulturen der Europäer. Hrsg. von Anna Kaminsky, Dietmar Müller und Stefan Troebst. (Moderne europäische Geschichte, Bd. 1.) Wallstein-Verl. Göttingen 2011. 566 S., Ill., Kt. ISBN 978-3-8353-0937-1. (€ 39,90.)

Im Februar 2013 erregte ein Artikel im Berliner *Tagesspiegel* einiges Aufsehen. In ihm behandelte der renommierte Zeithistoriker Wolfgang Benz die Bestrebungen, den 23. August 1939, an dem der Hitler-Stalin-Pakt geschlossen worden war, zu einem internationalen Gedenktag zu machen. Benz störte sich besonders daran, dass damit angeblich Unterschiede zwischen dem kommunistischen Terror und dem nationalsozialistischen Völkermord eingeblendet würden. Er wird in seinem kurzen Beitrag nicht müde zu betonen, dass der Gedenktag „nur politischen Interessen“ diene, und sieht darin eine „Vereinnahmung des Judenmords“.¹ Mit dieser Reduzierung des Gedenkens auf seine vermeintliche oder tatsächliche politische Vereinnahmung offenbart er eine tiefe Unkenntnis der fundamentalen Bedeutung, die der Hitler-Stalin-Pakt in der kollektiven Erfahrung und Erinnerung vieler Menschen in Ostmitteleuropa besitzt. Sie ist typisch für viele westeuropäische Betrachter.

Die Hrsg. Anna Kaminsky, Dietmar Müller und Stefan Troebst gehen in ihrem Sammelband über die Erinnerung an den Hitler-Stalin-Pakt einen ganz anderen Weg. Ihr Ziel besteht nicht darin, echtes und legitimes von falschem und politisch motiviertem Gedenken abzugrenzen. Vielmehr geht es in den 20 Beiträgen zunächst einmal darum zu analysieren und zu verstehen, wie der Pakt und seine Folgen erlebt wurden und in der kollektiven Erinnerung wach gehalten werden. Dabei wird besonders deutlich, in welcher verschiedenen Weise Menschen mit unterschiedlichem historischen Erfahrungshorizont den 23. August 1939 zu ihrem Erinnerungsort gemacht haben. Mit der von Benz behaupteten politischen Funktionalisierung sind diese Prozesse kaum zu begreifen. Zwar machen viele Beiträge deutlich, dass der Umgang mit der Vergangenheit nicht in einem Raum geschieht, der frei von politischen Interessen wäre. Aber das Politische ist eben umgekehrt auch nicht sauber von der Dimension einer historischen Gewalterfahrung zu trennen, die Ostmitteleuropa von anderen Regionen abhebt. „Kein anderer bilateralen Vertrag“, so stellen Müller und Troebst in ihrer Einleitung fest, „beeinflusste das Schicksal von mehr Staaten, Nationen und Minderheitengruppen in Europa, vornehmlich in Ostmitteleuropa, als der Hitler-Stalin-Pakt“ (S. 11).

Dass die Menschen von seinen Folgen in sehr unterschiedlicher Weise betroffen wurden, ist nicht verwunderlich. Erst die Osterweiterung der EU hat aber dazu geführt, dass die unterschiedlichen Perspektiven unmittelbar aufeinander gestoßen sind und Anlass zu Deutungsstreitigkeiten gegeben haben. Troebst stellt sie in einem Beitrag über die Diskussion zum Gedenktag mit großer Sachkenntnis dar. Noch schärfere Unterschiede stellen Troebst und Müller in einem einleitenden Aufsatz für den gesamteuropäischen Kontext fest. Hier stünden die völlig verschiedenen Erinnerungskulturen Russlands auf der einen, Polens und der baltischen Staaten auf der anderen Seite einer „europäischen Deutung im Konsens nachhaltig entgegen“, während im Westen weitgehend Unwissen vorherrsche (S. 33).

Doch auch innerhalb der betroffenen ostmitteleuropäischen Länder sind die Unterschiede groß, und es gehört zu den besonderen Stärken des Bandes, dass die Auseinandersetzung stets als dynamischer Prozess begriffen wird. Schon an der Rezeptionsgeschichte des Paktes 1939-1999 kann Jan Lipinsky im Überblick zeigen, welche Abstufungen es sowohl im Kenntnisstand als auch in den Aufarbeitungsformen gab. Sie hingen besonders davon ab, wie stark sich die sowjetischen Zwangsmymen durchsetzen konnten und welcher Austausch mit dem Exil existierte. Besonders in den späten 1980er Jahren wurden die

¹ WOLFGANG BENZ: Ums Gedenken streiten, in: *Der Tagesspiegel* vom 21.02.2013.

Gegenentwürfe zur verordneten Deutung des Paktes immer dominanter, wobei die hier festgestellte eigene Opferrolle nicht selten in den Mittelpunkt der eigenen Selbstwahrnehmung rückte. Karsten Brüggemann, Katja Wezel und Arūnas Bubnys etwa beschreiben in ihren Beiträgen über Estland, Lettland und Litauen übereinstimmend, wie die Auseinandersetzung mit dem Pakt zu einem wesentlichen Bezugspunkt der nationalen Identitätsbildung wurde. Und selbst für Finnland, wo Diktatur- und Okkupationserfahrung wegfallen, spricht Michael Jonas von dem Vertrag als „Trauma und Identitätsressource“, obgleich der Pakt hier in den Nachkriegsjahren bald wieder in Vergessenheit geriet. Für Polen schreiben Krzysztof und Małgorzata Ruchniewicz sogar vom „Mythos des Opfers zweier Feinde“ (S. 235), da die Bevölkerung dort gleich zwei Traumata bewältigen musste: die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes sowie den Kriegsbeginn.

Solche Deutungen helfen gerade in Umbruchsituationen bei der Orientierung, verschleiern aber notwendigerweise auch Ambivalenzen und verdecken Fakten, die nicht in sie hineinpassen. Wezel warnt in ihrem Beitrag über Lettland in diesem Sinne vor einer Überbetonung der Symbole gegenüber historischem Detailwissen (S. 325). Wie weit sie sich von den Meinungen der Fachhistoriker entfernen können, zeigt etwa das Beispiel Rumänien, wo der Diktator Ion Antonescu ungeachtet seiner unmittelbaren Verstrickung in den Holocaust von vielen als antikommunistischer Held verehrt wird. Müller schildert in seinem Beitrag u.a., wie Historiker derzeit bemüht sind, unreflektierte Gegenmythen zu den stalinistischen Zwangsinterpretationen auf ihre Adäquatheit abzuklopfen und die Ereignisse in einem größeren europäischen Zusammenhang zu interpretieren. Dabei betont er die Arbeit der beiden Wahrheitskommissionen zur Erforschung des Holocausts sowie zur Analyse der kommunistischen Diktatur in Rumänien. In vielen Ländern ist die Erinnerung auch von internen Widersprüchen geprägt. Während in Belarus die sowjetische Deutung der Folgen des Vertrags als „langersehnte Wiedervereinigung“ mit Russland und Befreiung von den Polen während der Perestroika in Zweifel gezogen wurde, erlebte sie unter Aljaksandar Lukašenka eine Renaissance und spaltet die Bevölkerung auch heute noch in Anhänger einer pro-sowjetischen und einer national gesinnten Lesart (Elena Temper). Und in Litauen brachte der Pakt nicht nur exzessiven Terror und Gewalt, sondern auch die Erfüllung eines nationalen Traums: die Eingliederung der Stadt Vilnius in die Litauische SSR. Für Moldawien zeigt Vasile Dumbrava schließlich, wie die Beurteilung des Hitler-Stalin-Paktes noch heute „eng an nationale Wertungen und Funktionen des Nationalismus gebunden“ sei (S. 389), da er für die einen als Ende der rumänischen Fremdherrschaft und Rückkehr zur moldauischen Staatlichkeit, für die anderen aber als Auslöser einer Zersplitterung der rumänischen Nation gewertet werde.

Eine andere Art der Auseinandersetzung analysieren Jenny Alwart und Anke Pfeiler, indem sie den literarischen Umgang mit dem Pakt in der Ukraine und Rumänien untersuchen. Diese Ausweitung des Themenfeldes ist erhellend, da in den untersuchten Werken die Orientierung an kollektiven einheitsstiftenden Mythen weitgehend aufgehoben ist. Bei der Aufarbeitung in der Belletristik werden meist individuelle Erfahrungen in den Mittelpunkt gerückt, und anstatt Identitäten zu postulieren, gilt hier das Augenmerk der Suche nach ihnen.

Die der ostmitteleuropäischen Erinnerung konträr gegenüberstehende russische Auseinandersetzung mit dem Pakt wird in drei Aufsätzen beschrieben. Nach Einschätzung von Keiji Sato war eben die Kontroverse um den Pakt in der Zeit der Perestroika wesentlich für den Zerfall der Sowjetunion verantwortlich. Schon daher hängen hier Trauma und politische Funktionalisierung eng zusammen. Während Jutta Scherrer die Behandlung des Vertrags in russischen Schulen behandelt, geht es bei Wolfram von Schelha um die politische Debatte über seine Deutung. Dabei gelingt es ihm, gerade die strategischen Ebenen dieser Auseinandersetzung deutlich zu machen, die durchaus Abstufungen kannte. So sei etwa die Gründung der berüchtigten Kommission zur Verhinderung der Fälschung der Geschichte im Jahr 2009 als Versuch Dmitrij Medvedevs zu verstehen, die Fälschungsrhetorik abzumildern und zu kontrollieren, um nicht noch radikaleren Deutungen das Feld zu

überlassen. Von Scheliha betont, dass auch in Russland die Kontroverse um die Bedeutung des Paktes noch nicht abgeschlossen sei.

Gut informierte Beiträge über die Ereignisgeschichte des Paktes (Dan Diner) sowie seine Bedeutung für die Kriegsziele Adolf Hitlers (Rolf Ahmann) runden den Sammelband ab. Andere Beiträge passen sich weniger überzeugend in dessen Gesamtkonzept ein. Lothar Kettenackers lesenswerter, aber rein diplomatiegeschichtlicher Aufsatz über die Haltung der britischen Regierung versucht nicht, Bezüge zur europäischen Erinnerung herzustellen. Und auch Guillaume Bourgeois' Aufsatz über den Hitler-Stalin-Pakt und die Französische Kommunistische Partei hätte durch einen Verweis auf heutige Deutungen gewonnen. Einen expliziten Zusammenhang zwischen ereignisgeschichtlicher und erinnerungskultureller Untersuchung stellt einzig Palle Roslyng-Jensen her, indem er die Geschichte der dänischen Rezeption des Paktes auch für die Zeit nach 1945 fortschreibt.

Zwei über die engere Problematik des Bandes hinausführende Aufsätze erweitern den Blick auf das Thema: Detlev Brandes bietet anhand der Vertreibung der Sudetendeutschen Vergleichsmaßstäbe für die Erinnerung an traumatisierende Erfahrungen. Und die vorzügliche Analyse von Katrin Steffen zeigt, wie sich auch die Auseinandersetzung mit Judenmord und Antisemitismus in Polen aus verschiedenen Mythen speist und zwischen unterschiedlichen Geschichtskulturen bewegt, „von denen die einen noch nicht und die anderen nicht mehr akzeptiert sind“ (S. 515). Wie ein Schlusswort zu dem Band liest sich dann auch ihr Plädoyer dafür, „in einer Art integrierten Erinnerungskultur sowohl den jüdischen Opfern als auch denen des Kommunismus in Ost und West eine respektvolle Erinnerung zukommen zu lassen“, in der „beide Phänomene bzw. die von ihnen betroffenen Menschen weder gleichgesetzt noch gegeneinander ausgespielt werden“ (S. 517). Dafür müssten aber auch die westlichen Europäer den Erfahrungen der östlichen Europäer mehr Interesse und Anerkennung entgegenbringen. Dem Buch sind viele Leser zu wünschen. Vielleicht auch Wolfgang Benz?

Berlin

David Feest

Koniec pokoju, początek wojny. Niemieckie działania dywersyjne w kampanii polskiej 1939 r. Wybrane aspekty. [Ende des Friedens, Anfang des Krieges. Deutsche Diversion im Polenfeldzug 1939. Ausgewählte Aspekte]. Hrsg. von Grzegorz Bębnik. Oddział Instytutu Pamięci Narodowej – Komisji Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu w Katowicach. Katowice 2011. 160 S., graph. Darst. ISBN 978-83-7629-262-5. (PLN 29,40.)

Mit dem vorliegenden Band nimmt sich die polnische Historiografie nicht zum ersten Mal des Themas der deutschen Diversion von 1939 an. Die Aufsatzsammlung ist das Ergebnis einer Konferenz vom Oktober 2009, die vom Institut des Nationalen Gedenkens in Kattowitz anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsausbruchs 1939 veranstaltet wurde. Ziel des Hrsg. Grzegorz Bębnik war es, neue Forschungen zu diesem Thema, wie die von Tomasz Chinciński¹, anzustoßen, erschien doch viel über das behandelte Thema besonders im Dienste der sozialistisch-polnischen Deutschlandpolitik bis 1989.

Henryk Cwięk erörtert das Thema „Deutsche Minderheit in den Plänen der Abwehr der deutschen Wehrmacht [im Folgenden: die Abwehr] vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges“. Der Beitrag stützt sich auf einige neue Archivalien und rezipiert vorwiegend den Forschungsstand der 1970er und 1980er Jahre. Vergeblich sucht man nach einem Versuch, neue Zugänge zum Thema zu finden oder wenigstens das bisherige Geschichtsbild kritisch zu reflektieren. So stellt Cwięk fest, die Woiwodschaftsregierung mit Michał Grażyński an der Spitze sei in ihrer restriktiven Behandlung der deutschen Minderheit von

¹ TOMASZ CHINCIŃSKI: Forpoczta Hitlera. Niemiecka dywersja w Polsce w 1939 r. [Hitlers Vorposten. Die deutsche Diversion in Polen 1939], Gdańsk 2010.

der zentralen Staatsregierung in Warschau behindert worden. Dennoch endet der Aufsatz mit der deutschen Provokation um den Radiosender Gleiwitz, was den Eindruck vermittelt, die deutsche Diversion sei stark gewesen. Damit steht die Aussage des Beitrags in Opposition zu den übrigen Texten im Band.

Jacek Dworzecki schildert die „Polizei in Polen angesichts der Kriegsgefahr von 1939 und während des Krieges“. Es werden die Strukturen der polnischen Polizei und die separate Struktur der Polizei der Woiwodschaft Schlesien sowie deren Aufgaben am Vorabend des Krieges dargestellt. Zu diesen gehörten seit 1928 auch kriegsrelevante Aufträge, so 1939 zahlreiche Verhaftungen von Menschen, die als deutsche Diversanten enttarnt wurden. Diese brachte die Polizei ins Lager Bereza Kartuska.² Die Polizei war bestens ausgerüstet und bildete eine über 23 000 Mann starke, kriegsrelevante Einheit. Doch angesichts des deutschen „Blitzkriegs“ versagte im Westen Polens die Verwaltung, so zog sich auch die Polizei hinter die Weichsel zurück, wo sie schließlich von der Roten Armee überrollt und danach physisch vernichtet wurde.

Tomasz Chinciński beschäftigt sich mit der „Deutschen Diversion in Großpolen und in Pommern“. In akribischer Quellenarbeit analysiert der Vf. die tatsächliche und die geplante Rolle der deutschen Diversion, er unterscheidet dabei zwischen den Strukturen der Abwehr und denen des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS (SD). Verglichen werden deutsche Unterlagen mit Schriftstücken des polnischen Innen- und Außenministeriums sowie der Polizei. Auf diese Weise gelingt es dem Autor, ein realistisches Bild der Geschehnisse zu zeichnen, das vor den Hintergrund des polnischen Verteidigungskriegs 1939 gestellt wird.

Artur Ossowski und Janusz Wróbel stellen die „Deutsche Diversion in der Region von Łódź“ dar. Generell galt die polizeiliche Aufklärung in der untersuchten Region als schwach. Daraus schlussfolgern die Vf., dass dies noch kein Hinweis auf das Fehlen einer deutschen Diversion sei, sondern dass man diese nicht aufgespürt habe (S. 63).

Es werden Beispiele tatsächlicher deutscher Aktionen geschildert wie auch polnische Gegenmaßnahmen, sowohl vor als auch nach dem 1. September 1939. Fest steht, dass eine „pro-nationalsozialistische“ Orientierung im Handeln der deutschen Minderheit in Zentralpolen überwog, fest steht aber auch, dass die polnischen Abwehrdienste ein funktionierendes deutsches Diversanten-Netz nicht aufspürten. Folglich hatten Verhaftungen von Mitgliedern der deutschen Minderheit einen präventiven Charakter, nur in Tomaszów Mazowiecki und in Pabianice gingen Deutsche mit Waffen gegen Vertreter des polnischen Staates vor. Insgesamt war die untersuchte Diversion nur marginal, hatte keine Bedeutung im Kriegsgeschehen, sehr wohl jedoch in der psychologischen Propaganda während und nach dem Zweiten Weltkrieg.

Bartłomiej Warzecha widmet sich der „Deutschen Diversion im oberschlesischen Grenzgebiet“. Dazu werden auch Pläne und Bemühungen der deutschen Abwehr besonders von Breslau aus, ferner die des SD, des Auswärtigen Amtes und der Volksdeutschen Mittelstelle vorgestellt. Dabei handelte es sich um die Kampforganisationen Ost-Oberschlesien, Olsa-Gebiet und Pless, ferner um Sabotageorganisationen, Regimentsorganisationen und Betriebsschutz, die man jenseits der Ostgrenze des „Dritten Reiches“ aufstellen konnte. Eine Sonderrolle spielte im Grenzgebiet die „Sonderformation Ebbinghaus“, die in

² Siehe hierzu IRENEUSZ POLIT: Miejsce odosobnienia w Berezie Kartuskiej w latach 1934-1939 [Das Isolationscamp in Bereza Kartuska in den Jahren 1934-1939], Toruń 2003.

der deutschsprachigen Literatur als „Freikorps Ebbinghaus“ bekannt ist.³ Nicht nachgewiesen bleibt bis heute die angebliche enge Zusammenarbeit dieser Diversionseinheit mit der deutschen Wehrmacht während der ersten Tage des Krieges. Die schlesischen Erfahrungen bildeten jedoch sicher nach dem Polenfeldzug eine Grundlage für die Bildung einer professionellen Diversion beim Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht, des Lehrregiments Brandenburg. Für Oberschlesien war hingegen wichtig, dass die deutschen Bemühungen um Verbündete im polnischen Schlesien vor 1939 und ihr Einsatz nach dem 1. September 1939 zu einer weiteren Polarisierung der lokalen Gesellschaft führte, die ohnehin seit 1921 als soziale Einheit zersprengt gewesen war. Als Anhang zum Beitrag wurden die Schemata aller erwähnten Einheiten mitgeliefert.

Bębnik befasst sich mit einer sozialen Analyse der Mitglieder der „Sonderformation Ebbinghaus“. Er untersucht ca. zehn Prozent aller Mitglieder dieser Einheit, kann bisherige Behauptungen von der Rekrutierung Krimineller verneinen und bestätigt dabei, dass zu den Rekruten Flüchtlinge und Arbeitslose aus dem polnischen Schlesien gehörten. Im Fokus seiner sozialen Analyse stehen die Arbeits-, Berufs-, Wohnsitz-, Familienstands- und Konfessionsstrukturen der Mitglieder der Sonderformation. Den Beitrag rundet die Vita von Ernst Ebbinghaus ab, einem Mitarbeiter des Preußischen Oberbergamts in Breslau in den 1930er Jahren, der 1938 Beauftragter der Abwehr im sog. „Sudetenland“ und 1939 Befehlshaber der Sonderformation Ebbinghaus wurde.

Mirosław Węcki schildert im abschließenden Beitrag die Tätigkeit der oberschlesischen NSDAP im September 1939 am Beispiel der Kreisleitung Hindenburg. Die Aufgaben der Partei regulierte eine Anweisung von Rudolf Hess, des „Stellvertreters des Führers“: „Ist die Wehrmacht Garant des Sieges an der Front, so ist die Partei Garant des Sieges in der Heimat“ (S. 136). An der Reichsgrenze in Hindenburg sammelten Parteimitglieder Informationen über Polen, die in regelmäßigen Berichten nach Breslau weitergeleitet wurden; unterstützt wurde besonders seit Mai 1939 der Aufbau der Sonderformation Ebbinghaus, konkret in Hindenburg der Einheit von Karl Rolle. Die Mobilmachung zum einen und der Einsatz mancher Mitglieder der NSDAP aus Hindenburg im gebildeten Freikorps zum anderen beraubten die NSDAP mit den Verhältnissen vor Ort vertrauter politischer Leiter, was die anstehende Arbeit jenseits der Grenze erschwerte. Parteimitglieder mit dem Kreisleiter Johannes Schweter an der Spitze folgten den Wehrmachtseinheiten zwischen dem 2. und 3. September 1939 in polnisches Gebiet, dabei gingen sie unter dem Schutz des Freikorps Ebbinghaus, um die Befreiung Ost-Oberschlesiens von den „bestialischen polnischen Horden“ propagandistisch zu begleiten. Erst danach standen die wesentlichen Parteiaufgaben an: polnische Lehrer, Pfarrer, Angestellte – die gesamte Gesellschaft – politisch zu überprüfen, deutsche Verwaltung wieder aufzubauen, einen Kampf gegen alles Polnische in Angriff zu nehmen und die katholische Kirche unter Aufsicht zu stellen.

Insgesamt ist der Sammelband eine Bereicherung besonders für die Lokalgeschichte. Er ist jedoch aufgrund der Bedeutung des Polenfeldzuges in der gesamtdeutschen Propaganda seit 1939 auch für die deutsche und die deutsch-polnische Zeitgeschichte relevant. Grundsätzlich korrigieren die Autoren – mit Ausnahme des Beitrags von Ćwięk – die volkspolnische Historiografie, indem alte Interpretationsmuster bloßgestellt und, wo nötig, mit neuen ergänzt werden; bekannte und bisher unbekannte Quellen werden dabei kritisch-objektiv hinterfragt. Die Beiträge von Dworzecki, Chinciński, Ossowski und Wróbel eignen sich aufgrund der geschilderten Faktenlage und der beigefügten Grafiken und sonstigen Anhänge auch als Nachschlagewerke. Der Aufsatz von Bębnik weist einen sozialhistorischen

³ Mehr zur Rolle des Freikorps Ebbinghaus beim Überfall auf Polen siehe bei JOCHEN BÖHLER: *Der Überfall. Deutschlands Krieg gegen Polen*, Frankfurt a.M. 2009, S. 43, 122 f., 129 f., 150.

Ansatz in Kombination mit der kollektiven Biografie auf und ist deshalb hinsichtlich der Methode historischer Arbeit hervorzuheben. Der Text von Węcki vermittelt im übertragenen Sinne Informationen zum Bestand „Gau Oberschlesien der NSDAP“ im Staatsarchiv Kattowitz, eine bisher in der deutschen (ehemals westdeutschen) Historiografie zum „Dritten Reich“ angesichts der geschlossenen Überlieferung sehr empfehlenswerte, aber nur unzulänglich benutzte Quellenbasis.

Regensburg

Roman Smolorz

Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos. Hrsg. von Jürgen Hensel und Stephan Lehnstaedt. (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 29.) fibre. Osnabrück 2013. 438 S., graph. Darst., Kt. ISBN 978-3-938400-92-0. (€ 39,80.)

Der Begriff „Ghetto“ symbolisiert wie kaum ein anderes Wort das jüdische Leben und Leiden während des Holocaust. Die 1939 erstmals in Polen eingerichteten Ghettos trugen maßgeblich zur Isolierung der Juden von anderen Bevölkerungsgruppen bei. Sie unterstanden fast durchweg lokalen (militärischen oder zivilen) Besatzungsbehörden, die einzelne Wohnviertel innerhalb von Städten kurzerhand zu Sperrgebieten erklärten. Dabei kam es zu Großghettos wie Litzmannstadt/Lodz oder Warschau mit zeitweise 160 000 bis 500 000 Insassen, aber es existierten auch sogenannte „Dorfghettos“ mit wenigen hundert Menschen. Nicht immer waren die Ghettos vollständig von der Außenwelt abgeriegelt, doch es lebten hier fast ausschließlich Juden (sowie zum Teil die aus den sog. „Zigeunerlagern“ dorthin verschleppten Roma und Sinti). Die Lebensbedingungen waren geprägt von Armut, Hunger und Krankheiten, binnen kurzer Zeit herrschten fast immer katastrophale Zustände. Arbeit erwies sich meist als einzige Möglichkeit, (vorerst) zu überleben. Gleichwohl ist das Thema „Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos“ ein Desiderat der Forschung.

Hier setzt der zu besprechende, von Jürgen Hensel und Stephan Lehnstaedt herausgegebene Sammelband an. Er umfasst 20 vor allem von deutschen und polnischen Historikerinnen und Historikern verfasste Beiträge und geht auf eine gleichnamige Tagung zurück, die im Dezember 2010 stattfand, organisiert und veranstaltet vom Deutschen Historischen Institut Warschau und dem Warschauer Jüdischen Historischen Institut (Żydowski Instytut Historyczny). Lehnstaedt leitet den Band ein, abgerundet wird er durch ein hilfreiches Personenregister (während ein Ortsregister leider fehlt). Im ersten Teil des Bandes geht es um die Voraussetzungen und eher allgemeine ökonomische Aspekte der Ghettoarbeit. Christian Westerhoff etwa zeigt am Beispiel der Rekrutierung und Beschäftigung jüdischer Arbeiter im besetzten Polen und Litauen während des Ersten Weltkriegs, dass gemessen an Umfang, ideologisch-rassistischer Ausrichtung und Gewaltformen des Arbeitseinsatzes ein grundsätzlicher Unterschied zu den Verhältnissen nach 1939 bestanden habe und dass zudem keine „direkten Lernprozesse[...] und Kontinuitätslinien“ zu diesen nachzuweisen seien (S. 51). Ingo Loose fragt nach dem Stellenwert der Ghettoarbeit für die NS-Kriegswirtschaft und hält abschließend fest, dass dieser keine kriegsentscheidende Bedeutung zukam.

Der zweite, und mit zwölf Beiträgen umfangreichste Teil des Bandes liefert eine Übersicht zur Ghettoarbeit im besetzten Osteuropa. Untersucht werden dem Warschau, der Warthegau, Ostoberschlesien, das Generalgouvernement, der Bezirk Bialystok, der Regierungsbezirk Zichenau, Litauen, die Generalkommissariate Lettland und Weißruthenien, das Reichskommissariat Ukraine und Ostukraine, Transnistrien, Theresienstadt und Ungarn. Die Ergebnisse der Einzelstudien können hier nicht *en détail* referiert werden. Vielmehr sind zwei Aspekte hervorzuheben: zum Ersten die große Bandbreite der Ghettoarbeit, die sich – trotz der unterschiedlichen Quellendichte und des höchst ungleichen Forschungsstandes – deutlich abzeichnet. Dies betraf die Arbeitsform und -organisation (zu nennen sind etwa Arbeitsbataillone, regelrechte Zwangsarbeitslager, sogenannte, meist von den Judenräten eingerichtete „Shops“ oder die Ghettoarbeit bei deutschen Firmen), die betei-

ligten NS-Akteure und ihre ideologische Prägung bzw. Motivation, Rolle und Einflussmöglichkeiten der Judenräte, die „Effizienz“ der im Ghetto geleisteten Arbeit, den Grad der „Ökonomisierung“ der Ghettoarbeit insgesamt, das Maß an „Freiwilligkeit“, mit der die Betroffenen eine Arbeit aufnahmen sowie die Form ihrer Entlohnung und nicht zuletzt: die Überlebenschancen durch die Arbeit. Trotz aller Unterschiedlichkeit – Lehnstaedt formuliert einleitend sogar: „Im Grunde war jedes Ghetto ein Sonderfall“ (S. 15) – wird zum Zweiten deutlich, dass die Ghettoarbeit von der antisemitischen Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten überwölbt wurde. So konnten 1939 in Polen Ghettos und Ghettobetriebe auch deshalb entstehen (und sich bis weit in die zweiten Kriegshälfte hinein als fester Wirtschaftsfaktor der Mikroökonomie etablieren), weil die deutschen Einheiten zu diesem Zeitpunkt noch keinen mörderischen Gesamtplan zur „Endlösung der Judenfrage“ verfolgten, während sie nach dem Überfall auf die Sowjetunion und vor allem nach dem Entschluss zum Holocaust in den nun besetzten Gebieten Ghettos häufig nur noch als Sammelstellen für die Deportation in die Vernichtungslager einrichteten. „Arbeit“ hatte hier dann nur einen geringen Stellenwert. Nicht selten kam es nicht einmal mehr zur Errichtung eines Ghettos, weil man die Juden sofort erschoss.

Der dritte Teil des Bandes springt in die Gegenwart und thematisiert einige Aspekte im Zusammenhang mit dem sogenannten „Ghettorentengesetz“ (Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto), das der Bundestag im Jahre 2002 verabschiedete und das denjenigen jüdischen Verfolgten eine Rente aus der deutschen Rentenversicherung in Aussicht stellte, die sich in einem NS-Ghetto eine entlohnte Beschäftigung gesucht hatten. Da nur wenige Anträge bewilligt wurden, versuchten viele ehemalige Verfolgte ihren Anspruch auf dem Rechtsweg durchzusetzen und reichten Klage bei den Sozialgerichten ein. Vielfach herrschte dort die Vorstellung vor, dass die Betroffenen Einzelheiten zu ihrer individuellen Beschäftigungssituation berichten könnten. Vor diesem Hintergrund thematisiert die Sozialpsychologin Kristin Platt, die als Gutachterin an derartigen Verhandlungen beteiligt war, in ihrem Beitrag, ob und inwiefern die Überlebenden sich in Anbetracht der erlittenen Verfolgung überhaupt an Einzelheiten der Ghettoarbeit erinnern können. Zur Klärung vieler Sachverhalte waren die Gerichte vielmehr auf historisches Fachwissen angewiesen. Dass es zu einer Zusammenarbeit zwischen Juristen und Geschichtswissenschaft kam und wie diese sich gestaltete, schildert Jan-Robert von Renesse aus der Perspektive eines mit den „Ghettorenten“ befassten Richters sowie Jürgen Zarusky aus der Sicht der Historiker.

Die zunächst etwas ungewöhnlich anmutende Verknüpfung zwischen dem historischen Teil des Bandes und dem aktuellen Thema ist folgendermaßen zu erklären: Die Sozialgerichte sahen sich mit dem Umstand konfrontiert, dass kaum Informationen über die Arbeitsverhältnissen in den Ghettos vorlagen bzw. – wie Platt beschreibt – von den Überlebenden abgefragt werden konnten. Einzelne Richter – wie insbesondere von Renesse – gaben daraufhin Gutachten bei Historikern in Auftrag, um sich über grundlegende historische Fakten zu informieren. Auf diesen Gutachten beruht ein Teil der im Sammelband vorgestellten Fallstudien. Der Band wie auch die 2012 in Warschau veranstaltete Konferenz wollen letztendlich einen Beitrag dazu leisten, die Ergebnisse der Gutachten zu bündeln, die im Rahmen der Verfahren um die „Ghettorenten“ entstanden sind. Der Zusammenhang ist also etwas ungewöhnlich (stellen professionelle Historiker gewöhnlich doch ihre eigenen Fragen, die sich meist aus dem fachwissenschaftlichen Diskurs speisen), aber im Ergebnis durchaus gewinnbringend. Denn die historischen Einzelstudien liefern vielfältige, quellengesättigte Ergebnisse, die den Kenntnisstand über die nationalsozialistischen Ghettos und die dort verrichtete Arbeit enorm erweitern. Man würde sich nur wünschen, dass aus dem reichhaltigen Material eine übergreifende Monografie zum Thema entstünde, die dann auch einen weiteren gewichtigen Beitrag zur Frage nach dem Verhältnis von ökonomischem Kalkül und weltanschaulich motivierter Vernichtungspolitik im Nationalsozialismus liefern könnte.

Freiburg i. Br.

Karin Orth

Florian Dierl, Zoran Janjetović, Karsten Linne: Pflicht, Zwang und Gewalt. Arbeitsverwaltungen und Arbeitskräftepolitik im deutsch besetzten Polen und Serbien 1939-1944. Klartext. Essen 2013. 510 S. ISBN 978-3-8375-0808-6. (€ 34,95.)

Die deutschen Besatzungsregime während des Zweiten Weltkriegs werden in der Forschung längst nicht mehr als einheitliche Gebilde betrachtet, vielmehr richtet sich der Blick auf einzelne Akteure und deren jeweilige Ziele, Interessen und Praktiken. Dennoch ist es angesichts der vielfältigen Formen deutscher Besatzungsherrschaft und der Vielzahl beteiligter Institutionen noch ein weiter Weg zu einem zugleich differenzierten und umfassenden Bild einzelner, wesentlicher Aspekte dieser Herrschaft, wie etwa der Ausbeutung der Arbeitskräfte der besetzten Gebiete.

Einen Schritt in diese Richtung unternehmen Karsten Linne, Zoran Janjetović und Florian Dierl, indem sie nicht nur in Einzelstudien die Arbeitsverwaltungen dreier als typisch bezeichneter deutscher Besatzungsregime in Polen und Jugoslawien untersuchen, nämlich der „Annexionsverwaltung“ im „Warthegau“ (Linne, S. 47-170), der „Kolonialverwaltung“ im „Generalgouvernement“ (Linne, S. 171-316) und der „Kollaborationsverwaltung“ in Serbien (Janjetović, S. 317-442), sondern abschließend auch zu einem knappen Vergleich der Arbeitsverwaltung und Arbeitskräftepolitik in den drei Gebieten gelangen (Dierl, S. 443-463). Entstanden ist diese Gemeinschaftsarbeit am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin im Rahmen eines Förderprogramms der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“.

Auf den ersten Blick überwiegen die Unterschiede im Aufbau der betrachteten Verwaltungen: Während im „Warthegau“ infolge der Annexion die gesamte Verwaltungsstruktur dem Reich angeglichen und weitgehend mit Deutschen besetzt wurde, blieb diese Entwicklung im „Generalgouvernement“ auf die zentralen Strukturen und die personelle Führungsebene beschränkt, und in Serbien benutzte die deutsche Militärverwaltung die unter einem Kollaborationsregime erhalten gebliebene einheimische Verwaltung. In der Verwaltungspraxis allerdings ergaben sich ähnliche Probleme und Konflikte durch die Ausrichtung auf die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Interessen des Reiches mit den einander widersprechenden Zielen, die besetzten Gebiete gleichzeitig nach rassistischen Kriterien ethnisch „neu zu ordnen“, den Widerstand klein zu halten und die Arbeitskräfte auszubeuten.

Im Einzelnen untersuchen die Vf. die Organisation der Arbeitsverwaltungen und deren Stellung im Gefüge der jeweiligen Herrschaftsstrukturen, die Arbeitskräfterekrutierung für das Reich, die Arbeitskräftepolitik in den besetzten Gebieten sowie die Reaktionen der einheimischen Bevölkerung auf die Maßnahmen der deutschen Arbeitsverwaltungen. Kennzeichnend war für die Arbeitsverwaltungen in allen untersuchten Gebieten, wie für die NS-Bürokratie überhaupt, ein polykritisches System, in dem die Kräfteverhältnisse und Gestaltungsmöglichkeiten zwischen zentralen, regionalen und lokalen Instanzen immer wieder neu ausgehandelt werden mussten. Dass das deutsche Personal der Verwaltungen großteils von minderer Qualität war und dass die deutschen Stellen wenigstens im Generalgouvernement und in Serbien weitestgehend auf einheimisches Personal angewiesen waren, eröffnete auch der Bevölkerung in den besetzten Gebieten gewisse, wenngleich eher inoffizielle Einflussmöglichkeiten. Was die politischen Ziele der Besatzungsherrschaft angeht, so verlagerten sie sich im Laufe des Krieges zunehmend weg von der ethnischen „Neuordnung“ der besetzten Gebiete hin zur verstärkten Ausbeutung des Arbeitskräftepotentials, wobei Zwang, Repression und gewaltsame Rekrutierung immer deutlicher in den Vordergrund traten. Hierbei erwiesen sich die Besatzungsregime in Polen als wesentlich durchsetzungsstärker und mithin brutaler als in Serbien. Gemeinsam war den Arbeitsverwaltungen in allen drei untersuchten Gebieten, dass sie entgegen den ökonomischen Interessen an der Vernichtung der jüdischen Arbeitskräfte mitwirkten. Auch einen immer wieder als ökonomisch sinnvoll angemahnten schonenden Umgang mit den für die deutsche Kriegführung arbeitenden Menschen konnten sie nicht durchsetzen. Angesichts

dieser Umstände gehörten die deutschen Arbeitsverwaltungen rasch zu den meist gehassten Institutionen in den besetzten Gebieten.

Während die Vf. Ziele und Praxis der Arbeitsverwaltungen und Arbeitskräftepolitik in den untersuchten Gebieten mithilfe deutscher Akten und der umfangreich herangezogenen Literatur weitgehend rekonstruieren können, gelingt ihnen dies mit den Reaktionen und Verhaltensweisen der betroffenen einheimischen Bevölkerung nicht in gleichem Maße. Hierzu hätten die Erinnerungsliteratur und weitere, auch unveröffentlichte Egodokumente stärker herangezogen werden müssen, wie sie spätestens seit der Jahrtausendwende im Zuge der deutschen Versuche einer Entschädigung für Zwangsarbeit in größerem Umfang vorliegen. Die Frage nach der Bedeutung von Arbeit unter den Bedingungen von Krieg, Besatzung, Gewalt und Mangel, die von den Vf. mehrfach postulierte „Maxime, wonach im Dritten Reich jede Arbeit in gewissem Sinne Zwangsarbeit war“ (S. 439), bedürfen daher noch weiterer, ebenso gründlicher und differenzierender Forschung.

Halstenbek

Lars Jockheck

Robert Kuwalek: Das Vernichtungslager Belzec. Übers. aus dem Polnischen von Steffen Hänschen. Metropol-Verl. Berlin 2013. 392 S., Ill. ISBN 978-3-86331-079-0. (€ 24,-)

Im Frühherbst 1941 verabredete Adolf Hitler mit anderen führenden Politikern NS-Deutschlands, die in ihrem Machtbereich befindliche jüdische Bevölkerung ermorden zu lassen. Nach mehrmonatigen Vorbereitungen wurden bis Oktober 1943 im Generalgouvernement (GG) unter dem – erst Mitte 1942 eingeführten – Decknamen „Aktion Reinhardt“ beziehungsweise „Einsatz Reinhardt“ über 1,5 Millionen Jüdinnen und Juden auf grausamste Weise getötet. Die allermeisten von ihnen kamen in neuartigen Stätten des planmäßigen alltäglichen Massenmords, ein Teil schon auf dem Weg dorthin während zahlloser Deportationen oder beim rücksichtslosen Zusammentreiben der Opfer um.

Die Entscheidungsprozesse, die zur Errichtung der nationalsozialistischen Vernichtungslager führten, das Geschehen bei den Razzien und auf den Transporten ist über Jahrzehnte hinweg von der Forschung kaum systematisch aufgearbeitet worden. Robert Kuwalek zeichnet in seiner Studie, die 2010 zuerst in Polen erschien¹, die Anfangsphase dieses Vernichtungsturms nach, der 1942 vor allem die jüdische Bevölkerung aus den Distrikten Galizien, Krakau und Lublin, daneben aber auch aus dem Ausland zu Tausenden herbeitransportierte Juden traf. Im Anhang stehen drei bedeutende, schon länger bekannte Dokumente mit Aussagen deutscher Zeugen (Wilhelm Cornides, 1920-1966) und/oder Mitwirkender an den Verbrechen wie Albrecht Westermann (1901-1948) und Kurt Gerstein (1905-1945). Der Vf. zeichnet das Geschehen chronologisch nach, von der Errichtung des Lagers über dessen Funktion bei der „Aktion Reinhardt“, die Deportationen dorthin, die Ermordung der Opfer, die Beseitigung ihrer Leichen und den Umgang mit dem Eigentum der Ermordeten bis hin zur Auflösung des Lagers und zum Spurenverwischen zwischen Dezember 1942 und Mitte 1943.

Heinrich Himmler beauftragte den in Lublin amtierenden SS- und Polizeiführer Odilo Globocnik (1904-1945) damit, das erste Vernichtungslager im GG zu errichten. Im November 1941 wurde an der Bahnstrecke zwischen Lemberg und Lublin bei dem Dorf Belzec mit dem Bau begonnen. Von Mitte März 1942 an wurden in dem Lager rund 435 000 Menschen ermordet. Die Bautätigkeit auf dem vergleichsweise kleinen, 275x265 Meter messenden Gelände leitete der oberschlesische SS-Offizier Richard Thomalla (1903-

¹ Obóz zagłady w Belżcu, Lublin 2010. Dem ging eine kürzere populäre Darstellung vom gleichen Autor voraus: Obóz zagłady w Belżcu, Lublin – Belzec 2005, siehe auch meine Rezension dazu in: Zeitschrift für Genozidforschung 10 (2009), 1, S. 130-133.

1945[?]), die Gaskammern mussten polnische Bauarbeiter errichten. Unter dem ersten Lagerkommandanten Christian Wirth (1885-1944) wurden sie durch jüdische Sklavenarbeiter ersetzt. Einer Aufstellung Globocniks vom Oktober 1943 zufolge waren rund 450 Täter aus SS und Polizei an der „Aktion Reinhardt“ beteiligt. Von den Opfern vermochten nur sehr wenige zu fliehen, denn einen bewaffneten Aufstand mit anschließender Massenflicht hat es hier nicht gegeben.

Wirklich geheim halten ließ sich das Geschehen im Vernichtungslager nicht. Zahlreiche Deutsche im GG wussten davon, und es blieb auch dem organisierten polnischen Widerstand nicht verborgen: Angestellte der Ostbahn und andere Nachrichtenbeschaffer gaben ihre Beobachtungen über Belzec weiter, die gesammelt, analysiert und erstmals im April 1942 in einem Lagebericht an die polnische Exilregierung und mittelbar auch an die Alliierten weitergegeben wurden. Polen erfuhren aus den Untergrundzeitungen darüber. Der umfassende Artikel im Hauptorgan der Heimatarmee, *Biuletyn Informacyjny*, erschien allerdings nicht am 28. April (S. 276), sondern am 3. Juni 1942 (Nr. 22, S. 6-7: *Obóz w Belżcu*); K. erwähnt nicht den Beitrag im internen Nachrichtenorgan *Informacja Bieżąca*, der bereits zwei Wochen zuvor kursierte (Nr. 19 vom 18. Mai 1942, S. 3: *Obóz Śmierci w Belżcu [raport z Lublina]*). Auch die jüdische Bevölkerung erreichten solche Nachrichten (neben zahllosen Gerüchten), wie K. in seinem gut recherchierten Abschnitt über die Lage und die Reaktionen der Opfer ausführt. Die Mordstätte hörte auf zu existieren, weil für weitere Massengräber kein Platz mehr war; ihre Aufgabe übernahm das Vernichtungslager Sobibór. Nach dem Nürnberger Prozess, so der Vf., sei Belzec über mehrere Jahrzehnte in Vergessenheit geraten. Die aktuelle Lage in dem mittlerweile geschaffenen Gedenkort schildert der Vf. im Schlusskapitel.

Leider enthält K.s Studie nicht wenige inhaltliche und Flüchtigkeitsfehler. In Bezug auf ein zentrales Dokument des nationalsozialistischen Judenmords im Lubliner Land erfahren wir auf S. 69, der am 17. März 1942 als Autor der sog. „Reuter-Notiz“ in Erscheinung tretende Leiter des Referats V (Flüchtlings- und Evakuiertenfürsorge) in der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge (BuF) des GG, Fritz Reuter (1896-1982), sei „Gouverneur des Distrikts Lublin“ gewesen; später zitiert K. aus diesem Vermerk (S. 133 f.), doch weicht er an mehreren Stellen vom Originalwortlaut ab, zudem fehlt der korrekte Nachweis aus dem Staatsarchiv Lublin. Das Quellen- und Literaturverzeichnis ignoriert die wichtigste israelische Quellenpublikation über die Vernichtung des Gettos in Lublin, in welcher der Vermerk bereits als Faksimile abgedruckt ist.² Zahlreiche Lagerfunktionäre in Belzec werden von K. mit Biogrammen bedacht, doch enthalten sie kaum Informationen zum Lebensweg in den 1920er und 1930er Jahren. Es ist durchaus erwähnenswert, dass sich der Lagerkommandant Gottlieb Hering (1887-1945) nach dem Ersten Weltkrieg als Mitglied der SPD engagierte und erst 1933 der NSDAP beitrug. Überdies wäre es angebracht gewesen, auch jene Personen genauer zu betrachten, die an der Vorbereitung der Massenmorde im Lubliner Land führend beteiligt waren, wie Hermann Höfle (1911-1962), dessen Stellvertreter Helmut Ortwin Pohl (1901-1997) und Reuters Vorgesetzter in Krakau Johann Ragger (1888-1962), die allesamt aus Österreich stammten. Reuter lebte übrigens nach 1945 unbehelligt in Coburg. In diesem wie auch in den anderen Fällen ließe sich gewiss weiter nachforschen, um Angaben für ein Gesamtprofil der SS-Täter zu entwerfen.

Der Vf. beklagt, dass der Lagerfunktionär Josef Oberhauser (1915-1979) „bis zu seinem Lebensende nicht bereit“ gewesen sei, „sich zu dem Vernichtungslager Belzec zu äußern“, doch in der darunter stehenden Anmerkung zitiert er wiederholt Oberhausers Einlassungen aus den Prozessakten der 1960er Jahre (S. 92). Verwirrend sind die Angaben

² NACHMAN BLUMENTAL (Hrsg.): *Te'udot mi-geto lublin – yudenrat le-lo derekh / Documents from Lublin Ghetto. Judenrat without Direction*, Jerusalem 1967, Anhang.

zum Besuch des SS-Offiziers Kurt Gerstein und seiner Begleiter in Belzec, den K. mal auf den 10. (S. 291), mal den 17. (S. 156) oder 19. August 1942 (S. 346) datiert. Leider wird hier der Bericht „Tötungsanstalten in Polen“, den Gerstein im Februar 1943 dem niederländischen Untergrund übermittelt hatte, nicht herangezogen.³ Die Identität des jüdischen Zeugen Szlama (Szlamek) Winer (1911-1942) ist – anders als von K. dargestellt (S. 257, 260) – inzwischen geklärt.⁴ Dass in mehreren Organen der polnischen Untergrundpresse zahlreiche Mitteilungen über das Lager Belzec enthalten waren⁵, erschließt sich dem Leser nicht.

Die polnischen Sonderzeichen fehlen zum Teil (S. 134), manchmal werden Personen- und Ortsnamen (Żyłka/Żylek) falsch angegeben (S. 88 f.) und Geschehnisse falsch datiert, etwa die erste Phase der Deportationen von Lublin nach Belzec, die bis Ende März 1942 abgeschlossen war (S. 136). Mit dem Begriff „Judenvernichtung“ sollte der Übersetzer sorgsamer umgehen, da es sich um ein Wort der NS-Propaganda handelt; auch „Vergasung“ erscheint für die Massenmorde durch Giftgas nicht geeignet (S. 45 ff.). Manche Formulierung ist kaum verständlich (z.B. S. 88: „Hering übernahm die Methoden Wirths und wich auch von dessen Grausamkeit nicht ab, lediglich gegenüber den ihm untergebenen SS-Männern wandte er vermutlich nicht den gleichen Terror an – zumindest sind dazu keine Hinweise überliefert.“) In den Literaturnachweisen wird mehrfach übersehen, dass es deutsche Ausgaben von Zeugenberichten und Darstellungen gibt, die hier bloß in einer polnischen Fassung genannt werden (etwa S. 44, 83). Die vorstehende Aufzählung ließe sich problemlos erweitern.

Es ist zu hoffen, dass vergleichsweise erhebliche Mängel in einer baldigen korrigierten Neuauflage beseitigt und Lücken ergänzt werden. Dann ließe sich das Werk als sehr notwendige Gesamtdarstellung über Belzec ohne Einschränkung empfehlen. K.s Veröffentlichungen über diese Mordstätte belegen eindrucksvoll, dass der Forschungsaufwand der vergangenen Jahrzehnte insoweit Früchte getragen hat, als eine Teilrekonstruktion des Geschehens innerhalb der Tötungsanstalt und des Geschehens um sie herum möglich geworden ist – trotz der fieberhaften Bemühungen der Nationalsozialisten, die Spuren restlos zu verwischen. So können sie – bis heute – auf deren größtes Verbrechen an der Menschheit hinweisen.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

³ Siehe dieses Dokument und weitere über das Geschehen in Belzec in: KLAUS-PETER FRIEDRICH (Bearb.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, Band 9: Polen – August 1941 bis 1945, hrsg. von SUSANNE HEIM, ULRICH HERBERT u.a., München 2014. Dok. 223, S. 606-608, passim.

⁴ Siehe PRZEMYSŁAW NOWICKI: Zanim „przybył z zaświatów“, nazywał się Winer. Krąg rodzinny i konspiracyjny Szlamka, uciekiniera z ośrodka zagłady w Chełmnie nad Nerem [Ehe er „aus dem Jenseits zurückkam“, nannte er sich Winer: Zum familiären und konspirativen Umfeld von Szlamek, der dem Vernichtungslager Kulmhof entkommen war], in: Zagłada Żydów 5 (2009), S. 163-192.

⁵ Siehe KLAUS-PETER FRIEDRICH: Der nationalsozialistische Judenmord und das polnisch-jüdische Verhältnis im Diskurs der polnischen Untergrundpresse (1942-1944), Marburg 2006, passim.

Witold Mędykowski: W cieniu gigantów. Pogromy Żydów w 1941 roku w byłej sowieckiej strefie okupacyjnej. Kontekst historyczny, społeczny i kulturowy. [Im Schatten der Giganten. Judenpogrome 1941 in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone. Historischer, gesellschaftlicher, kultureller Kontext.] Inst. Studiów Politycznych Polskiej Akademii Nauk. Warszawa 2012. 445 S., zahlr. Ill., Kt. ISBN 978-83-60580-95-0. (PLN 42,-)

Die baltischen Staaten, Ostpolen sowie die Bukowina und Bessarabien sind jene Gebiete des östlichen Europas, die in den Jahren 1939-1945 innerhalb kürzester Zeit nacheinander drei Besatzungsregimes erlebten. Diese Entwicklung fußte auf den in den geheimen Zusatzprotokollen des Hitler-Stalin-Paktes fixierten Entscheidungen, durch die diese Territorien als sowjetische Einflusssphäre definiert wurden. Im Frühsommer 1941 fanden in dieser Großregion nach der Flucht der sowjetischen Funktionäre und vor bzw. während des Einmarsches der Wehrmacht Pogrome statt, die von der jeweiligen lokalen Bevölkerung inszeniert wurden. Diese waren in ihrer Brutalität beispiellos.

Witold Mędykowski zeichnet diese Ereignisse nach und analysiert sie. In seiner Einleitung verweist er darauf, dass er sich diese große Untersuchungsregion mit Bedacht ausgesucht habe, da komplexe Forschungsfragen in Werken, die sich traditionellen Forschungsräumen, wie Staaten oder Ethnien, widmen, häufig „entwischen“ (S. 16) würden. Mit diesem Ansatz hat M. zweifellos Recht, auch wenn er dieses Vorhaben, wie sich im Verlaufe der Lektüre zeigt, nicht zur Gänze einzulösen vermag. Er schildert im ersten Kapitel knapp die Vorgeschichte der Großregion zu Beginn des 20. Jh. und geht auch auf einige der früheren Pogrome ein, die 1881-1939 in Russland, der Ukraine und im Wilna-Gebiet stattfanden. Im Hauptteil der Arbeit werden die Pogrome im Juni 1941 exemplarisch für die Großregion von der Ostsee bis nach Bessarabien dargestellt. M. beschreibt detailliert einige der Übergriffe gegen die Juden in den unterschiedlichen Regionen und ergänzt sie durch zahlreiches, häufig auch bisher weniger bekanntes Fotomaterial. Er resümiert, dass es im sogenannten „Interregnum“ zwischen den Diktaturen zu einer Degradierung der Juden kam und binnen weniger Tage „Brücken verbrannt“ wurden bzw. der „Rubikon überschritten“ wurde (S. 360). Dies ist zweifellos richtig. Selbst in Fällen, wo die Juden nicht sofort erschlagen oder erschossen wurden, hatten ihre nichtjüdischen Nachbarn in einer unbeschreibbaren Welle der Gewalt, die in vielem einem Affekt glichen, Situationen geschaffen, die sich nicht wieder rückgängig machen ließen. In zahlreichen kleinen Städtchen sperrte man die jüdische Bevölkerung tagelang in der Synagoge ein und raubte deren Wohnungen aus. Die unhaltbare Situation ließ sich aus Sicht der gewalttätigen Anführer schließlich nur durch die Liquidation der Juden lösen, auch wenn dies vorher nicht unbedingt intendiert worden war.

Allerdings fallen M.s Erklärungen für die Ursachen recht allgemein aus. Er geht davon aus, dass hierfür maßgeblich das an vielen Orten im Frühsommer 1941 entstandene Machtvakuum schuld war und dass nach der Flucht der sowjetischen Funktionäre und vor dem Einmarsch der Wehrmacht und der Installation neuer Administrationen eine gefährliche Lücke geherrscht habe. Das Entstehen des Machtvakuum war tatsächlich eine wesentliche Voraussetzung für die blutigen Ereignisse. Jedoch beruhte es weniger auf äußeren als auf inneren Faktoren. M. sieht hier vor allem die lückenhaften Abläufe im Wechsel der Besatzungsmächte. Faktoren vor Ort, die sich im Vorfeld ereigneten und bereits zur Defragmentierung der lokalen Gesellschaften geführt hatten, werden von ihm nicht berücksichtigt.

Diese sehr verallgemeinernde Begründung, der es an tieferem analytischem Gehalt mangelt, beruht auf der monoperspektivischen Betrachtungsweise der Großregion, die M. vor allem unter dem jüdischen Fokus sieht. Das von ihm untersuchte Gebiet zeichnete sich ursprünglich vor allem durch Multiethnizität aus. Eine erste Konsequenz der Geheimen Zusatzprotokolle des Spätsommers 1939 bestand in der Aussiedlung der deutschen Minderheiten aus den der UdSSR zugesprochenen Gebieten. Damit verschob sich das gesellschaftliche Gleichgewicht in den Kleinstädten, in denen Juden und Deutsche nebeneinander gelebt hatten, enorm. Gleichzeitig kam es zur Flucht von lokalen Repräsentanten der vorherigen Verwaltungen oder zu Verhaftungen, wodurch in den lokalen Gesellschaften

Leerstellen entstanden. Diese wurden vielerorts durch die sowjetischen Deportationsmaßnahmen verstärkt, da diese besonders Beamte (Lehrer, Offiziere) der nun nicht mehr existierenden Staaten erfassten. Weitere wichtige lokale Persönlichkeiten flohen vor dem Einmarsch der Wehrmacht in das Innere der Sowjetunion. Letztlich war im Frühsommer 1941 der Großteil der politisch engagierten Männer mittleren Alters, die bis dahin in der lokalen Gesellschaft Einfluss gehabt hatten, nicht mehr vor Ort. Bei einem genauen Blick auf städtische Situationen im Frühsommer 1941 lassen sich häufig defragmentierte Mikrokosmen mit fehlenden moralischen Instanzen und einem sozialen Vakuum konstatieren, die zweifelsohne Eskalationen ungeheuer begünstigten. M. erwähnt zwar, dass im Rahmen der Zusatzprotokolle auch Aussiedlungen eine Rolle spielten (S. 111, 347), geht aber nicht näher darauf ein. Die Deportationen werden ebenfalls nur sehr oberflächlich abgehandelt: „Massenweise wurden Tausende Leute verhaftet, die man für unerwünschte Elemente hielt. Grundlegendes Kriterium war deren Zugehörigkeit zu aufgelösten Institutionen, Organisationen und Parteien sowie der ehemaligen besitzenden Klassen. Unter ihnen waren sehr viele Juden“ (S. 141). Es liegt zu allen Teilregionen genügend statistisches Material vor, um hier akkurate Aussagen zu treffen und daraus auch entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen. Wenn M. beispielsweise feststellt, dass es in Wilna zu keinen größeren Ausschreitungen im Frühsommer 1941 vor und während des Einmarsches der Wehrmacht kam, genügt es nicht als Begründung anzuführen, dass es wenig Litauer in der Stadt gegeben habe. Tatsache ist vielmehr, dass die städtische Gesellschaft weniger radikalisiert war als in Kaunas, da von Wilna aus im Juni 1941 keine Deportationen stattgefunden hatten.

M. weist darauf hin, dass die Pogrome „ein Element in einer langen Kette von Ereignissen war[en]“, aber „die Vernichtung erst mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in das Gebiet“ eingesetzt habe (S. 366). Ebenfalls müsse berücksichtigt werden, dass die negative „Vorbildwirkung“ der reichsdeutschen antijüdischen Politik seit 1933 großen Einfluss auf breite Kreise in den östlichen Anrainerstaaten ausgeübt habe und mentale Prädispositionen erzeugt worden seien. Selbst im besetzten Polen (ganz zu schweigen von den baltischen Staaten), seien die Deutschen zunächst bewundert worden. M. weist ganz zu Recht darauf hin, dass es sich bei diesem Phänomen, insbesondere auf Grund der langen kommunistischen Herrschaft, um ein Desiderat der Forschung handelt. Ebenfalls erörtert wird die Frage, ob diese Pogrome einen Bestandteil der „Endlösung“ gebildet hätten (S. 359), was der Autor klar verneint. Diese Fragestellung mag verwundern, unterstrichen werden muss jedoch, dass diese Pogrome von offizieller Seite der deutschen Besatzungsmacht zugerechnet worden waren, wenn sie nicht, wie es am häufigsten vorkam, verschwiegen wurden.

Insgesamt gibt der Band einen breiten Überblick und vermag eine Reihe von Fragen länderübergreifend zu beantworten, lässt aber, wie bereits erwähnt, noch ausreichend Raum für weiterführende Analysen. Insbesondere ist zu bemängeln, dass sich der Vf. nicht mit der aktuellen Forschungslandschaft und deren Ergebnissen auseinandersetzt. Insgesamt zeigen die hier präsentierten Forschungsergebnisse, dass die Geschichten einzelner Ethnien innerhalb multiethnischer Regionen im 20. Jh. nicht nur separat erforscht werden sollten. Es bedarf heute komplexer multiperspektivischer Untersuchungen, mittels derer Interdependenzen zwischen den Ethnien und der sie betreffenden Bevölkerungspolitik ausgelotet werden können. Nur so lässt sich herausarbeiten, welche Rollen und wechselnden Positionen ihnen innerhalb gesellschaftlicher Umbrüche zugeschrieben werden können.

Warszawa

Ruth Leiserowitz

Tilman Plath: Zwischen Schonung und Menschenjagden. Arbeitseinsatzpolitik in den baltischen Generalbezirken des Reichskommissariats Ostland 1941-1944. Klartext-Verl. Essen 2012. 502 S. ISBN 978-3-8375-0796-6. (€ 34,95.)

Tilman Plaths umfassende Analyse der nationalsozialistischen „Arbeitseinsatzpolitik“ im Baltikum ist aus einer Flensburger Dissertation im Rahmen eines Förderprogramms der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ hervorgegangen mit dem

Ziel, Forschungslücken zur Zwangsarbeit während der NS-Herrschaft zu schließen. Das heterogene „Reichskommissariat Ostland“ entstand nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Jahr 1941 als zivile Verwaltungseinheit und umfasste neben den drei baltischen Ländern Litauen, Lettland und Estland auch das westliche Weißrussland, das sogenannte „Weißruthenien“. Letzteres Gebiet schließt P. jedoch aus seiner Untersuchung aus, da die dortige deutsche Besatzungspolitik noch ungleich brutaler war und zudem als relativ gut erforscht gelten darf.

Die baltischen Länder waren kaum ein Jahr zuvor infolge des Ribbentrop-Molotov-Paktes unter sowjetische Herrschaft gelangt, hatten vor dem Ersten Weltkrieg jedoch zum Zarenreich gehört, wo Litauen und Lettgallen Teile des sogenannten „Ansiedlungsrayons“ (čerta osedlosti) gewesen waren, in dem sich die jüdische Bevölkerung des Russischen Reiches niederlassen durfte. Entsprechend vielfältig war die ethnische Struktur, die neben den baltischen Titularnationen vor allem große russische, weißrussische, polnische und jüdische Minderheiten umfasste. Insgesamt lebten in den „Baltischen Generalbezirken“ des Reichskommissariats 1941 gut 5 Millionen Menschen.

Die deutsche Herrschaft konnte daher grundsätzlich auf die alte imperiale Strategie „divide et impera“ zurückgreifen, indem sie mit Kooperationsangeboten und Repressionsmaßnahmen die einzelnen Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielte und so die historisch bedingten ethnischen Spannungen noch vertiefte. Neben einer Vielzahl einheimischer Akteure war aber auch das deutsche Besatzungsregime keinesfalls eine Einheit, sondern bestand aus Zivilverwaltung, Polizeiapparat, Militär sowie Vertretern verschiedener Institutionen aus dem Reich mit je eigenen Interessen.

Mit der „Arbeitseinsatzpolitik“, also dem Versuch, die Arbeitskraft der einheimischen Bevölkerung für die deutsche Kriegswirtschaft auszubeuten, hat P. ein zentrales, dennoch bislang wenig untersuchtes Betätigungsfeld des Besatzungsregimes herausgegriffen, in dem Vielfalt und Gegensätze der Interessen deutlich zutage traten. Wesentlich waren hier neben den Bedürfnissen der Kriegsökonomie vor allem die rassenideologisch bedingte „Neuordnung“ und Germanisierung des Baltikums, die bis zur „Vernichtung durch Arbeit“ führte. P. interessiert sich dabei besonders für die Konflikte um den Ort der Arbeit, nämlich in der Heimat oder im Reich, für Repression und Kooperation im Verhältnis zu den einheimischen Kräften, für das politische Gewicht der rassenideologischen Prinzipien und schließlich für die Durchsetzungsfähigkeit der einzelnen Akteure.

Dazu gliedert P. seine Untersuchung der „Arbeitseinsatzpolitik“ in zwei Hauptteile: zum einen mit Blick auf deutsche und einheimische Akteure, namentlich Zivilverwaltung, Polizei, Wehrmacht, Wirtschaftsorganisationen sowie die „Landeseigenen Verwaltungen“, zum anderen mit Blick auf die Betroffenen: Balten, Slawen, Juden und Roma sowie Deutsche und weitere „Arier“, d.h. baltische Umsiedler und Flüchtlinge aus Nordrussland sowie westeuropäische Siedler. Die Lektüre der Analyse dieses komplizierten Beziehungsgeflechtes erleichtern neben den Zusammenfassungen der größeren Kapitelabschnitte auch immer wieder eingestreute kleine Zwischenfazite, wobei Letztere sich allerdings nicht über das Inhaltsverzeichnis erschließen lassen.

Das Bild, das P. von der deutschen „Arbeitseinsatzpolitik“ im Baltikum zeichnet, ist generell geprägt vom inhumanen, rassenideologisch geprägten NS-Menschenbild, das zu einer Kategorisierung und Hierarchisierung der einzelnen Bevölkerungsgruppen vor allem nach Kriterien der Herkunft führte. Auch hinsichtlich der Konkurrenz und widerstreitenden Interessen der einzelnen Akteure gibt es viele Parallelen zur „Arbeitseinsatzpolitik“ in den anderen besetzten Gebieten Osteuropas. Für die Akteure im Baltikum stellt P. fest, dass Polizei, Wehrmacht und deutsche Wirtschaftsorganisationen mit zunehmender Kriegsdauer und ungünstigem Kriegsverlauf immer stärker zu repressiven Maßnahmen wie Deportationen, Zwangslagern und Razzien neigten, um wenigstens Teile der einheimischen Bevölkerung unter Kontrolle zu bringen und zur Arbeit zu zwingen. Dagegen habe die politische Abteilung der Zivilverwaltung, vor allem auf unterer Ebene, stärker auf die Kooperation mit einheimischen Kräften gesetzt. Dabei hätten diese allerdings nur dann mit

den Besitzern kooperiert, wenn sich deutsche und einheimische Interessen deckten, ansonsten jedoch recht erfolgreich hinhaltenden Widerstand geleistet, zumal als sich die deutschen Kriegsperspektiven verschlechterten.

Was die Betroffenen der deutschen Politik angeht, gelangt P. ebenfalls zu einem differenzierten Bild: Generell seien die slawischen Minderheiten schlechter behandelt und weit öfter zur Zwangsarbeit ins Reich deportiert worden, während der „Reichseinsatz“ der baltischen Mehrheitsbevölkerung zumindest anfangs eher einen freiwilligen Charakter gehabt habe. Besonders schlecht sei es jenen Slawen ergangen, die als Deportierte oder Kriegsgefangene ins Baltikum gelangten und dort in Lagern Zwangsarbeit verrichten mussten. Aber auch unter den Balten habe es Unterschiede gegeben: Rassistische Vorurteile hätten dazu geführt, dass die Litauer und Lettgallen im Osten Lettlands stärkeren Repressionen ausgesetzt gewesen seien als die übrige baltische Bevölkerung. Insgesamt, so P., lasse sich die Zahl der von Verschleppung, Internierung und Zwangsarbeit betroffenen einheimischen Slawen nicht beziffern. Es sei lediglich festzustellen, dass sie weit mehr unter Zwangsmaßnahmen hätten leiden müssen als die Balten. Letztlich hätten deutlich mehr als die bisher angenommenen 130 000 Arbeitskräfte aus dem Baltikum im Reich gearbeitet, wobei sich nicht beziffern lasse, wie viele von den Flüchtlingen des Jahres 1944 noch in Arbeit gebracht worden seien.

Im Unterschied zu Slawen und Balten habe die Behandlung der Juden im Baltikum von Anfang an unter dem „Primat der Vernichtung“ (S. 454) gestanden. Von 280 000 Juden überlebten nur 10 000 die deutsche Okkupation. Allerdings seien zu Beginn und gegen Ende des Besatzungsregimes die höchsten Opferzahlen zu beklagen gewesen, zwischenzeitlich habe die „Vernichtung durch Arbeit“ in den Gettos und KZ dominiert. Weniger einheitlich habe sich der Umgang mit den Roma gestaltet, bei denen angesichts unklarer oder fehlender Vorgaben die Behandlung von Massenmord (etwa die Hälfte der 3800 lettischen Roma, ein Drittel der 1500 litauischen Roma, aber sämtliche 741 estnischen Roma) über Zwangsarbeit bis zur Gleichbehandlung mit den übrigen Einheimischen reichte.

An der Spitze der rassistischen Hierarchie im Baltikum standen schließlich die Besatzer selbst, außerdem zugewanderte oder zurückgekehrte Deutsche, zugewanderte und einheimische Skandinavier sowie Freiwillige aus Westeuropa, vor allem aus Belgien und den Niederlanden. Aus ihnen sollten sich die Führungs- und Aufsichtskräfte für ein künftiges „germanisches“ Baltikum rekrutieren, und sie seien daher grundsätzlich mit entsprechenden Privilegien ausgestattet und bevorzugt behandelt worden.

Zusammenfassend beurteilt P. die deutsche „Arbeitseinsatzpolitik“ im Baltikum als wenig effizient, da Repression und Kontrolle zunehmend die Oberhand gewonnen und ernst gemeinte Kooperationsversuche zunichte gemacht hätten. Die baltischen „Landeseigenen Verwaltungen“ hätten die Spielräume, die ihnen die rassistisch motivierte deutsche Politik eröffnete, vor allem dahingehend genutzt, die größten Lasten auf die nicht repräsentierten slawischen Minderheiten abzuwälzen. So hätten sie eine weitgehende „Schonung“ der baltischen Bevölkerungsgruppen bei gleichzeitigen deutschen „Menschenjagden“ auf die slawischen Minderheiten und der Vernichtung von Juden und Roma erreicht (S. 462).

Mit dem Rückgriff auf Archivalien aus allen behandelten Staaten sowie dem Einbezug der gesamten einschlägigen Literatur gelangt P.s Studie auf solidem Fundament zu überzeugenden Ergebnissen. Auffällig ist allerdings, dass die Untersuchung lediglich eine Perspektive von oben einnimmt, indem sie sich auf das Verwaltungshandeln und seine Folgen konzentriert, so wie es sich in deutschen und einheimischen Akten niedergeschlagen hat (S. 27 ff.). Eine Perspektive von unten, die auch Selbstzeugnisse der Betroffenen der „Arbeitseinsatzpolitik“ einbezieht, fehlt, wäre aber eine notwendige Ergänzung der vorliegenden Arbeit gewesen.

Halstenbek

Lars Jockheck

Jan Tomasz Gross: *Złote żniwa*. Rzecz o tym, co się działo na obrzeżach zagłady Żydów. [Goldene Ernte. Was am Rande der Judenvernichtung geschah.] Unter Mitarbeit von Irena Grudzińska-Gross. Wydawn. Znak. Kraków 2011. 205 S., Ill. ISBN 978-83-240-1522-1. (PLN 36,90.)

Seitdem Jan Tomasz Gross im Jahr 2001 die umfassendste polnische Geschichtsdebatte seit 1989 auslöste, werden seine Publikationen in Polen mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Den Ausgangspunkt seines Erkenntnisinteresses formulierte der in Princeton lehrende Historiker in einer früheren Essaysammlung: „[...] die sogenannten polnisch-jüdischen Beziehungen während der Okkupationszeit sind kein Thema, das nur die Ränder der polnischen Gesellschaft – *szmalcownicy* und Helden – betrifft, [sondern] genau umgekehrt: Das Schicksal der jüdischen Mitbürger befindet sich im Zentrum der Okkupationserfahrung der Bewohner eines jeden Ortes.“¹ Diese Überzeugung des Autors durchzieht seine folgenden Bücher, die sich letztlich mit den Auswirkungen der deutschen Vernichtungspolitik gegen die Juden auf ihre polnischen Zeitgenossen beschäftigen, wie ein roter Faden. In seiner neuesten Buchveröffentlichung thematisiert er gemeinsam mit der Literaturwissenschaftlerin Irena Grudzińska-Gross die Übernahme jüdischen Eigentums durch Polen im Gefolge des Holocausts. Ausgangspunkt der gesamten Darstellung ist ein Foto, von dem aus in ebenso kurzen wie prägnanten Einzelkapiteln zwei Ebenen geschickt entwickelt und miteinander verwoben werden.

Die erste, faktografische Ebene beginnt mit der Beschreibung der erwähnten Fotografie, die polnische Landbewohner und Milizionäre auf dem Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers Treblinka zeigt. Den Autoren zufolge handelt es sich bei diesen Menschen um Schatzsucher, die nach dem Krieg in den Massengräbern nach Wertgegenständen aus dem Besitz der ermordeten Juden suchten. Diese Szenerie einer „goldenen Ernte“ bestimmt den Grundton des gesamten Buches, das die Verfasser als dichte Beschreibung der auf dem Foto gespeicherten Informationen verstehen. Ausgehend von der Betrachtung des Bildes zeichnen die Vf. zunächst ein europäisches Panorama der materiellen Dimension des Holocausts: Zum einen plünderten das Deutsche Reich und die Vollstrecker der „Endlösung“ die Juden in ihrem gesamten Machtbereich systematisch aus. Auch im besetzten Polen waren im Rahmen der „Aktion Reinhardt“ Raub und Vernichtung untrennbar miteinander verbunden. Zum anderen aber war auf Seiten der einheimischen Bevölkerung im Generalgouvernement und anderswo die Übernahme des Eigentums und der Hinterlassenschaften der sich versteckenden, deportierten oder bereits getöteten Juden eine weit verbreitete Praxis. Es folgt eine detaillierte Darstellung der Suche nach wertvollen Hinterlassenschaften der Todesopfer von Treblinka auf dem Gelände dieser 1943 geschlossenen Todesfabrik. Danach schildern die Vf. Schritt für Schritt die bereits im Krieg einsetzende „Ausbeutung der Vernichtungslager“ (S. 59) durch die lokale Bevölkerung sowie deren vielfältige Wirtschaftskontakte zu den Lagern und deren Besatzung. Die Übernahme des Eigentums verschleppter Juden durch polnische Nachbarn war ein nächster Schritt dieser Entwicklung, der zudem eine Spirale von allzu oft tödlich endender Gewalt gegen Juden in Gang setzte. Teil dieser Geschichte sind auch regelrechte „Judenjagden“ (S. 137), während deren insbesondere die Landbevölkerung nach versteckten Juden suchte, um sie an die Deutschen auszuliefern. In den Städten entsprach dies dem Phänomen des *szmalcowanie* (S. 151), der Erpressung und Auslieferung versteckter Juden durch Polen. Die Vf. betonen, wie weit die Teilnahme an diesen Ereignissen, die sich am Rande des Holocausts ereigneten, in die

¹ JAN TOMASZ GROSS: *Upiorna Dekada. Trzy eseje o stereotypach na temat Żydów, Polaków, Niemców i komunistów 1939-1948* [Das gespenstische Jahrzehnt. Drei Essays zu den Stereotypen über Juden, Polen, Deutsche und Kommunisten], 2. Aufl., Kraków 2001, S. 59.

polnische Gesellschaft hineinreichte und machen dafür das Verhalten der katholischen Kirche mitverantwortlich.

Die zweite Ebene des Buches soll versuchen, das geschilderte Geschehen zu interpretieren und zu deuten. Den Autoren zufolge passt die Plünderung der Massengräber nicht in den in Polen gültigen, vom Christentum tradierten Umgang mit Toten und deren Gräbern. In Anlehnung an Interpretationen von Zygmunt Baumann stellen die Vf. fest, dass die im Kontext des Krieges erfolgte Degradierung von Menschen zu „Unkraut“ (S. 57) eine Handhabe lieferte, die in der christlichen Kultur unzulässige Grabschändung und Leichenfledderei aus ihrem moralisch verwerflichen Kontext zu reißen und zu einer gesellschaftlich nicht mehr geächteten Praxis werden zu lassen. Zudem verweisen zahlreiche Quellen darauf, dass die christliche Bevölkerung ihre jüdischen Nachbarn angesichts der auf Hochtouren laufenden deutschen Mordmaschinerie als unwiderruflich dem Tod geweiht und darum als bereits außerhalb der lokalen Gemeinschaft stehend wahrnahm. Im Verbund mit der grausamen Behandlung der Juden durch SS, Polizei und andere deutsche Besatzungsbehörden erfolgte die rasante Abwertung der Juden zu Gegenständen oder, wie Emanuel Ringelblum es formulierte zu „Toten auf Urlaub“ (S. 128). Dies erleichterte die Äußerung materieller Begehrlichkeiten gegenüber den Juden – noch zu ihren Lebzeiten –, zumal die deutsche Besatzungspolitik die „Arisierung“ des Wirtschaftslebens verfolgte und nicht wenige Polen an deren Erträgen teilhaben ließ.

Wie in G.s vorangegangenen Büchern wird dem aktuellen Wissensstand über den Holocaust in Polen hier wenig Neues hinzugefügt.² Der Wert des Bandes liegt vielmehr in seiner klaren Sprache, die ihn nicht nur für Historiker gut lesbar macht, wenn auch das Stilmittel des ausgiebigen Quellenzitats zu häufig Anwendung findet. Die Vf. werfen Fragen auf, die zwar in der Holocaust-Forschung, die sich in den letzten Jahren intensiv mit dem Phänomen der einheimischen Zuschauer und Helfer im Holocaust befasst hat, diskutiert werden. In der polnischen Öffentlichkeit hingegen wurde insbesondere die Rolle von Polen als Nutznießern des Judenmords kaum erörtert. Zwar setzte mit der Jedwabne-Debatte bereits eine nachhaltige Perspektivverschiebung in der Betrachtung des Zweiten Weltkriegs ein, doch konzentrierte sich die öffentliche Diskussion meist auf pogromhafte, von Gewalt geprägte Ereignisse. Die schleichende, im Stillen ablaufende Verstrickung eines nicht geringen Teils der polnischen Bevölkerung in die Abläufe des Holocausts und den Raub jüdischen Eigentums wurde bis zum Erscheinen des besprochenen Bandes hingegen selten thematisiert.

Leider versäumen es die Autoren, mit Hinweisen auf den sich über lange Zeit hinweg entwickelnden polnisch-jüdischen ökonomischen Antagonismus ihrer Analyse eine zusätzliche sozialhistorische Tiefenschärfe zu verleihen. Auch der kurz erwähnte Erklärungsansatz, der Zusammenbruch des polnischen Staates habe erst die strukturellen Voraussetzungen für die massiven Übergriffe von Polen auf Juden geschaffen (S. 129, Anm. 116), wurde nicht in die Interpretation einbezogen. Für zukünftige Detailstudien wäre es wünschenswert, den Blick über die polnisch-jüdische Konstellation zu weiten. Die Deutschen treten im Buch kaum als Akteure auf – eine Leerstelle, die sich aus der engen Anlehnung an die Aussagen in Zeitzeugenberichten erklären lässt. Doch nur wenn die deutsche Besatzungspolitik gegenüber der christlichen Mehrheitsbevölkerung im lokalen Rahmen in die

² Ergiebiger sind in dieser Hinsicht die stark aus den Quellen gearbeiteten Studien von JAN GRABOWSKI: *Judenjagd. Polowanie na Żydów 1942-1945. Studium dziejów pewnego powiatu* [Die Jagd auf Juden 1942-1945. Eine Studie zur Geschichte eines Kreises], Warszawa 2011; BARBARA ENGELKING: „Jest taki piękny słoneczny dzień ...“ *Losy Żydów szukających ratunku na wsi polskiej 1942-1945* [„Es ist so ein schöner sonniger Tag ...“ Schicksale rettungsuchender Juden auf dem polnischen Land 1942-1945], Warszawa 2011.

Interpretation des Geschehens eingebunden wird, lassen sich die Denkweisen, Handlungsstrategien und -optionen der Zuschauer, Nutznießer und Mittäter des Holocausts besser verstehen. Insgesamt ist den Autoren zu bescheinigen, dass es ihnen gelungen ist, das unfassbare Geschehen in Worte zu kleiden (S. 23). Damit haben sie eine erhellende Perspektive auf die brutale und umfassende Umverteilung von Eigentum und Eigentumsrechten – die ein wichtiges Charakteristikum des Holocaust in Ostmitteleuropa war – aufgezeigt.

Leipzig

Christhardt Henschel

Wolfram Wette: Karl Jäger. Mörder der litauischen Juden. Mit einem Vorwort von Ralph Giordano. Fischer Taschenbuch Verl. Frankfurt am Main 2011. 284 S., 36 Ill., 2 Kt. ISBN 978-3-596-19064-5. (€ 9,99.)

Der sog. „Jäger-Bericht“ vom 1. Dezember 1941 ist sicherlich eines der berüchtigsten und unheimlichsten Dokumente der Vernichtung der europäischen Juden. Nach einer genauen Aufzählung der erschossenen Juden, unterschieden nach Ort sowie nach Männern, Frauen und Kindern, stellte Karl Jäger, SS-Standartenführer und Führer des Einsatzkommandos 3 in Litauen, fest, „dass das Ziel, das Judenproblem für Litauen zu lösen, vom EK. 3 erreicht worden ist“ (S. 243). Mit dem vorliegenden Buch unternimmt Wolfram Wette, der sich bereits in der Vergangenheit mit dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion befasst hat¹, den Versuch zu rekonstruieren, welcher Mensch sich hinter der „entmenschten Statistik“ (Ralph Giordano im Vorwort, S. 13) verbirgt, und somit die „erste Biografie eines NS-Direkttäters ‚vor Ort“ (Klappentext) zu liefern.

Deutlich weniger bekannt als der Jäger-Bericht ist hingegen die Biografie Karl Jägers selbst, was auch in der schwierigen Quellenlage begründet liegt. Auf Grundlage der Annahme der modernen Täterforschung, dass die Sozialisierung einer Person eine entscheidende Rolle dabei spielt, ob jemand zum Mörder wird², nähert sich W. den Handlungsmotivationen Jägers mit Hilfe von dessen Personalakte und Erinnerungen der Opfer. Karl Jäger, geboren 1888, wuchs in Waldkirch im Breisgau auf, besuchte dort Handelsschule und Musikonservatorium. Als prägend bewertet W. die Zeit Jägers als Frontsoldat während des Ersten Weltkriegs, nach dessen Ende er sich in der „Schwarzen Reichswehr“ engagierte. Bereits 1923 trat er der NSDAP bei und errang als „Waldkircher Hitler“ regionale Bekanntheit. In Waldkirch selbst galt er als „charakterfest, vorbildlich, korrekt, sportlich, musikalisch, feinsinnig, kultiviert“ (S. 36). In den späten 1930er Jahren machte er schnell Karriere in der SS und bekleidete 1940 den Rang eines SS-Standartenführers. Zunächst wurde er im Sicherheitsdienst der SS eingesetzt, bevor er kurz vor dem Überfall auf die Sowjetunion den Befehl erhielt, das „Einsatzkommando 3“ aufzustellen.

Im folgenden Kapitel beschreibt W. die Situation in Litauen im Sommer 1941 und die vorangehende Radikalisierung des zunächst schwachen litauischen Antisemitismus. Besondere Bedeutung weist W. diesbezüglich dem Jahr nach der Angliederung Litauens an die Sowjetunion im Sommer 1940 zu, in dem sich das Stereotyp des „jüdischen Bolschewisten“ verfestigt habe. Vor diesem Hintergrund beschreibt W. die Pogrome, die litauische nationalistische Organisationen zeitgleich mit dem Einmarsch deutscher Truppen in die Sowjetunion gegen Juden verübten. Es folgen Kapitel über den Einsatz Jägers in Litauen in den Jahren 1941 bis 1944, die sich stark auf Zeitzeugenberichte stützen. W. legt in diesen Kapiteln schlüssig dar, wie sich der vergleichsweise alte Karl Jäger durch besonderen

¹ Siehe u.a. WOLFRAM WETTE: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden, Frankfurt a.M. 2004.

² HARALD WELZER: Wer waren die Täter? Anmerkungen zur Täterforschung aus sozialpsychologischer Sicht, in: GERHARD PAUL (Hrsg.): Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?, Göttingen 2002, S. 237-253.

Eifer und Effizienz bei der systematischen Ermordung der Juden auszuzeichnen versuchte. Zugleich schildert er, wie Jäger von seinem Amt häufig überfordert war und unter Alpträumen litt.

Die letzten zwei Kapitel schildern Jägers Leben in Nachkriegsdeutschland sowie die Verdrängung des Holocausts in der deutschen und litauischen Erinnerung. Jäger lebte von 1949 bis 1959 unbehelligt als Landarbeiter in seiner Heimatregion, bevor er verhaftet wurde. Bevor ihm der Prozess gemacht werden konnte, nahm er sich das Leben. In seinem Abschiedsbrief stritt er alle ihm zur Last gelegten Verbrechen ab. Besonders eindrücklich sind die Schilderungen von W.s eigenen Erfahrungen bei den Recherchen in Waldkirch, wo er unter dem Vorwand des Schutzes von Jägers Nachkommen durchweg auf Ablehnung stieß: „Der Gedanke, dass es sich dabei gar nicht um eine Angelegenheit der Familie handelte, sondern um den verantwortungsvollen Umgang der Stadt und ihrer Bürger mit diesem Segment der Geschichte des Holocaust, das nun einmal durch die Herkunft Karl Jägers aus Waldkirch mit dieser Stadt verbunden ist, fand kaum einen Nährboden“ (S. 187).

Nachdem in den letzten Jahren das internationale Interesse an der Aufarbeitung der Ermordung der litauischen Juden abzunehmen schien, hat das Jahr 2011 somit gleich drei Bücher zum Holocaust in Litauen hervorgebracht.³ Dieckmanns Studie ist von diesen sicherlich die bedeutendste, nicht zuletzt auch deswegen, weil dieser die litauischsprachige Forschung rezipiert. W.s Jäger-Biografie präsentiert deutlich weniger neues Archivmaterial, bietet jedoch spannende Lektüre, ergänzt um zahlreiche Fotos, Quellenreproduktionen und Karten. W. hat seine Archivdokumente und Ego-Quellen sorgfältig auch hinsichtlich ihrer narrativen Güte ausgewählt, wodurch ein sehr gut lesbares Buch entstanden ist. Wer die Publikationen zur Ermordung der litauischen Juden in den letzten zwanzig Jahren verfolgt hat, wird nicht viel Neues entdecken (besonders im Vergleich zu Dieckmanns Buch), aber zumindest eine spannend zu lesende Synthese der Forschung, zugespitzt auf Jägers Biografie. Insbesondere die Gegenüberstellung der kalten Statistiken des Jäger-Berichtes und der Schilderungen jüdischer Augenzeugen ist gelungen.

Es gibt jedoch auch einiges zu kritisieren. Zum einen ist die Einführung in die litauische Geschichte sehr lang und gleichzeitig bezüglich der Sekundärliteratur etwas oberflächlich geraten. Für Leser, die über die Geschichte Litauens und der litauischen Juden wenig wissen, ist das hilfreich. Historiker, die tiefer in der Materie stecken, sind jedoch bei Dieckmann besser aufgehoben, der viele Ereignisse, die in der Geschichtswissenschaft stetig eher unkritisch reproduziert wurden, wie z.B. die Pogrome in Kaunas im Juni 1941, in ein neues Licht rückt. Schade ist, dass zudem viele litauische Namen falsch geschrieben sind. Darüber hinaus ist die Quellenlage bezüglich der Biografie Karl Jägers verhältnismäßig schwierig und lückenhaft, was W. des Öfteren zu Spekulationen verleitet, die jedoch zumeist schlüssig und plausibel bleiben.

Birmingham

Klaus Richter

³ CHRISTOPH DIECKMANN: Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941-1944, Göttingen 2011; ROBERT VAN VOREN: Undigested Past. The Holocaust in Lithuania, Amsterdam 2011.

Elisa-Maria Hiemer: Generationenkonflikt und Gedächtnistradierung. Die Aufarbeitung des Holocaust in der polnischen Erzählprosa des 21. Jahrhunderts. (Literatur und Kultur im mittleren Europa, Bd. 1.) Ibidem-Verl. Stuttgart 2012. 117 S. ISBN 978-3-8382-0394-2. (€ 24,90.)

Diese slawistische Masterarbeit behandelt unter ihrem einen größeren Überblick versprechenden Titel eingehend nur zwei Texte, die auf ähnliche Weise mit dem Generationen- und Erinnerungsbruch zwischen der Erlebnisgeneration des Holocaust und den Nachgeborenen umgehen: *Pensjonat* (2009) von Piotr Paziński und – in dieser Reihenfolge –

Ślicznoka doktora Josefa (2006) von Rudzka Zyta, die beide jüdische Altenheime in Polen als Szenerie für Erinnerungsreflexion nutzen. Die zwei Textanalysen zeichnen sich durch narratologische Präzision und feinsinnige Beobachtungen (etwa zur Doppelcodierung semantischer Räume) aus, ihre Einordnung in den Kontext der polnischen Erinnerungskultur verknüpft die beiden Bücher überzeugend mit den bereits bekannten Problemen im polnischen Gedächtnisdiskurs (Opfer-Konkurrenz zwischen Polen und Juden, polnischer Antisemitismus, Tabubereiche wie Sexualität im Konzentrationslager etc.). Elisa-Maria Hiemer liest die beiden Texte paradigmatisch als Zeugnisse einer allgemeineren Entwicklung gedächtnisbezogener Literatur zu Phänomenen der *postmemory* (Marianne Hirsch), also des Umgangs der Nachgeborenen mit den für sie nur noch mittelbar aus deren Erinnerungen fassbaren Erfahrungen der zunehmend alternden, vom Tod immer weiter ausgedünnten Erlebnisgeneration(en).

Den angekündigten „Generationenkonflikt“ vermag ich so freilich nicht recht zu entdecken – eher zeugt der etwas zu spektakuläre Titel von Besonderheiten der Textsorte „Masterarbeit“, die dazu verführt, mit möglichst breiten Themenstellungen einen größeren Anspruch an die eigene Arbeit aufzubauen, als dann die Konventionen der Prüfungspraxis (Zeit- und leider häufig auch wissenschaftsfeindliche Umfangsrestriktionen) tatsächlich umzusetzen erlauben. Weit ausholend entwirft auch H. im verhältnismäßig sehr umfangreichen Einleitungsteil Entwicklung und Zustand der polnischen Gedächtnisliteratur, ohne dazu doch wirklich Neues beitragen zu können. Um einen möglichst breiten Horizont bemüht kompiliert sie, ohne dies in jedem Einzelfall kenntlich zu machen und nicht immer ganz korrekt, aus zweiter Hand¹, was zu auffälligen bibliografischen Unstimmigkeiten führt: Der auf S. 106 f. zitierte Aufsatz von Birkmeyer findet sich an einer anderen Stelle² als der von H. angegebenen; Majchrowski ist nicht der Autor, sondern Sekundärquelle³ des Zitats des Schriftstellers Michał Zygmunt (S. 10), das nicht aus der im Text genannten Erzählung stammt, sondern aus einem Interview mit Zygmunt⁴; Jan Błoński auf S. 23 zitierter Aufsatz erschien nicht 1991 in den *Teksty Drugie*, sondern bereits 1990 etc. Pauschalierende Formulierungen zeugen auch im Bereich primärer Texte nicht immer von Lektüre dessen, wovon die Rede ist: Paweł Huelles Roman *Weiser Dawidek* spielt nicht „im Dorf“ (S. 27), sondern in Danzig (Gdańsk), inwiefern ausgerechnet Miłosz als Eintritt ins Exil 1953 erschienenen Buch *Zniewolony umysł* mit seiner Aufarbeitung der totalitaristischen Erfahrung, die auch eindringliche Schilderungen des NS-Terrors in Polen enthält, „das Primat der literarischen Erinnerung an den Holocaust angreifen“ (S. 21) will oder soll, erschließt sich mir nicht. Angesichts weiterer Unnötigkeiten (z.B. auf S. 102 die innerhalb der Arbeit dysfunktionale, unbeantwortete Frage, „inwiefern [bei Paziński] romantische Erzählstrategien zum Tragen kommen“: „Um [darüber] wirklich qualifizierte Aussagen treffen zu können [...], böte sich eine Beschäftigung mit dem Werk unter diesem Gesichtspunkt an“, die natürlich nicht erfolgt und mit der übrigen Argumentation auch nichts zu tun hätte) fragt man sich, ob der Autorin wirklich ein Gefallen damit getan wurde, ihre – publikationswerten – Ergebnisse in dieser durch institutionelle Zwänge überformten Gestalt zur Publikation freizugeben, oder ob nicht eine ihre tatsächliche Leistung freilegende

¹ U.a. PRZEMYSŁAW CZAPLIŃSKI: *Polska do wymiany. Późna nowoczesność i nasze wielkie narracje*, Warszawa 2009, und ZBIGNIEW MAJCHROWSKI, WOJCIECH OW CZARSKI (Hrsg.): *Wojna i postpamięć [Krieg und Post-Erinnerung]*, Gdańsk 2011.

² JENS BIRKMEYER: Thesen über ein zukünftiges Erinnern, in: DERS., CORNELIA BLASBERG (Hrsg.): *Erinnern des Holocaust? Eine neue Generation sucht Antworten*, Bielefeld 2006, S. 229-231.

³ ZBIGNIEW MAJCHROWSKI: *Ante portas*, in: DERS./OW CZARSKI (wie in Anm. 1), S. 9-16.

⁴ <http://www.wysokieobcasy.pl/wysokie-obcasy/2029020,53668,8643537.html> (12.06.2014).

konzentrierte Veröffentlichung in Form etwa zweier miteinander korrespondierender Aufsätze zu den beiden Texten zielführender gewesen wäre. Ihre konkrete Arbeit am von ihr gelesenen Text selbst ist ja stets überzeugend; die von mir vorgebrachte Kritik gilt deshalb weniger Schludrigkeitsfehlern im Einführungsteil einer im Kernbereich tatsächlich sehr guten Masterarbeit als der Betriebsblindheit, mit der durch äußere Vorgaben provozierte Schwachstellen einer Qualifikationsarbeit gedankenlos publiziert werden können. Die Autorin hätte Besseres verdient.

Marburg

Jürgen Joachimsthaler

Ágnes Tóth: Rückkehr nach Ungarn 1946-1950. Erlebnisberichte ungarndeutscher Vertriebener. (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 43.) Oldenbourg, München 2012. 389 S. ISBN 978-3-486-71206-3. (€ 49,80.)

Die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa am Ende des Zweiten Weltkriegs genießt seit Jahren in der deutschen Öffentlichkeit und der Geschichtswissenschaft verstärkte Aufmerksamkeit. Dieser Trend versperrt den Blick auf Phänomene, die diesem Narrativ zuwiderlaufen. In Schlesien und im Ermland konnten die meisten katholischen Deutschen in ihren Häusern bleiben, die Hälfte der ungarischen Deutschstämmigen wurde nicht vertrieben. Eine besondere Gruppe waren dabei Donauschwaben, die nach ihrer Aussiedlung – meist illegal – nach Ungarn zurückkehrten. Die Monografie von Ágnes Tóth basiert auf lebensgeschichtlichen Interviews mit 46 Rückkehrern.

Siedler aus den deutschen Ländern – zum Teil aus Schwaben – wurden ab dem 17. Jh. in den Ländern der Stephanskrone angesiedelt. Nach der Teilung der Habsburgermonarchie 1867 und der vollständigen Unabhängigkeit Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg wurden die sogenannten „Donauschwaben“ zu einer ethnischen Minderheit. In der Zeit des Nationalsozialismus wandte sich ein Großteil der Ungarndeutschen Hitlers Ideologie zu, sie sammelten sich im 1938 gegründeten Volksbund der Deutschen in Ungarn. Andere Deutschstämmige bekannten sich zwar zur deutschen Muttersprache, identifizierten sich aber als Ungarn. Diese Zuordnungen wurden 1941 bei einer Volkszählung erfasst. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs führte die Provisorische Nationalregierung eine Bodenreform durch, Besitzer größerer Ländereien wurden enteignet, viele Donauschwaben waren davon betroffen. Im Sommer 1945 entwickelte die ungarische Regierung den Plan, die Deutschstämmigen auszusiedeln. Der Alliierte Kontrollrat erklärte sich bereit, die Menschen im besetzten Deutschland aufzunehmen. Die erste Aussiedlungswelle fand in der ersten Jahreshälfte 1946 statt und betraf in erster Linie Mitglieder des Volksbundes, ca. 112 000 Personen.

Die amerikanischen Besatzungsbehörden wollten danach keine Umsiedler mehr aufnehmen, stattdessen erklärte sich die sowjetische Besatzungszone dazu bereit. Von August 1947 bis Juni 1948 fand dann eine zweite Vertreibungsaktion statt, 35 000 Menschen wurden in Zügen nach Deutschland geschafft. Größtenteils waren Deutschstämmige betroffen, die sich selbst als Ungarn identifizierten. Vor allem aus dieser Gruppe sind viele illegal nach Hause zurückgekehrt, ca. 8000 bis 10 000 Personen. Später war die Rückkehr im Rahmen der Familienzusammenführung auch mit offiziellen Papieren möglich. Ab 1950 legalisierten die ungarischen Behörden den Aufenthalt der illegal im Land lebenden Deutschen.

Bislang war die Geschichte dieser Rückkehrer nicht historiografisch aufgearbeitet worden. Da es kaum Quellen gibt, hat T., Direktorin des Instituts für Minderheitenforschungen der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, ein Oral History-Projekt durchgeführt. In den Jahren 2005/06 wurden 54 deutschstämmige Rückkehrer interviewt. Auf dieser

Grundlage erschien 2008 eine Monografie¹, die jetzt ins Deutsche übersetzt wurde. Der Band besteht aus drei Teilen: In einer historischen Einführung wird knapp in sehr gelungener Form die Aussiedlung und die Rückkehr der Donauschwaben nachgezeichnet und die Verknüpfung dieser Frage mit der damaligen politischen Lage in Ungarn dargestellt.

Im zweiten Abschnitt werden die methodischen Aspekte des Projektes diskutiert, soziografische Daten über die Interviewten wie Alter, Bildungsniveau, Beruf usw. dargestellt und 46 der durchgeführten Interviews analysiert. Dabei geht es um die Frage, wie bestimmte Ereignisse und Prozesse von den Zeitzeugen wahrgenommen wurden und heute erinnert werden. Wie in der Oral History-Forschung üblich, unterstreicht T., dass sich derartige Interviews kaum eignen, um harte Fakten zu erheben, sondern dass es um Erfahrungsgeschichte geht. Irreführend ist an dieser Stelle, dass sie viel mit Prozentangaben arbeitet („30 Prozent erwähnen ...“), handelt es sich doch um eine kleine Auswahl an Zeitzeugen, die nicht repräsentativ ist. Prozentangaben sind in so einem Fall wertlos.

Das letzte Kapitel ist der spannendste Teil des Buches, denn hier werden auf 200 Seiten ausführliche Auszüge aus 19 Interviews abgedruckt. Sie wurden stark redigiert, zudem ins Deutsche übersetzt, doch geben sie weiterhin sehr gut wider, wie die Menschen ihre Aussiedlung und Rückkehr wahrgenommen und verarbeitet haben und aus der heutigen Perspektive ihres späteren Lebens interpretieren. Faszinierend ist beispielsweise, dass die Menschen die Lebensbedingungen nach dem Krieg in Deutschland sowie nach der Rückkehr nach Ungarn oft sehr ähnlich beschreiben, aber die Parallelen nicht sehen, sondern zwei verschiedene Welten darstellen. Die Verhältnisse in Ungarn erinnern sie als weniger belastend. In Deutschland wurden sie als „ungarische Zigeuner“ wahrgenommen und oft sehr abweisend empfangen, in mehreren Fällen haben die Deutschen, denen die Donauschwaben zugewiesen wurden, sogar die Elektroinstallationen aus den Wohnungen ausgebaut. Zuhause wurden sie hingegen als „stinkende Schwaben“ beschimpft.

Für den wissenschaftlichen Wert der Publikation ist es von Nachteil, dass die Namen der Zeitzeugen mit Initialen abgekürzt und keine Angaben dazu gemacht werden, wo die Interviews zugänglich sind. Damit ist die in der Wissenschaft notwendige Überprüfbarkeit außer Kraft gesetzt. Eine Adaption des eigentlich an ein ungarisches Publikum gerichteten Buches an eine deutsche Leserschaft wäre sinnvoll gewesen. Für die Forschung zur Geschichte der Ungarndeutschen und insbesondere zu Migrationsprozessen nach dem Zweiten Weltkrieg leistet der Band jedoch einen erheblichen Beitrag.

Berlin

Roland Borchers

¹ TÓTH ÁGNES: Hazatértek. A németországi kitelepítésből visszatért magyarországi németek megpróbáltatásainak emlékezete [Heimgekehrt. Erinnerungen von Ungarndeutschen, die nach der Vertreibung zurückkehrten], Budapest 2008.

Communism Unwrapped. Consumption in Cold War Eastern Europe. Hrsg. von Paulina Bren und Mary Neuburger. Oxford Univ. Press. Oxford – New York 2012. IX, 413 S., Ill. ISBN 978-0-19-982767-1. (€ 22,60.)

This volume provides fifteen excellent essays on various cultural, economic and political aspects of consumption in state socialism. It is generally agreed upon that contemporary research on practices of consumption was influenced by *Style and Socialism* and *Socialist Spaces*, two highly acclaimed volumes on material culture and aesthetics of everyday life in communism.¹ *Communism Unwrapped* is a significant step forward to better under-

¹ SUSAN E. REID, DAVID CROWLEY (Hrsg.): *Style and Socialism. Modernity and Material Culture in Post-War Eastern Europe*, Oxford – New York 2000; DIES. (Hrsg.): *Socialist Spaces. Sites of Everyday Life in the Eastern Bloc*, Oxford – New York 2000.

standing of the history of postwar Eastern Europe. The essays focus on two particular aspects of consumption practices. The first is a social history of particular commodities such as coffee, tobacco and alcohol in the context of “actually existing socialism” and cultural practices related to these products. The second issue is the development of systems of distribution of consumer goods and services as organized by the state apparatus or by citizens within the framework of the informal economy.

In most academic and popular books on the history of postwar Eastern Europe, the state is frequently discussed as an apparatus of repression for which power over people’s lives is the ultimate goal itself. One of the greatest strengths of *Communism Unwrapped* is that the essays as well as the informative introduction by editors Paulina Bren and Mary Neuburger successfully challenge this image, showing that one of the most significant agendas of state policies was to develop complex systems for providing citizens with a “good life”. This imaginary “good life” was equated with access to good quality and aesthetically appealing commodities as well as convenient access to services. In discussing such systems, the authors show how several factors such as political constraints, corruption, or bad economic planning laid bare the shortcomings of these distribution systems.

Weaknesses of such state-organized systems led to the development of informal economies frequently referred as “economic pathologies” in media discourse, where commodities were offered outside of the organized state system. The history of shadow economies discussed in the volume is not a simple heroic history of creative entrepreneurs who successfully applied their trading skills; it is also a history of abuses of official distribution systems by such entrepreneurs who managed to get access to official distribution channels, bought up commodities and sold them at much higher black market prices. The last chapter on Polish trade tourists in the GDR by Mark Keck-Szajbel provides a suitable epilogue for the book. This essay discusses how Polish authorities encouraged citizens to engage in trade tourism and travel to the GDR to acquire consumer goods from German stores. Behind this strategy for coping with domestic shortages was a more structural context of abuse of the state distribution systems. This example also shows a common trait of all distribution systems discussed in the volume, namely the symbiosis of state distribution systems and informal economies. For instance, the success of Czech *veksláks* discussed by Bren as well as their Polish *cinkeciarze* counterparts was only possible because of the state Tuzex and Pewex hard currency department stores that aimed to collect convertible currencies from citizens who earned these abroad.

In her detailed study of American economic influence on the lives of Europeans in the 20th century, Victoria de Grazia shows how American salesmanship steadily replaced traditional European systems of distribution of commodities on the market.² *Communism Unwrapped* shows a different world where state-organized systems of salesmanship existed in a symbiosis with informal economies. By demonstrating how different consumer cultures existed on both sides of the Iron Curtain, de Grazia’s work combined with *Communism Unwrapped* help us to better understand the differences between the postwar cultural histories of both halves of Europe.

The book also has another excellent feature. Besides its excellent academic qualities it provides highly enjoyable reading. The popularity of the history of consumption and advertisement in recent years has been fueled by the highly acclaimed television series *Mad Men*. *Communism Unwrapped*, which covers for the most part the same historical period as *Mad Men*, is a “mad men socialist style”, highlighting state-owned company managers, advertisers and representatives of state institutions tasked with shaping the practices of consumption and tastes of socialist consumers. One of the most entertaining episodes in

² VICTORIA DE GRAZIA: *Irresistible Empire. America’s Advance through Twentieth-Century Europe*, Cambridge/MA, London 2005.

the book is provided by Mary Neuburger in her study of the tobacco industry. While discussing marketing strategy of Bulgartabak company she describes a focus group study that included several Czech chain-smokers with the deputy minister of trade, who were asked to judge the taste, quality and "smoking experience" of cigarettes provided by Bulgartabak (p. 91).

The essays in *Communism Unwrapped* are very diverse; not only do the authors cover virtually all of Eastern Europe in their studies, they also cover various aspects of consumer culture in state socialism: state policies, development of consumer infrastructure as well as cultural practices of consumption of particular commodities. The essays are based on extensive academic research, including archival research and interviews with witnesses. This volume will help to establish a trend in social and cultural history of Eastern Europe and we can expect more studies on consumer culture in this region in the future.

Wrocław

Patryk Wasiak

Daniel Limberger: Polen und der „Prager Frühling“ 1968. Reaktionen in Gesellschaft, Partei und Kirche. Lang. Frankfurt am Main u.a. 2012. 590 S. ISBN 978-3-631-62259-9. (€ 89,90.)

In seiner Freiburger Dissertation befasst sich Daniel Limberger mit der Rezeption des Prager Frühlings in Polen zwischen Frühjahr und Sommer 1968, d.h. bis kurz nach dessen Niederschlagung durch Truppen des Warschauer Paktes. Er unterscheidet dazu drei Sphären, in denen der tschechoslowakische Reformprozess diskutiert wurde: eine im weitesten Sinne verstandene Gesellschaft, die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei und die katholische Kirche, worunter nur der Klerus verstanden wird. L. greift dazu auf umfangreiche Bestände in polnischen Archiven zurück. Einführend bedauert der Vf., angesichts der Fülle an Material nicht alle seine Funde in der Arbeit berücksichtigen zu können, benennt damit zugleich aber das grundlegende Problem seiner Darstellung, nämlich das Missverhältnis zwischen Quellen und Analyse. Trotz des beeindruckenden Quellenmaterials und gut 530 eng bedruckter Textseiten bleiben seine Erkenntnisse unkonkret und für den Leser nur schwer lesbar.

Der Vf. organisiert seine Studie thematisch entlang der benannten Sphären, innerhalb derer er einer chronologischen Beschreibung sowie den wichtigsten propagandistischen Topoi in der Volksrepublik Polen wie dem „deutschen Komplex“ oder dem „Zionismus-Komplex“ folgt. Grundsätzlich schränkt L. immer wieder ein, dass der Prager Frühling nur in den ersten Tagen nach seiner Niederschlagung auf ein gesteigertes Interesse in der polnischen Öffentlichkeit gestoßen sei, und führt dies u.a. auf die Studentenproteste vom März 1968 und die folgende antisemitische Kampagne zurück, die gesellschaftlichen Protest gehemmt hätten. Zudem sei in allen untersuchten Sphären Widerspruch gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings nur sehr gering verbreitet gewesen und in aller Regel auf die Kritik an einer polnischen Beteiligung beschränkt geblieben. Auch innerhalb der katholischen Kirche war demnach keine grundsätzliche Opposition zu erkennen. Bestätigen kann L. hingegen z.B. die in der Forschung bekannte Bedeutung antideutscher Propaganda für die Legitimation sozialistischer Herrschaft, die in der verbreiteten Sorge, dass die Tschechoslowakei Anlehnung an die Bundesrepublik suchen könnte, ihren Ausdruck fand. Dagegen habe das Feindbild eines vermeintlich virulenten Zionismus in der polnischen Rezeption des Prager Frühlings nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

Diese durchaus plausiblen und mit der Forschung in Einklang zu bringenden Ergebnisse sind jedoch nur schwer nachzuvollziehen, da der Darstellung Struktur und oft auch eine klare Argumentation fehlen. Bei seiner eingehenderen Betrachtung der polnischen Reaktionen auf den Prager Frühling beschränkt sich L. auf die Wiedergabe und Besprechung der untersuchten Aktenmaterialien und vermeidet eine konkretere Differenzierung, wofür nun diese von staatlichen und parteilichen Stellen angefertigten Berichte als Quelle stehen.

Problematisch ist besonders die mangelnde Reflexion, dass es sich um Meldungen an höhere Dienststellen bzw. Berichte des Staatssicherheitsdienstes handelte, die der Vf. hier als alleinige Quelle für eine gesellschaftliche Rezeption heranzieht. Allein die große Ähnlichkeit der Berichte aus den unterschiedlichen Region legt dem Vf. zufolge den Schluss nahe, dass die untersuchten Berichte „kaum der Erfindung einzelner Informanten entsprungen [seien], sondern [...] wirkliche Meinungsäußerungen“ (S. 17) darstellen. Unabhängig von der Wirkmächtigkeit sozialistischer Vorstellungswelten auch auf staatsferne Bevölkerungsgruppen vereinfacht dies die Quellengattung ungemein und führt in weiten Passagen zu einem Ausbleiben notwendiger Quellenkritik. Zum Vergleich sei auf Klaus Bachmanns Studie zur Meinungsforschung in der Volksrepublik Polen verwiesen, die zeigen konnte, dass staatliche Stellen durchaus auf unabhängige und offensichtlich unverfälschte Umfragen vertrauten, um gesellschaftliche Stimmungen einzuschätzen. In Krisenmomenten wie der antisemitischen Kampagne 1968 wurden solche Untersuchungen dagegen aus offenkundigen Gründen gar nicht erst in Auftrag gegeben.¹ Die von L. untersuchten Berichte über gesellschaftliche Reaktionen auf den Prager Frühling, von Dienststellen von Staat und Partei für übergeordnete Organe angefertigt, zeugen so zunächst von der inneren Logik dieses Apparats.

Neben Quellen aus dem Warschauer Zentrum behandelt L. insbesondere die Überlieferung lokaler Parteikomitees, Woiwodschaftskomitees und Kreiskomitees. In der Darstellung vermischt er diese unterschiedlichen Orte jedoch völlig, wenn der Leser z.B. auf einer einzelnen Seite durch ganz Polen geführt wird. So entsteht ein Gesamtbild, das aufgrund einer allgemeinen inhaltlichen Ordnung Quellen aneinanderreihet, ohne diese zu kontextualisieren oder auch nur tiefergehend zu betrachten. Dass zahlreiche Quellen ausführlich wiedergegeben werden, immer wieder in der Dopplung von Zitat und Paraphrase, trägt zum großen Umfang der Studie bei. Trotz eines Sach- und Ortsregisters ist sie wegen ihrer additiven und oft redundanten Darstellung für den Leser nur schwer zugänglich, und ihr konkreter Erkenntnisgewinn bleibt beschränkt.

Dies liegt auch darin begründet, dass der Vf. in seine Ausführungen keine Forschungsbeiträge einbindet, sondern im 400-seitigen Hauptteil allein auf archivalische Quellen vertraut. Überhaupt ist die Auswahl der Sekundärliteratur stark eingeschränkt und bezieht sich auf wenige deutsch- oder polnischsprachige Positionen, wogegen die englischsprachige Forschung nahezu und die tschechische Geschichtswissenschaft, so nicht in Übersetzung vorliegend, gänzlich ausgeklammert wird. Darüber hinaus bleiben Arbeiten zu den Sinn- und Lebenswelten in der Volksrepublik Polen oder zur staatlichen Propaganda und Legitimationsstrategie unberücksichtigt, die eine Einordnung der Quellenfunde in den weiteren Kontext der Ära Gomułka und der Volksrepublik an sich ermöglichen hätten.

Auch wenn der Vf. mit seiner ausführlichen Archivrecherche Polen sehr breit abgedeckt hat, vermag es seine Studie nicht, die vorhandene Forschungslücke zu schließen.

Bonn

Gregor Feindt

¹ Vgl. KLAUS BACHMANN: *Repression, Protest, Toleranz. Wertewandel und Vergangenheitsbewältigung in Polen nach 1956*, Wrocław 2010, S. 25.

Thea D. Boldt: Die stille Integration. Identitätskonstruktionen von polnischen Migranten in Deutschland. (Biographie- und Lebensweltforschung, Bd. 11.) Campus-Verl. Frankfurt am Main u.a. 2012. 223 S. ISBN 978-359-33949-6-1. (€ 34,90.)

Ausgehend vom empirischen Phänomen, dass polnische Migrantinnen und Migranten in Deutschland wenig mediale Aufmerksamkeit erlangen und als beispielhaft integriert gelten, befasst sich Thea D. Boldt in ihrer Studie mit den Lebensgeschichten von Menschen unterschiedlicher Altersstufen, Herkunft und beruflicher Qualifikationen, die aus Polen kommend heute in Deutschland leben. Die biografiethoretische, qualitative Studie geht von einem prozesshaften Identitäts- und Ethnizitätsbegriff aus und grenzt sich von

quantitativen, oft ökonomisch motivierten Studien über Migration ab. Ihre empirischen Beispiele und theoretischen Verallgemeinerungen geben ein differenziertes Bild von den komplexen Familien- und Lebensgeschichten, die hinter Migration und Integration stehen.

Die Monografie beruht auf dem Promotionsprojekt der Vf., für das sie biografisch-narrative Interviews geführt und fallrekonstruktiv ausgewertet hat. Die methodische Herangehensweise ermöglicht eine Annäherung an die Alltagserfahrungen der Biograf/inn/en und eine Antwort auf die Frage nach den Identitätskonstruktionen polnischer Migrant/inn/en in Deutschland.

Nachdem sie in die Thematik eingeführt und die Relevanz der Fragestellung begründet hat, widmet sich B. knapp der Geschichte der Migration von Polen nach Deutschland anhand von Sekundärliteratur, die sich vor allem mit Arbeitsmigration beschäftigt. Die Problematik der Staatsangehörigkeit, Volkslistenzugehörigkeit und Spätaussiedleranerkennung wird ebenfalls beleuchtet. Einen stärkeren Fokus legt die Vf. auf die theoretische Rahmung und den Versuch, den diversifizierten Identitätsbegriff zu klären. Sie bezieht sich hier vor allem auf die Arbeiten von George Herbert Mead, Maurice Halbwachs und Aleida Assmann sowie auf empirische Studien zu Identität, Migration und Biografie.¹

Kernstück des Buches ist die Rekonstruktion von drei empirischen Fällen polnischer Migrant/inn/en in Deutschland. Deren Auswahl erfolgte im Paradigma der *grounded theory* anhand sich maximal unterscheidender Fälle. Es wird sehr gut herausgearbeitet, in welcher Form die kollektive Geschichtsdeutung, verschiedene Erinnerungskulturen und familial tradierte Deutungsmuster in den biografischen Konstruktionen zusammenspielen. Historisch belesene Rezipient/inn/en des Buches werden die Quellennachweise für historische „Fakten“ teils vermissen. Da es sich aber um eine soziologische und nicht historische Studie handelt, stehen die sozialen Handlungs- und Deutungsweisen im Vordergrund. Vor allem die Genese bestimmter Handlungsmuster und ihre heutige biografische Präsentation im Kontext von Migration und Diskriminierungserfahrungen werden rekonstruiert. Die Vf. verwendet zahlreiche Textbelege aus den Interviews, was die Hypothesenbildung sehr gut nachvollziehbar und die Rekonstruktionen plastisch macht. Leider lassen sich an keiner Stelle die polnischen Originaltexte finden. Dabei wollte nur einer der Interviewpartner/innen das Interview auf Deutsch führen, alle anderen wählten die polnische Sprache. So lässt sich das Buch im deutschen Sprachraum zwar besser lesen, aber es entsteht auch der falsche Eindruck, dass es sich hier tatsächlich um völlig integrierte bzw. assimilierte Migrant/inn/en handelt, die perfekt Deutsch sprechen.

In der abschließenden Zusammenführung von Theorie und Empirie verallgemeinert die Vf. ihre empirischen Ergebnisse hin zu drei Idealtypen im Sinne Max Webers, die über den Einzelfall hinaus auf kollektive Erklärungsmuster verweisen. Der erste Fall repräsentiert den polnischen Traditions-Typus. Charakteristisch für diesen Typus ist vor allem der Bezug auf den kollektiven Kampf für die polnische Identität und die polnische Nation sowie das interpretierte Leiden unter deutscher und russischer bzw. sowjetischer Besatzung. Das in der Familie erlebte Leid im Zweiten Weltkrieg wird in einen Deutungszusammenhang gesetzt mit den Diskriminierungserfahrungen, die als Migrant/in in Deutschland gemacht werden.

Vertreter/innen des zweiten, deutsch-polnischen Ambivalenz-Typus stammen oft aus deutsch-polnischen Familien, und ihre ethnische Zugehörigkeit wurde und wird je nach politischen Umständen betont, gedeutet bzw. in der Retrospektive auch umgedeutet. Die Verlusterfahrungen im Zweiten Weltkrieg führten für die Vertreter/innen dieses Typus zu Brüchen und Entwurzelung. Mit der Migration nach Deutschland wird der Versuch unter-

¹ Vgl. z.B. die klassische Studie von WILLIAM ISAAC THOMAS, FLORIAN ZNANIECKI: *The Polish Peasant in Europe and America*, Chicago 1918.

nommen, Kontinuitäten zu schaffen und als Spätaussiedler oder Vertriebene Anerkennung zu finden. Dies gelingt den Biograf/inn/en jedoch meist nicht. Daher weisen die Identitätskonstruktionen im Spannungsfeld administrativen „Deutsch-Seins“ und erlebter Diskriminierungen aufgrund des „Polnisch-Seins“ weitere Ambivalenzen auf.

Als dritter Typus wird der polnische Ethnisierungstypus rekonstruiert. Für diesen ist charakteristisch, dass das „Polnisch-Sein“ erst nach der Migration nach Deutschland relevant wurde. Die Präsentation der Biografien erfolgt losgelöst von der Familien- und Kollektivgeschichte, d.h. die lange Tradition deutsch-polnischer Konflikte, wie beispielsweise beim Traditions-Typus, findet sich hier nicht. Stattdessen verändert sich die Selbstwahrnehmung im Wechselspiel mit den Fremdzuschreibungen und Diskriminierungserfahrungen. Auch wenn beispielsweise eine deutsche Staatsangehörigkeit gegeben ist, aber durch das soziale Umfeld immer wieder die Fremdzuschreibung als „der/die Andere“ erfolgt, bleibt für viele nur die Identitätskonstruktion als Pole/Polin. Vertreter/innen dieses Typus finden Zugehörigkeit nur bei anderen polnischen Migrant/inn/en und zelebrieren das typische Polnische in Kulturvereinigungen oder polnischen Kirchengemeinden. Auch wenn die Vf. eine qualitative und keine auf Häufigkeiten basierende Studie vorlegt, so bemerkt sie doch, dass der dritte Typus in ihrem Sample am häufigsten auftritt.

Die Studie leistet einen wichtigen Beitrag, um die Perspektive der polnischen Migrant/inn/en selbst einzubringen und statt statistischer Erhebungen zu Migration alltagsweltliche Erfahrungen zu berücksichtigen. Die Vf. arbeitet sehr gut heraus, wie die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte und das schwierige Verhältnis trotz politischer Entspannung heute auf der biografischen Erlebens- und Erzählebene fortwirken. Die historische Einbettung hätte jedoch noch stärker herausgearbeitet werden können, um auch die Diskursebene mehr in den Fokus zu rücken. Als wichtigstes Fazit bleibt festzuhalten, „dass die Erfahrungen von Familienmitgliedern im Zweiten Weltkrieg bis heute einen wichtigen Referenzrahmen für die polnischen Identitätskonstruktionen in Deutschland bilden und die Verortung der Migranten in der deutschen Gesellschaft beeinflussen“ (S. 199).

Der Titel *Die stille Integration* wirkt meines Erachtens allerdings etwas irreführend. Zwar geht B. auf die Komplexität des Phänomens der Migration und auch auf die Schwierigkeiten des Lebens von Polinnen und Polen in Deutschland ein, aber der Terminus „Integration“ wird weder näher reflektiert noch diskutiert, lediglich zu Beginn und am Ende erfolgt unter Einbezug von Sekundärliteratur auf wenigen Seiten eine Auseinandersetzung. Die Monografie bietet vielmehr wertvolle Erkenntnisse zur wechselhaften deutsch-polnischen Erfahrungs- und Erinnerungskultur auf der Ebene der Alltagshandelnden und zu ihren Auswirkungen auf heutige soziale Probleme und Fragestellungen.

Marburg

Ina Alber

Borders and Border Regions in Europe. Changes, Challenges and Chances. Hrsg. von Arnaud Lechevalier und Jan Wielgohs. transcript. Bielefeld 2013. 269 S., graph. Darst., Kt. ISBN 978-3-8376-2442-7. (€ 34,80.)

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks wurden europäische Grenzen und Grenzregionen zu einem wichtigen Forschungsthema für verschiedene wissenschaftliche Disziplinen. Seit Mitte der 1990er Jahre erlebte die Grenzregionen-Forschung dann einen wahren Boom, wie die Gründung zahlreicher Lehrstühle und Institute, die sich ausschließlich mit diesem Themenkomplex beschäftigen, belegt. Im ersten Teil des anzuzeigenden Sammelbandes, der aus einem Projekt zur deutsch-französische Zusammenarbeit an der Deutsch-Französischen Hochschule resultiert, werden jene theoretischen Ansätze diskutiert, die in Grenzregionstudien zum Tragen kommen. Bastian Sendhardt, Politikwissenschaftler, führt in das Konzept „Debordering/Rebordering“ ein und bietet einen Literaturüberblick zum Thema „Grenzen“. Die Sozialwissenschaftlerin Sabrina Ellbrecht nutzt Georg Simmels Konzept der Raumqualitäten für ihre Analyse des EU-Grenzregimes im Mittelmeerraum.

Der zweite Teil behandelt die institutionelle Zusammenarbeit in Grenzregionen. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Barbara A. Despiney Zochowska analysiert die Bedeutung der Euroregionen für die wirtschaftliche Entwicklung in jenen Gebieten. Am Beispiel der beiden ältesten Grenzregionen – der 1991 gegründeten Euroregion Neisse in der deutsch-polnisch-tschechischen Grenzregion und der 1993 gegründeten Euroregion Karpaten, zu der Polen, die Slowakei, Ukraine, Ungarn und Rumänien gehören – stellt die Autorin verschiedene wirtschaftliche und kulturelle Aktivitäten dar. Die Geografin Roswitha Ruidisch zeigt am Beispiel der deutschen-tschechischen Grenze (Sachsen, Bayern, Böhmen) auf, dass die Interessen in Bezug auf die territoriale Kohäsion sehr unterschiedlich sind: Landschaftsplaner wollen eine territoriale Kohäsion, um so mehr Unterstützung für die Raumplanung zu erhalten. Ökonomen nutzen die territoriale Kohäsion, um die Konkurrenzfähigkeit zum Ausdruck zu bringen. Private Firmen dagegen wünschen sich die territoriale Kohäsion, um Subventionen für ihren Produktionsprozess zu akquirieren.

Sehr gelungen scheint der dritte Teil über „Identities and Stereotypes in European Border Regions“. Hier werden überwiegend Stereotype behandelt, die entweder als positive oder negative Wahrnehmung des Anderen verstanden werden. Antje Schönwald, Ethnologin und Kulturwissenschaftlerin, analysiert Stereotype und den Prozess der Identitätsbildung in Europas größter Grenzregion, dem „Saar-Lor-Lux“-Raum. Die Studie basiert auf qualitativen Interviews mit den in der Region für Bildung, Wirtschaft, Kultur, Politik, Arbeitsmarkt und Umwelt Verantwortlichen. Ihr erstes Ergebnis lautet, dass Stereotype sowohl positive als auch negative Folgen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit haben können. Zweitens gibt es im „Saar-Lor-Lux“-Raum verschiedene Identitäten, die sich gegenseitig ergänzen und in unterschiedlichem Ausmaß zum Ausdruck kommen. Zu diesen gehören z.B. europäische, grenzüberschreitende, kulturelle und transnationale Subidentitäten. Die Politikwissenschaftlerin Angela Siebold präsentiert anhand von Debatten über das Schengen-Abkommen in deutschen, französischen und polnischen Medien die negative Wirkung von Stereotypen. Nach dem Inkrafttreten des Abkommens 1995 avancierten ein effektiver Schutz und die Konsolidierung der deutsch-polnischen Grenze als der neuen EU-Außengrenze für die französische wie auch die deutsche Tagespresse zum wichtigsten Thema hinsichtlich der EU. Polnische Zeitungen konzentrierten sich dagegen auf den Grenzverkehr und die langen Staus an den Grenzübergängen. Nach dem Schengen-Beitritt Polens sowie anderer ostmittel- und osteuropäischer Staaten im Jahr 2007 konnte man in deutschen und französischen Medien ähnliche Ängste in Bezug auf die Ostgrenze Polens, nunmehr die EU-Außengrenze, registrieren wie 1995. In den polnischen Debatten kamen Ängste vor dem Verlust der nationalen Identität und Darstellungen über einen „neuen Eisernen Vorhang“ zum Ausdruck. Sie gelangt zu dem Schluss, dass sich die negativen Stereotype in den letzten zwanzig Jahren kaum verändert hätten. Die Soziologin Jacqueline Flack zeigt darüber hinausgehend auf, dass Stereotype über Generationen hinweg überleben können, auch wenn nationale bzw. territoriale Grenzen längst überwunden sind. Für ihre Analyse nutzt sie die „Dritte Generation der Ostdeutschen“, die zwischen 1975 und 1985 geboren und in den 1990er Jahren sozialisiert wurden. Als Konsequenz der Konfrontation mit einem „anderen Deutschland“ (S. 147) nach 1989 begannen Westdeutsche unter dem Einfluss westdeutscher Medien Vorstellungen von Ostdeutschen zu konstruieren, die bereits existierende Vorurteile gegen DDR-Bürger weiter pflegten.

Der vierte Teil des Bandes beschäftigt sich ausschließlich mit der deutsch-polnischen Grenzregion. Agata und Paweł Ładykowski analysieren die Entwicklung der deutsch-polnischen Nachbarschaft am Beispiel der Region Stettin (Szczecin). Sie zeigen auf, dass es ungeachtet solcher Hindernisse wie Grenzziehung, Vertreibungen oder Sprachbarriere immer auch einen grenzüberschreitenden Austausch gab, der überwiegend auf wirtschaftlichen Interessen basierte. Bianca Szytniewski untersucht Gefühle der Fremdheit und Nichtvertrautheit, die in den einzelnen Perioden der offenen und geschlossenen Grenze herrschten. Sie konstatiert, dass sich die polnischen Einwohner der Grenzregion nach der Grenzöffnung weiterhin für die andere Seite der Grenze interessierten, wo ihnen das Auf-

finden des Unbekannten und Neuen attraktiv schien – ein Phänomen, das schrittweise in ihre Alltagsroutine integriert wurde. Das entsprechende Interesse der deutschen Einwohner sei dagegen sehr verhalten gewesen – vielleicht, weil nach der Wiedervereinigung viele Ostdeutsche nach neuen Möglichkeiten in Westdeutschland suchten und sich kaum Zeit für die Erforschung des Neuen im Osten nahmen. Der Aufsatz von Thomas Serrier reicht zeitlich viel weiter zurück. In seiner Fallstudie analysiert er die verschiedenen Stufen der Erinnerung in Ostpreußen, Danzig, Großpolen und Schlesien und fragt, inwieweit die Geschichtskultur die geografische Wahrnehmung dieser Territorien determinierte und bis zu welchem Grad genau umgekehrt die Wahrnehmung die Geschichtskultur beeinflusste. Er gelangt zu dem Ergebnis, dass sowohl in der weiter zurückliegenden Vergangenheit als auch heute beiderseits der Grenze ein traditioneller Opferdiskurs festzustellen ist. Eloi Piet stellt dar, wie sich die Perspektive der französischen Diplomaten auf die deutsch-polnische Grenze zwischen 1940 und 1950 immer wieder veränderte. Langfristig gesehen verlangte Frankreich von Westdeutschland die Anerkennung der bestehenden deutsch-polnischen Grenze als Bedingung für die französische Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung.

Im abschließenden Teil werden Regionen behandelt, die großen Einfluss auf die EU-Außenbeziehungen und die Frage einer weiteren Integration haben. Giulia Prelz Oltramonti zeigt am Beispiel der post-sowjetischen *de facto*-Staaten Südossetien und Abchasien, wie das Zusammenspiel verschiedener Akteure in der Region die Grenzen in der Zwischenkriegsphase 1992/94-2008 entweder dichter oder durchlässiger gestaltete. Einmal mehr bestätigte sich die These, dass wirtschaftliche Interessen einen entscheidenden Impuls für die Lockerung eines Grenzregimes geben können, auch wenn es nur um eine wirtschaftliche Grauzone mit illegalem Handel geht. Simon Falke zeigt am Beispiel des Konflikts zwischen Israel und Palästina auf, dass der Wunsch nach einem Zaun, der trennt, ganz eng mit den Ängsten der Einwohner der Grenzregion in Verbindung steht.

Insgesamt bietet der Sammelband einen gelungenen Überblick zum Thema „Grenzen/Grenzregionen“. Er ist interdisziplinär angelegt und behandelt unterschiedliche Regionen Europas und der Welt. Grenzregionen-Forschern kann man ihn nur empfehlen. Er hat keinen Index, wohl aber ein Autorenverzeichnis.

Sønderborg

Katarzyna Stokłosa

Anzeigen

Andrzej Pleszczyński: The Birth of a Stereotype. Polish Rulers and their Country in German Writings c. 1000 A.D. (East Central and Eastern Europe in the Middle Ages, 450-1450, Bd. 15.) Brill. Leiden 2011. 448 S. ISBN 978-90-04-18554-8 (€ 137,-) – In der von Florin Curta seit 2008 herausgegebenen Publikationsreihe, die neben Originalausgaben auch Übersetzungen von Werken publiziert, die von Historikern aus dem östlichen Mitteleuropa stammen, liegt die englischsprachige Ausgabe einer 2008 auf Polnisch erschienenen Monografie¹ vor, die detailliert die Wahrnehmung und Stereotypisierung der frühen piastischen Herrschaftsbildung bis zu deren Krise in den 1030er Jahren untersucht. Es handelt sich um keine reine Übersetzung, sondern um eine umsichtige Bearbeitung, bei der leider auf die der polnischen Ausgabe beige-

¹ ANDRZEJ PLESZCZYŃSKI: Niemcy wobec pierwszej monarchii piastowskiej (963-1034). Narodziny stereotypu. Postrzeganie i cywilizacyjna klasyfikacja władców Polski i ich kraju [Die deutsche Einstellung zur ersten piastischen Monarchie (963-1034). Die Geburt eines Stereotyps. Die Wahrnehmung und zivilisatorische Einstufung der Herrscher Polens und ihres Landes], Lublin 2008, und dazu die Rezension in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 58 (2009), S. 399-401.

gebenen Abbildungen verzichtet wurde. Jedes der drei Kapitel, die die Herrschaft Mieszkos, Bolesław Chrobry und Mieszkos II. betreffen, ist mit einem neuen orientierenden Abschnitt über den behandelten Zeitabschnitt versehen. Der wissenschaftliche Apparat ist bearbeitet, durch einige neue Titel ergänzt, in den Anmerkungen etwas gestrafft und im Literaturverzeichnis um die Vornamen der Autoren ergänzt, wobei diese allerdings in einigen Fällen (Goetz, Henning, Hlawitschka, Orth, Prochno) fehlerhaft angegeben sind. Im Personenregister irritieren einige Charakterisierungen, etwa von Bernhard von Clairvaux als „church ideologist“, Heribert von der Wetterau als „count of Rhineland“ oder Stephan I. von Ungarn als „the Great“. Der Sitz der Bischöfe von Verden wird – wie in der polnischen Ausgabe – irrtümlich als „Werden“ geführt.

Marburg

Norbert Kersken

The Expansion of Central Europe in the Middle Ages. Hrsg. von Nora Berend (The Expansion of Latin Europe, 1000-1500, Bd. 5.) Ashgate Variorum. Farnham u.a. 2012. XXXVI, 507 S. ISBN 978-1-4094-2245-7. (€ 166,99.) – Im Rahmen einer auf 13 Einzelbände angelegten Publikationsreihe über die Expansion des lateinischen Europa im Mittelalter legt die in Cambridge lehrende Mediävistin Nora Berend einen Sammelband vor, der in 20 englischsprachigen Aufsätzen amerikanischer, deutscher, englischer, polnischer, tschechischer und ungarischer Autoren jenes Phänomen beleuchtet, das in der Forschung lange Zeit unter dem Stichwort „Ostkolonisation“ oder „Ostsiedlung“ behandelt wurde. Wer nun erwartet, dass unter dem modifizierten Label der Reihe – „Expansion“ – der dem östlichen Mitteleuropa gewidmete Band im Jahr 2012 durchgehend innovativ daherkommt, wird allerdings enttäuscht. Denn der Band versammelt zur Hälfte (fotomechanische) Nachdrucke von älteren, vor 1989 erschienenen (zu einem guten Teil veralteten, in einem Fall auch gekürzten) Arbeiten. Diese älteren Arbeiten dominieren im ersten Teil des Bandes („The Question of German Expansion and Colonization in Central Europe“), der mit einschlägigen Aufsätzen von James W. Thompson, Richard Koebner, Hermann Aubin und Geoffrey Barraclough aus den 1920-40er Jahren eröffnet wird, auf die zwei Aufsätze von Walter Kuhn und František Graus aus den frühen 1970er Jahren und zwei jüngere Arbeiten von Martin Rady (1998) und Jan M. Piskorski (2004) folgen. Hier, wie auch in der konzisen Einleitung der Hrsg. wird deutlich, dass ein wesentliches Anliegen des Bandes darin besteht, dem angelsächsischen, in erster Linie studentischen Publikum einen brauchbaren Reader an die Hand zu geben, der ihm einen guten historiografiegeschichtlichen Überblick über einen Themenkomplex ermöglicht, der der angelsächsischen Mediävistik ansonsten eher fern steht. In diesem Sinn ist der Hrsg. in der Tat eine kluge Mischung von Arbeiten und Autoren gelungen, die in ihrer Zeit jeweils maßgebend waren und die einschlägige Forschung grundlegend bestimmt haben. Das gilt auch für die Teile 2-4 des Bandes, die jeweils einem Land – Böhmen, Ungarn, Polen (einschließlich Pommern) – gewidmet sind, in denen nun aber eine größere Zahl jüngerer Arbeiten aus den Jahren 1998-2007 sowie drei bislang unpublizierte Originalbeiträge (Lisa Wolverson über „Germans and Slavs in 13th-Century Bohemia: Some preliminary remarks on immigrants and law“, Attila Bárány über „The Expansions of the Kingdom of Hungary in the Middle Ages (1000-1490)“ und Stanisław Rosik über „Pomerania and Poland in the 10th to 12th Centuries: The expansion of the Piasts and shaping political, social and state relations in the seaside Slav communities“) geboten werden. Die Wiederabdrucke der ausgewählten, zum Teil bereits „klassischen“ Studien von Josef Žemlička (deutsches Original 2002), Erik Fügedi / Janos M. Bak (deutsches Original 1998), Marian Z. Jedlicki (1950), Aleksander Gieysztor (1968), Benedykt Zientara (1970), Paul Knoll (1989), Leonard E. Scales (1999) und Piskorski (2002) sowie die drei Originalbeiträge entfalten zusammen ein solides Panorama der west- bzw. mitteleuropäischen Migrationen in das östliche Mitteleuropa, der Interaktionen zwischen Zuwanderern und indigener Bevölkerung, der rechtlichen und wirtschaftlichen Dimensionen des Landesausbaus, der Siedlungsentwicklung, der inneren politischen Stärkung und äußeren Expansion der sich in diesem Kontext modernisierenden drei ostmitteleuropäischen Monarchien. Dass der Band auf diese Weise die grundlegenden hochmittelalterlichen Transformationen des östlichen Mitteleuropa stärker in den Horizont der angelsächsischen allgemein-europäischen Mediävistik hebt, ist sehr zu begrüßen und der Hrsg. als ein großes Verdienst anzurechnen.

Münster

Eduard Mühle

János M. Bak: *Studying Medieval Rulers and Their Subjects. Central Europe and Beyond. (Variorum Collected Studies Series, Bd. 956.)* Hrsg. von Balázs Nagy und Gábor Klaniczay. Ashgate. Farnham u.a. 2010. Getr. Zählung. ISBN 978-1-4094-0829-1. (€ 111,99.) – Sammelbände zu beurteilen ist mittlerweile zum dominanten Alltagsgeschäft von Rezensenten geworden. Nichtsdestoweniger wird dies nicht selten zu einer recht undankbaren Aufgabe, gilt es doch im besten Fall, das Konzept des Bandes mit den Einzelbeiträgen abzugleichen. Bei der Sammlung von Aufsätzen eines einzelnen Autors steht der Rezensent vor einer ungleich verzwickteren Herausforderung, handelt es sich doch in der Regel um die Festgabe von Kollegen oder Schülern, die das Lebenswerk des Jubilars in Ausschnitten repräsentieren soll. So auch im vorliegenden Fall, wo Balázs Nagy und Gábor Klaniczay als Hrsg. ausgewählter Aufsätze von János Bak anlässlich dessen 80. Geburtstages im Jahr 2009 verantwortlich zeichnen. Die Hrsg. begründen ihre Selektion der Texte B.s knapp mit dem Hinweis, sie wollten zum einen ältere und zum anderen schwerer zugängliche Aufsätze in einem Band versammeln. Angesichts der Zusammenstellung ist diese übliche Praxis in Hinsicht auf das zweite Argument allerdings nur teilweise nachvollziehbar, am ehesten noch bei den Beiträgen des Jubilars in Festschriften für Éva Balázs und Boris Floria. Bezüglich des Titels ließe sich darüber hinaus die Frage stellen, inwieweit er tatsächlich für die aufgenommenen Texte repräsentativ ist; sind die „subjects“ doch Thema lediglich zweier von insgesamt achtzehn Aufsätzen. Die Beiträge sind in vier Abschnitte gruppiert, wobei unter der Überschrift des ersten Kapitels „The Study of Rulers and Ruled“ explizit wissenschaftsgeschichtlich reflektierende Texte B.s zusammengefasst werden. Es folgen Schwerpunkte zu ostmitteleuropäischen Herrschern, der spätmittelalterlichen ungarischen Geschichte und zwei abschließende Reflexionen zur geschichtspolitischen Verwendung des Mittelalters im Ungarn des 19. und 20. Jh.

Auch wenn die verschiedenen Texte aus einem Zeitraum von 1973 bis 2009 stammen, ergibt sich aus der vorliegenden Auswahl eine deutliche Kohärenz von Themenfeldern. In erster Linie handelt es sich dabei augenfällig um die mittelalterliche Monarchie, die beginnend mit B.s Auseinandersetzung mit den Konzepten seines akademischen Lehrers Percy Ernst Schramm zwar eine im Laufe der Jahrzehnte eher klassisch werdende politikgeschichtliche Wendung zu nehmen scheinen. Zugleich jedoch bleiben die Fragen von Herrschaftsrepräsentation in verschiedenen Varianten präsent, sei es in Bezug auf Insignien, Chroniken, Herrscher memoria oder auch die „materiellen Grundlagen des ungarischen Königtums“. Der zweite große Themenkreis, der sich herauschält, ist die historische Bestimmung der Region Ostmitteleuropa. Immer wieder mit – auch kritischem – Bezug auf Jenő Szűcs sucht B. über die Jahrzehnte hinweg nicht nur die Einordnung der ungarischen Geschichte in einen größeren Kontext, sondern betreibt auch Reflexion über die strukturelle Definition Ostmitteleuropas. In diesem Zusammenhang sollte besonders sein Beitrag zur vergleichenden Forschung über mittelalterliche Eliten hervorgehoben werden, der klar Probleme wie Chancen komparatistischer Forschung und historischer Großregionenbildung anspricht. Das dritte Leitmotiv des im vorliegenden Band versammelten Œuvres bildet das wissenschaftsgeschichtliche Nachdenken, das sich nicht nur in den programmatischen Aufsätzen des ersten Teils widerspiegelt, sondern in den meisten Texten B.s mehr explizit als implizit präsent ist. Die Distanz gegenüber eingefahrenen nationalhistorischen Mustern, die aus seinen Überlegungen deutlich wird, lässt sich sicherlich nicht allein auf die biografische Erfahrung reduzieren. Vielmehr verwandelt B. diese immer wieder in eine angenehm offene wissenschaftliche Position, die aus der ungarischen, auch polnischen und tschechischen, Wissenschaftstradition ebenso schöpfen kann wie aus dem starken Einfluss der deutschen Mediävistik und seines langjährigen angelsächsischen Wirkungsbereichs – dies alles, ohne etwa auch die französische Geschichtswissenschaft außerhalb des Blickfeldes zu lassen. Insgesamt handelt es sich um einen recht instruktiven Einblick in B.s wissenschaftliches Denken und seine Forschungsansätze. Unpraktisch, wie bei allen Bänden der *Variorum*-Serie von Ashgate, wirkt sich auch dieses Mal der – ökonomische? – Verzicht auf eine eigene Seitenzählung aus.

Gießen

Kolja Lichy

Tobias Weger, Konrad Gündisch: Kaschau. Košice. Eine kleine Stadtgeschichte. Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 2013. 184 S., 33 Ill. ISBN 978-3-7917-2479-9. (€ 14,95.) – Tobias Weger und Konrad Gündisch haben sich anlässlich der Kür Kaschaus zur Europäischen Kulturhauptstadt 2013 die ambitionierte Aufgabe gesetzt, eine populärwissenschaftliche Gesamtgeschichte der Stadt vorzulegen. Die als packender Einstieg gedachte Beschreibung der Schlacht von Rozgony verwirrt leider in ihrer Namens- und Faktendichte, dann aber folgt das Narrativ den Siedlungsanfängen zum Aufstieg der mittelalterlichen Civitas. Die Vf. schildern die Sozial- und Wirtschaftsstruktur der Stadt wie auch deren politische Interessenwahrung über das Engagement in Städtebünden und die strategische Parteinahme in den Machtkämpfen des Stephansreiches. Abgerundet wird dies durch kulturgeschichtliche Exkurse zur Hl. Elisabeth und dem ihr gewidmeten Kirchenbau. Dabei thematisieren die Vf. explizit die Quellenproblematik sowie divergierende nationalgeschichtliche Lesarten. Reizvoll sind auch die Wiedergabe ausgewählter Quellentexte sowie die stete Schaffung von Gegenwarts- und Europabezügen.

Das Kaschau der Frühen Neuzeit war von Reformation und Humanismus geprägt, vom Aufschwung des Schrift- und Schulwesens wie auch von heftigen Glaubenskonflikten. Im Zuge der osmanischen Eroberungen avancierte Kaschau zum östlichen Verwaltungszentrum Oberungarns. In den zeitgenössischen Thronwirren und Adelsaufständen setzten sich letztlich die Habsburger durch und forcierten die Re-Katholisierung der Stadt. Zwischen Aufklärung und Revolution wurde Kaschau in wirtschaftlicher und baulicher Hinsicht großstädtischer. Die entstehende Bürgerkultur äußerte sich in einem „neu erwachten magyarisches Selbstbewusstsein“ (S. 81), später auch in parallelen deutschen Ambitionen, wohingegen die slowakischen Bestrebungen nur wenig Resonanz fanden. Kaschau lebte in sprachlicher und religiöser Vielfalt. Die freiheitlichen Bestrebungen wurden nach 1848 rigide unterdrückt, doch profitierte Kaschau vom Stadtausbau der neoabsolutistischen Ära. Prägnant beschreiben die Vf. die Machtwirren 1918/19 bis zur Eingliederung der Stadt in die junge Tschechoslowakische Republik. Die Interpretation der Jubiläumsfeiern als Loyalitätsbekundung ist allerdings ebenso arg verkürzt wie die Aussage zur „veränderten Bezeichnung“ des Theaters (S. 131, 133). Zudem irritiert, dass Bevölkerungsdaten fehlen und sich die innenpolitische Problematik auf den bloßen Verweis zum Prozess um den slowakisch-nationalistischen Politiker Vojtech Tuka beschränkt. Ausführlich dargestellt sind hingegen der Stadtmarathon sowie die Kaschauer Moderne. Nach dem Wiener Schiedsspruch fiel Kaschau 1938 an Ungarn – prägnant beschreiben die Vf. die gemischten Reaktionen der Bürger wie auch die Verfolgung von politischen Gegnern des Horthy-Regimes. Trotz antijüdischer Maßnahmen blieb Ungarn zunächst ein Zufluchtsort für polnische Juden – mit der deutschen Okkupation jedoch wurde auch der Großteil der jüdischen Bevölkerung Kaschaus in Vernichtungslager deportiert. Mit der Besetzung durch die Rote Armee im Januar 1945 wurde Kaschau zum provisorischen Regierungssitz der ČSR. Die sukzessive Machtausweitung der Kommunistischen Partei gipfelte 1948 im Staatsstreich und ging mit der zunehmenden Verfolgung politischer Gegner wie auch der Kirchen einher. Unter dem unglücklichen Terminus „demographische Fluktuationen“ (S.151) beschreiben die Vf. die Zwangsmigration von Deutschen und Ungarn sowie die jüdische Emigration – Letztere auch bedingt durch das beständig antisemitische Klima in der Slowakei. Kenntnisreich geschildert wird das enorme Stadtwachstum der 1960/70er Jahre: der Aufbau des Stahlwerks, von Hochschulen, kulturellen Institutionen und Wohnsiedlungen. Nicht verschwiegen wird auch der Schandfleck Kaschaus, Lunik IX, das bis heute bestehende Armutsghetto der Roma-Bevölkerung. Die kurze Freiheit des Prager Frühlings, die erdrückende Zeit der Normalisierung und endlich die Revolution 1989, die slowakische Unabhängigkeit – der konzise Überblick über die jüngste Geschichte beschließt den Band.

Die gebotene Kürze mag einen Mittelalterhistoriker an anderer Stelle schmerzen, die Rezensentin bedauert diese vor allem in der Darstellung des 20. Jh. Nichtsdestotrotz bietet der vorliegende Band eine gut und lohnenswert zu lesende Stadtgeschichte mit einer ausgewogenen Balance von Lokal- und Regional-/Nationalgeschichte, von politischen, sozioökonomischen und kulturellen Aspekten, einschließlich charmanter Trivia.

Berlin

Iris Engemann

Quellen zur Verfassungsgeschichte der Universität Greifswald. Hrsg. von Dirk Alvermann und Karl-Heinz Spiess. Bd. 1: Von der Universitätsgründung bis zum Westfälischen Frieden 1456-1648. Bearb. von Benjamin Müsegades und Sabine-Maria Weitzel. (Beiträge zur Geschichte der Universität Greifswald, Bd. 10,1.) Steiner. Stuttgart 2011. LXI, 554 S. ISBN 978-3-515-09655-3. (€ 64,-) – Die verschiedenen Initiativen aus den letzten Jahren für die Edition wichtiger Dokumente zur Geschichte der Universität Greifswald (Matrikel, Dekanatsbücher) werden mit dem ersten Band der anzuzeigenden Edition ergänzt um eine Präsentation ausgewählter Dokumente zur Geschichte der 1456 gegründeten Universität. Bei der Auswahl beschränkten sich die Hrsg. nicht auf rechts- und verfassungsgeschichtliche Texte im engeren Sinn, sondern bieten auch Texte, in denen die Entwicklung der Universität in ihren verschiedenen politischen, rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen fassbar gemacht wird. Eingeleitet wird der Band von Dirk Alvermann (S. XI-LVIII), der nach einem Überblick über die verfassungsgeschichtliche Forschung zur Geschichte der Universität Greifswald die Entwicklung ihrer Verfassung von 1546 bis 1648 skizziert und schließlich ausführlich, mit Bezug auf die edierten Dokumente, die Elemente der Verfassung und Verwaltung der Universität beschreibt (Patronat, Kanzler und Prokanzler, Konservatoren und Kuratoren, Rektor, Konzil, Fakultäten, Lehrer, Studenten und Universitätsbedienstete). Die Edition umfasst insgesamt 59 Dokumente, von denen mehr als die Hälfte (32 Stück) zum ersten Mal zum Druck gebracht werden. Die wichtigsten älteren Quellenpublikationen, auf die sich die Bearbeiter stützen konnten, sind die Urkundensammlungen von Johann Carl Dähnert (1765/67) und Johann Carl Conrad Oelrichs (1767). Die Edition beruht selbstverständlich an erster Stelle auf der Überlieferung im Universitätsarchiv, daneben ist aber auch eine Vielzahl von Stücken in der Universitätsbibliothek und in den Stadtarchiven Greifswald und Stralsund sowie im Landesarchiv Greifswald und im Staatsarchiv in Stettin erhalten. Zu jedem edierten Dokument wird nach Datumszeile und Kopfrege ein vollständiger Überlieferungsnachweis geboten, der die Originale oder Ausfertigungen, die Konzepte und Abschriften sowie die älteren Drucke aufführt. Im folgenden Einleitungsabschnitt werden der sachliche Zusammenhang und Überlieferungseinzelheiten des Dokuments erläutert (um ein Versehen handelt es sich bei der Bezeichnung des der Universität 1558 zur Ausstattung vermachten „schwarzen Klosters“ als Franziskanerkloster, so Nr. 14, S. 169; richtig dagegen als Dominikanerkloster in Nr. 23, S. 204; Nr. 30, S. 309). Der Dokumententext selbst ist mit einem doppelten Apparat versehen, der Überlieferungsvarianten nachweist und Sacherläuterungen bietet. Bei den ausgewählten Dokumenten handelt es sich um die Gründungsdokumente der Universität von 1456 und spätere Privilegienbestätigungen, um die Universitätsstatuten von 1545, 1547, 1570, um die Statuten der Philosophischen (1456/59, 1570/89, 1613), Medizinischen (1596), Theologischen (1623) und Juristischen (1642) Fakultät, um die Jurisdiktionsrechte der Universität (1488, 1555, 1582, 1606), immer wieder um die ökonomische Ausstattung der Universität, um Visitationen durch den Landesherrn (1558, 1568, 1570, 1571, 1578, 1646), um die Regelung von Interna durch den Landesherrn und um universitätsinterne Regelungen. Der Band wird durch zwei sorgfältig gearbeitete Register erschlossen, ein Personenregister und ein sehr umsichtig konzipiertes Sachregister, das die verfassungs- und sozialgeschichtliche Auswertung der Dokumente erheblich erleichtert.

Marburg

Norbert Kersken

Agnieszka Gąsior: Eine Jagiellonin als Reichsfürstin in Franken. Zu den Stiftungen des Markgrafen Friedrich d. Ä. von Brandenburg-Ansbach und der Sophie von Polen. (Studia Jagellonica Lipsiensia, Bd. 10.) Thorbecke. Ostfildern 2012. 340 S., 208 s/w-Ill. im Text, Anhang mit 40 farbigen Ill. ISBN 978-3-7995-8409-8. (€ 49,-) – Die auf einer kunsthistorischen Dissertation basierende Arbeit behandelt mehrere bedeutende Stiftungen des Hohenzollernfürsten Friedrich d. Älteren (1460-1535) und seiner Frau, der polnischen Jagiellonenprinzessin Sophie (1464-1512) in den fränkischen Territorien der Hohenzollern. Im Einzelnen sind dies: ein Retabel für die einstige Kapelle des 1440 zunächst im brandenburgischen Herrschaftsgebiet der Hohenzollern als Marienbruderschaft begründeten und später auf Franken ausgeweiteten Schwanenritterordens in der Stiftskirche St. Gumbertus zu Ansbach (nach den Befunden der Autorin 1479/80 anlässlich der Vermählung von Friedrich und Sophie gestiftet); ein Dreikönigsretabel in der Kirche des (ehemaligen) Zisterzienserklosters Heilsbrunn, der Nekropole der fränkischen

Hohenzollern (entstanden 1502/03); das sog. „Markgrafenfenster“ in der St. Sebalduskirche in Nürnberg (entstanden 1515 als Stiftung Friedrichs d. Älteren bereits nach dem Tode Sophies im Jahr 1512). Ergänzend werden einige kleinere, dem Fürstenpaar zugeschriebene Stiftungen knapp vorgestellt. Der erkenntnisleitende Anspruch Agnieszka Gąsior's besteht darin, „mit kunsthistorischem Instrumentarium der Rolle und den Handlungsspielräumen einer polnischen Prinzessin an einem deutschen Fürstenhof nachzuspüren“ sowie „das Potential einer deutsch-polnischen Fürstenehe hinsichtlich kultureller Transferprozesse und wechselseitiger Rezeptionsvorgänge zwischen dem Königreich Polen-Litauen und dem Hl. Römischen Reich im Spätmittelalter und zu Beginn der Frühen Neuzeit“ untersuchen zu wollen (S. 9). Damit wird zumindest der Intention nach – und wie es auch der Titel der Publikation nahelegt – die Person der Jagiellonenprinzessin und Markgräfin Sophie in den Mittelpunkt gerückt.

Tatsächlich handelt es sich um eine Studie zu den genannten Stiftungen, deren Kontext und repräsentativen Funktionen im Rahmen der politischen Ambitionen der Hohenzollern im Reich und in Europa. Im Zentrum steht dabei eine überaus detailgenaue Beschreibung der gestifteten Kunstwerke, ihre Einordnung in den kulturhistorischen und künstlerischen Kontext Frankens zu jener Zeit sowie eine Darstellung der Künstler und ihrer jeweiligen Stilmittel. Titel und auch Einleitung des Buches führen den Leser also etwas in die Irre: Wie die Vf. in ihren „Schlussbemerkungen“ selbst einräumt, will es ihr „nicht recht gelingen, [Sophies] Einfluss auf die Gestaltung der gemeinsamen Stiftungen konkret zu fassen. Eins scheint dabei sicher: während ihre Schwester Hedwig von Polen in ihrem Gefolge 1475 wahrscheinlich den Maler Jan Pollack nach Bayern brachte [...], lässt sich mit Sophie kein Künstler-„Transfer“ direkt verbinden“ (S. 204). So handelt es sich bei der vorliegenden Publikation am Ende doch eher um den – detailreichen, sorgfältig belegten und mit reichhaltigem Bildmaterial überaus gut anschaulich gemachten – „Beitrag zur künstlerischen Repräsentation der Hohenzollern in Franken“, den der Titel der zugrundeliegenden Dissertation annonciert, und weniger um eine Studie über die Handlungsspielräume einer spätmittelalterlichen Fürstin und/oder über die – ja durchaus vorhandenen – kulturellen Austauschprozesse zwischen den Herrschaftsgebieten der aufstrebenden Hohenzollern und der zu jener Zeit bedeutenden europäischen Dynastie der Jagiellonen.

Leipzig

Heidemarie Petersen